

wo der Arbeitnehmer mit dem Arbeitgeber zusammen an einem Tische sitzt, mit ihm zusammen zur Arbeit geht und Freud und Leid mit ihm teilt, das soziale Verständnis in weitestem Maße vorgeschritten ist.

Vorsitzender Dr. Jarres: Ich muß Sie unterbrechen. Sie haben nur das Wort zu einer persönlichen Bemerkung. Persönliche Bemerkungen dürfen nur persönliche Angriffe abwehren oder eigene Ausführungen richtigstellen. Beides ist bei Ihnen nicht der Fall.

Abgeordneter Droß (fortfahrend): Ich darf dazu sagen, daß der persönliche Vorwurf, der dem Herrn Dr. Schüler hinsichtlich der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft gemacht wurde, nicht zutrifft. Ich muß mich darüber wundern, wie sich die städtische Arbeiterschaft ein solch unsinniges Gerede überhaupt gefallen lassen kann. (Klatschen rechts.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Die Erörterung ist geschlossen. Meine Damen und Herren, die weiter eingegangenen Drucksachen 109 bis 120 sind Ihnen zugegangen und auf die Tische verteilt. Ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind, daß auch diese Anträge den zuständigen Sachausschüssen überwiesen werden. — Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Es ist dann noch ein Antrag der kommunistischen Fraktion, betreffend die Wahlen zur Landwirtschaftskammer, eingegangen. Ich werde auch diesen Antrag, obwohl Zweifel darüber bestehen könnten, ob er zur Zuständigkeit des Provinziallandtages gehört, umdrucken lassen.

Endlich ist noch eine Entschließung der Zentrumspartei, betreffend Belegung des Baumarktes, eingegangen. Auch hier wird der Ausdruck erfolgen.

Damit ist unsere heutige Tagesordnung erschöpft. Ich bitte, mich nunmehr zu ermächtigen, die Tagesordnung für die nächste Sitzung festzusetzen, je nachdem die Ausschüsse fertig sind. Am morgigen Tage ist keine Plenarsitzung, sondern es tagen nur die Sachausschüsse. Sie finden die Zimmernummer und die Stunde des

Zusammentritts der Ausschüsse unten angezeigt. Es war zunächst vorgesehen, am nächsten Donnerstag um 11 Uhr zu beginnen. Es sollte eine Sitzung des Provinzialausschusses vorhergehen. Diese Sitzung des Provinzialausschusses wird aber erst nachmittags um 3 Uhr stattfinden können. Ich möchte deshalb vorschlagen, daß wir am Donnerstagvormittag um 10 Uhr beginnen, damit die Fraktionen noch Zeit haben, eine halbe Stunde oder $\frac{1}{4}$ Stunde vorher zu tagen. (Rufe: 11 Uhr!)

Herr Abgeordneter Haas zur Geschäftsordnung.

Abgeordneter Haas: Ich möchte doch darauf hinweisen, daß wir gestern hier schon gesagt haben, daß am Donnerstag um 11 Uhr angefangen werden soll, damit die Fraktionen Gelegenheit haben, zu den Berichten, die aus den Ausschüssen kommen, Stellung zu nehmen. (Zuruf des Abgeordneten Eltes: Denselben Wunsch haben wir auch!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Ich nehme dann an, daß Sie damit einverstanden sind, daß wir bei dem Beschluß bleiben: 11 Uhr vormittags, und daß ich ermächtigt bin, die Tagesordnung selbständig festzusetzen, je nachdem die Sachausschüsse fertig werden. Heute ist es nicht möglich, sich darüber ein Urteil zu erlauben.

Dann bitte ich die Herren Fraktionsführer, am Schlusse die Wahlvorschläge für die Neuwahlen zum Landesjugendamt, soweit sie vom Landtage, nicht vom Ausschusse, vorzunehmen sind, beim Landtagsbüro möglichst bald einzureichen.

Es ist noch ein Antrag der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei eingegangen: „Der Provinziallandtag wolle veranlassen, daß dem Turnverein Bekdorf-Sieß ein Betrag aus den Mitteln des Landesjugendamtes zur Verfügung gestellt wird.“ Auch dieser Antrag wird dem Sachauschuß überwiesen.

Wird sonst noch das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Sitzung.

(Schluß: 15 Uhr 35 Minuten.)

Vierte Sitzung

im Ständehause zu Düsseldorf, Donnerstag, den 10. April 1930.

(Beginn: 11 Uhr 30 Minuten.)

1. Eingänge.
2. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan über die Verwaltungskosten der Landesbank der Rheinprovinz für das Kalenderjahr 1930.
3. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Aenderung

- des § 12 der Satzung der Landesbank der Rheinprovinz.
4. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Ergänzung des § 4 und Aenderung des § 18 der Satzung der Landesbank der Rheinprovinz.

5. Antrag des I. Sachausschusses
- a) zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses über die Förderung des Kleinwohnungsbaues;
 - b) zu dem Antrage der SPD.-Fraktion zu Drucksache Nr. 14;
 - c) dem Antrage der SPD.-Fraktion hierzu.
6. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei auf Bereitstellung von Mitteln für den Bau von Landarbeiterwohnungen.
7. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der Wirtschaftspartei, betr. Bewilligung langfristiger Kredite zu verbilligten Zinssätzen an Gewerbetreibende.
8. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der Fraktion Christlicher Volksdienst und Bauernpartei auf Herabsetzung der Zinsen für landwirtschaftliche Darlehn um mindestens 2 bis 3 Prozent.
9. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der Wirtschaftspartei, bei der Staatsregierung die Niederschlagung der aus Anlaß der Hochwasserschäden in den Jahren 1924 bis 1927 gewährten staatlichen Kredite und Darlehn zu beantragen und ferner die von der Landesbank gewährten Kredite durch Bereitstellung von Provinzialmitteln abzudecken.
10. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan für die Verwaltungskosten der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt der Rheinprovinz für das Kalenderjahr 1930.
11. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der Wirtschaftspartei, die Provinzial-Feuerversicherungsanstalt anzuweisen, ihre Verträge mit beamteten und im öffentlichen Dienste stehenden Personen zum nächst zulässigen Termine zu lösen.
12. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Aenderung des § 6 der Satzung der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt der Rheinprovinz.
13. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan für die Verwaltungskosten der Provinzial-Lebensversicherungsanstalt der Rheinprovinz für das Kalenderjahr 1930.
14. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. den Ablauf der Dienstzeit des Landesoberbaurats Seinekamp.
15. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. den Ablauf der Dienstzeit des Landesmedizinalrats Professor Dr. Molinens.
16. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. die Wieder-
- besehung der durch den Tod des Landesrats Dr. Boffen erledigten Stelle.
- In Verbindung hiermit:
- a) Antrag der Wirtschaftspartei auf Einsparung des laut Beschluß des Provinzialausschusses vom 21. Januar 1930 ausgeschriebenen Postens des Leiters der Abteilung Jugendwohlfahrt und Fürsorgeerziehung;
 - b) Antrag der SPD.-Fraktion, betr. Abstinenznahme von der Besehung dieser Stelle.
17. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage des Verwaltungsobersekretärs Kaiser u. a. auf Gewährung der Bezüge der Befoldungsgruppe 4b, anstatt der Gruppe 4d.
- In Verbindung hiermit:
- Antrag der Verwaltungs- und Anstaltsoberssekretäre der früheren Befoldungsgruppe VII auf Einreihung in die neue Befoldungsgruppe 4b, anstatt 4d, ab 1. Oktober 1927.
18. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage des Zentralverbandes der Beamten und Angestellten der Preussischen Provinzialverwaltungen, Landesverband Rheinprovinz, e. V., auf Erlaß von Richtlinien, betr.
1. eine zweckmäßige Ueberführung von ständig Angestellten bei der Rheinischen Provinzialverwaltung in das Beamtenverhältnis;
 2. Löschung der Kündigungsklausel bei den Beamten der unteren Gruppen.
19. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der Wirtschaftspartei,
- a) bis auf weiteres Neueinstellungen von Beamten mit den Bezügen der Sondergruppen I—III, sowie der Gruppen 1a bis 2c der Befoldungsordnung nicht mehr vorzunehmen;
 - b) zur etwa notwendig werdenden Entlastung der oberen Beamten geeignete mittlere Beamte mit Erledigung von einem Teil der bisher von oberen Beamten erledigten Dienstgeschäfte zu betrauen.
20. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der Zentrumsfraktion auf vorzugsweise Berücksichtigung älterer Arbeiter und Angestellten bei Neueinstellungen bei der Rheinischen Provinzialverwaltung.
21. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der Fraktion Christlicher Volksdienst und Bauernpartei auf Vorlage eines Berichts und etwaigen Antrags auf Beseitigung der ungerechten Gehaltsunterschiede der Provinzialbeamten durch die jetzige Ortsklasseneinteilung.
22. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der SPD.-Fraktion auf Einführung der 7stündigen Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich für die Arbeiter und Angestellten bei der Rheinischen Provinzialverwaltung mit einem Monatseinkommen

- unter 600 RM und Ueberweisung von Geldzuschüssen nur noch an solche kommunalen Fürsorgeverbände, welche die 7stündige Arbeitszeit durchgeführt haben.
23. Antrag des I. Sachausschusses zur Entschließung der SPD.-Fraktion, betr. Verkürzung der Arbeitszeit für das Personal in den Provinzialanstalten.
24. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan der Hauptverwaltung für das Rechnungsjahr 1930;
in Verbindung hiermit
Antrag der Wirtschaftspartei auf Kürzung der im Haushaltsplan für Reisekosten vorgesehenen Beträge um 25 Prozent.
25. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan über Ruhegehälter und Hinterbliebenenrenten für das Rechnungsjahr 1930.
26. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht des Provinzialausschusses über die Ergebnisse der Provinzialverwaltung für das Rechnungsjahr vom 1. April 1928 bis 31. März 1929.
27. Antrag des IV. Sachausschusses zu dem Bericht des Provinzialausschusses über die Entwicklung des Verkehrs auf den Provinzialstraßen in der Zeit von 1925 bis 1929.
28. Antrag des IV. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses über den Stand der Entwurfs- und Bauarbeiten an der Kraftwagenstraße Bonn — Köln — Düsseldorf — Industriegebiet.
29. Antrag des IV. Sachausschusses
a) zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. den Stand des Ausbaues und der Uebernahme weiterer Straßen in die Unterhaltung und Verwaltung des Provinzialverbandes;
b) zu dem Antrage der Fraktion Christlicher Volksdienst und Bauernpartei, betr. weitere Uebernahme von Kreis-, Stadt- und Gemeindegewegen in die Unterhaltung und Verwaltung des Provinzialverbandes.
30. Antrag des IV. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan der Provinzialstraßen-Verwaltung für das Rechnungsjahr 1930.
31. Antrag des IV. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan über die Unterstützung zum Bau und Betrieb von Kleinbahnen für das Rechnungsjahr 1930.
32. Antrag des IV. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan über die Unterstützung des Gemeinde- und Kreiswegebaues für das Rechnungsjahr 1930.
33. Antrag des IV. Sachausschusses
a) zu dem Antrage der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zwecks Hebung der Notlage der Steinindustrie in der Mayener Gegend und im Oberbergischen zum Bau der Straßen in der Rheinprovinz grundsätzlich nur Steinmaterial aus der rheinischen Steinindustrie zu verwenden;
b) zu dem Antrage der Wirtschaftspartei, für die Herstellung und Unterhaltung der Provinzialstraßen an Straßenbaumaterial nur deutsches, vorzugsweise rheinisches Material zu verwenden, ausländische Asphaltstoffe also auszuschließen;
c) zu dem Antrage der SPD.-Fraktion, betr. die Lage der rheinischen Steinindustrie.
34. Antrag des IV. Sachausschusses zu dem Antrage der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, angesichts der Notlage der Steinindustrie des Oberbergischen Landes zur Hebung des Fremdenverkehrs die Autostraße Köln — Siegen so zu leiten, daß sie die Hauptpunkte des Oberbergischen Landes berührt.
35. Antrag des IV. Sachausschusses zu dem Antrage der SPD.-Fraktion, den Bau der in Wallendar geplanten Umgehungsstraße unverzüglich in Angriff zu nehmen.
36. Antrag des IV. Sachausschusses zu dem Antrage der SPD.-Fraktion, die Provinzialstraße in der Gemeinde Misdorf an den engen Stellen zu erweitern oder durch den Bau einer Umgehungsstraße zu entlasten.
37. Antrag des IV. Sachausschusses zu dem Antrage der SPD.-Fraktion, betr. Anlegung von Radfahrwegen an der Provinzialstraße Köln — Düren zwischen Blatzheim und Benzelnath.
38. Antrag des IV. Sachausschusses zu dem Antrage der SPD.-Fraktion, bei Erteilung von Lieferaufträgen auf Einhaltung der tariflich festgelegten Lohn- usw. Bedingungen zu achten.
39. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan für die Verwaltungskosten des Genossenschaftsvorstandes der Rheinischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für das Kalenderjahr 1930.
40. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan für die Befoldungen und anderen persönlichen Ausgaben der Provinzialbeamten bei der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz für das Kalenderjahr 1930.
41. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan für das Provinzialinstitut für Arbeits- und Berufsforschung für das Rechnungsjahr 1930.
42. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan über die Förderung von Kunst und Wissenschaft für das Rechnungsjahr 1930;
in Verbindung hiermit
Antrag der SPD.-Fraktion zu Drucksache 15, betr. Herabsetzung des unter Titel V 1 des Haushalts-

- plans über die Förderung von Kunst und Wissenschaft vorgeesehenen Betrages von 160 000 RM auf 100 000 RM, und
Antrag der KPD.-Fraktion auf Streichung der im Etat vorgeesehenen Mittel zur Unterhaltung von Baudenkmalern und Verwendung dieser Mittel für Erwerbslose.
43. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Verteilung der unter Titel V, 1 des Haushaltsplans über die Förderung von Kunst und Wissenschaft für das Rechnungsjahr 1930 vorgeesehenen Mittel im Betrage von 160 000 RM.
44. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan für die Provinzialmuseen für das Rechnungsjahr 1930.
45. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Aenderung des Reglements über die Leitung und Verwaltung der Provinzialmuseen zu Bonn und Trier.
46. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan für gewerbliche Zwecke für das Rechnungsjahr 1930.
47. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei auf Bereitstellung einer größeren Summe zur Bekämpfung der Tuberkulose in der Rheinprovinz.
48. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion zu Drucksache Nr. 39 auf Einsetzung eines Betrages von 500 000 RM in den Haushaltsplan zur Bekämpfung der Tuberkulose im Rheinland, insbesondere in der Eifel.
49. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. die gutachtliche Stellungnahme zu dem Antrage der Landgemeinde Rheinhausen, Kreis Mörs, auf Verleihung der Städteordnung.
50. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. die Genehmigung der Uebernahme neuer Aktien des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks zu Essen.
51. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Unterverteilung von 80 Prozent der auf den Provinzialverband entfallenden Garantieleistungen für den Mittelkanal auf die besonders interessierten rheinischen Stadt- und Landkreise.
52. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, bei der Reichsregierung wegen der unverzüglichen Inangriffnahme des Baues des Aachen—Rhein-Kanals vorstellig zu werden.
53. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage des Verbandes katholischer kaufmännischer Vereinigungen Deutschlands, e. V., Sitz Essen, betr. Maßnahmen zur Behebung der wirtschaftlichen Notlage in Stadt und Kreis Düren.
54. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion auf Bereitstellung von 1 Million RM zur Linderung der Notlage der Steinarbeiter im Oberbergischen und Mayen'er Gebiet und zu dem im Sachausschuß gestellten Antrage derselben Fraktion, betr. Notlage der Arbeiterschaft der Rheinischen Wimsindustrie.
55. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der Fraktion Christlicher Volksdienst und Bauernpartei, betr. Heilighaltung des Charfreitages und Fronleichnamstages in Orten mit gemischt-konfessioneller Bevölkerung.
56. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der Fraktion Christlicher Volksdienst und Bauernpartei, betr. religiöse Veranstaltungen im Rundfunk.
57. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan der Hochbauabteilung für das Rechnungsjahr 1930.
58. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Antrage der SPD.-Fraktion, betr. Beschaffung gesunder Wohnungen für wohnungsbedürftige Arbeiter, Angestellte und Beamte.
59. Antrag des III. und IV. Sachausschusses zu dem Antrage der Wirtschaftspartei, allen Bauaufträgen im Hoch- und Tiefbau die von der Reichs- und Preussischen Staatsregierung empfohlene Verdingungsordnung für Bauleistungen zu Grunde zu legen.
60. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Antrage der Zentrumsfraktion, betr. Neubau der Provinzial-Taubstummenanstalt in Aachen.
61. Antrag des III. und I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend
1. den derzeitigen Stand der vom Provinzialverband der Rheinprovinz für Anstalten und Einrichtungen der privaten Wohlfahrtspflege übernommenen Bürgschaften und der beim Preussischen Ministerium für Volkswohlfahrt zur Weiterleitung an Einrichtungen der privaten Wohlfahrtspflege aufgenommenen Darlehen;
 2. die im Jahre 1929 auf Grund der dem Provinzialausschuß durch den 75. Provinziallandtag erteilten Ermächtigung übernommenen Bürgschaften und Darlehen;
 3. erneute Ermächtigung des Provinzialausschusses im Rechnungsjahr 1930 Darlehen zur Weiterleitung an Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege aufzunehmen.
62. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion, betr. Vorlage einer Aufstellung über die dem Caritasverband und anderen

- Organisationen in den letzten Jahren überwiesenen Mittel.
63. Antrag des III. und I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. nachträgliche Genehmigung zur anderweitigen Verwendung eines Teilbetrages von rund 36 000 RM aus den in dem außerordentlichen Haushaltsplan für 1929 unter Titel IV, 6 für Ankauf des im Kreise Düren gelegenen Gutes Hommelsheim bereitgestellten Mitteln.
 64. Antrag des III. und II. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Unterbringung von Trunksüchtigen und leichtkranken Geisteskranken in dem bisherigen Provinzial-Erziehungsheim Fichtenhain.
 65. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan über die Provinzial-Arbeitsanstalt in Brauweiler für das Rechnungsjahr 1930.
 66. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Antrage der Wirtschaftspartei, betr. Aufstellung einer Bilanz über die Betriebe der Arbeitsanstalt Brauweiler nach kaufmännischen Grundsätzen.
 67. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Antrage der Wirtschaftspartei, betr. Beschränkung der Tätigkeit der industriellen und gewerblichen Betriebe der Arbeitsanstalt auf den eigenen Bedarf.
 68. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion, die Revisionen der Provinzial-Arbeitsanstalt durch die Provinzialkommission alle Vierteljahre vorzunehmen.
 69. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion, betreffend Behandlung der Korrigenden.
 70. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan über die Provinzial-Heilstätte in Fichtenhain für das Rechnungsjahr 1930.
 71. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan über das Landesfürsorgewesen für das Rechnungsjahr 1930.
 72. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Antrage der Fraktion Christlicher Volksdienst und Bauernpartei für eine beschleunigte Durchführung eines Reichsgesetzes über die Bewahrungs- und Wanderfürsorge zwecks Herabsetzung der hohen Aufwendungen für landhilfsbedürftige Personen einzutreten.
 73. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. die Zunahme der vom Landesfürsorgeverband unterzubringenden Geisteskranken und die Schaffung weiterer Anstaltsplätze durch Ausbau der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Andernach.
 74. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan über die Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten, einschließlich der Provinzial-Kinderanstalt für seelisch Abnorme und des Provinzial-Fürsorgeheims für psychopathische Mädchen für das Rechnungsjahr 1930.
 75. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Antrage der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei auf Einführung einer strengeren Beaufsichtigung und Kontrolle der rheinischen Pflegeanstalten.
 76. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan über Anstaltsfürsorge für Geisteskrante usw. für das Rechnungsjahr 1930.
 77. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan über Krüppelfürsorge für das Rechnungsjahr 1930.
 78. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan über die Orthopädische Provinzial-Kinderheilanstalt in Sückeln für das Rechnungsjahr 1930.
 79. Antrag des III. Sachausschusses
 - a) zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. die Uebernahme der Patenschaft durch den Rheinischen Provinzialverband für den deutschen Kriegerfriedhof bei Maison blanche, Gemeinde Neuwille St. Vaast;
 - b) zu dem Antrage der KPD.-Fraktion, betr. Verwendung der für die Uebernahme der Patenschaft für den deutschen Kriegerfriedhof bei Maison blanche, vorgesehenen 100 000 RM für die Speisung und Unterstützung der Kinder von Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen.
 80. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan über die Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene für das Rechnungsjahr 1930. In Verbindung hiermit Antrag der KPD.-Fraktion auf Einstellung eines Betrages von 1,25 Millionen RM in den Etat zur Durchführung von Winterhilfsmaßnahmen für Kriegsopter.
 81. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion auf Einstellung von 1 Million RM zur Unterstützung hoffender Frauen.
 82. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan über das Taubstummwesen: Provinzial-Taubstummenanstalten (Schulen) für das Rechnungsjahr 1930.
 83. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan, betr. das Provinzial-Taubstummenheim in Ensfirchen für das Rechnungsjahr 1930.
 84. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan, betr. das Blindenwesen für das Rechnungsjahr 1930.
 85. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan über das Hebammenwesen für das Rechnungsjahr 1930.
 86. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan, betr. die Fürsorgeerziehung Minderjähriger für das Rechnungsjahr 1930.

87. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Antrage der Fraktion Christlicher Volksdienst und Bauernpartei auf Unterbringung der Fürsorgezöglinge in Familienpflege.
88. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion, betr. Abstandnahme von der Einziehung der Renten entlassener Fürsorgezöglinge..
89. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion, betr. Entlassung des Direktors des Fürsorgeerziehungsheims Haleshof zu Solingen.
90. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion, betr. Betreuung dissidentischer Kinder.
91. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan, betr. die Provinzial-Erziehungsheime für das Rechnungsjahr 1930.
92. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan, betr. das Landesjugendamt der Rheinprovinz für das Rechnungsjahr 1930.
In Verbindung hiermit
Antrag der KPD.-Fraktion, betr. Einsetzung eines Betrages von 100 000 RM in den Haushaltsplan zur Einrichtung fahrbarer Schulzahnkliniken.
93. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Antrage der Fraktion der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, betr. Gewährung eines Betrages aus Mitteln des Landesjugendamtes an den Turnverein, e. V., Bekdorf-Sieg, zur Abtragung der aus dem Neubau seiner Turnhalle herührenden Schulden.
94. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion, betr. Ausarbeitung einer Denkschrift durch das Landesjugendamt über die in der Rheinprovinz vorhandene Kinderarbeit.
95. Antrag des II. Sachausschusses
a) zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. die Verwendung der dem Landesjugendante zur Durchführung von Hilfsmaßnahmen für kinderreiche Familien zur Verfügung gestellten Mittel;
b) zu dem Antrage der KPD.-Fraktion zu Drucksache Nr. 17 auf Erhöhung der für Zwecke der Jugendfürsorge zur Verfügung gestellten 200 000 RM auf 500 000 RM und Verteilung dieser Mittel unter Hinzuziehung der dissidentischen Fürsorge und der internationalen Arbeiterhilfe.
96. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Antrage der Fraktion der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, betr. stimmberechtigte Vertretung im Landesjugendamt.
97. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Menderung der Satzung des Landesjugendamtes der Rheinprovinz.
98. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Neuwahl von Mitgliedern des Landesjugendamtes der Rheinprovinz.
99. Antrag des II. Sachausschusses
a) zu dem Antrage der KPD.-Fraktion, betr. Bekämpfung von Schmutz und Schund durch das Landesjugendamt;
b) zu dem Antrage der Fraktion Christlicher Volksdienst und Bauernpartei auf Erhöhung des für die Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur im Haushaltsplan eingesezten Betrages.
100. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Antrage der SPD.-Fraktion, betr. Förderung des Lichtspielwesens.
101. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Antrage des Landesauschusses der Rheinischen Jugendverbände in Düsseldorf auf Bereitstellung eines Betrages von eventuell 250 000 RM. zur Förderung der Erholungspflege für erwerbstätige Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren.

Vorsitzender Dr. F a r r e s : Die Sitzung ist eröffnet. Die Niederschrift über die Plenarsitzung vom Dienstag liegt auf dem Tische des Hauses offen. Schriftführer für die heutige Sitzung sind zunächst die Herren Abgeordneten Andres und Dr. Dichgans.

Es sind weiter Anträge eingegangen, die Sie unter Nr. 125—127 der Drucksachen auf Ihre Plätze verteilt finden.

Dann ist fobeben noch ein Antrag der kommunistischen Fraktion eingegangen, der dahin geht, die Mitglieder der Provinzialkommission für Straßenbau halbjährlich in Kenntnis zu setzen über den Stand der Straßenbauarbeiten und über die Vergebung von Arbeiten und Materiallieferungsaufträgen.

Ferner ein Antrag der Wirtschaftspartei:

„Die Finanzierung der durch Drucksache 66 für Kreis- und Gemeindevogebauten und für Uebernahmestraßen gegenüber dem von der Verwaltung vorgelegten Haushaltsvorschlag zusätzlich verlangten 1 500 000 RM erfolgt durch Inanspruchnahme jener 2 100 000 RM und durch entsprechende Abstriche an jenen Etatspositionen, welche die Wirtschaft nicht befruchten.“

Weiter ein Antrag derselben Fraktion, in dem Antrage des Provinzialausschusses zu Drucksache 14 in Ziffer 3 das Wort „gemeinnützige“ durch „private“ zu ersetzen.

Diese Anträge gehen zunächst noch an die Ausschüsse. — Damit sind Sie einverstanden.

Meine Damen und Herren, ich habe zunächst im Namen des Ältestenrats Ihnen mitzuteilen, daß Zweifel darüber entstanden sind, ob diejenigen Mitglieder kleiner Fraktionen, die nach § 10 der Geschäftsordnung in den Sachausschüssen als Mitglieder mit beratender Stimme zugetreten sind, das Recht hätten, an der Besprechung sich zu beteiligen. Nach der Fassung des § 10 kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die so entsandten Mitglieder das Recht haben, sich an der Besprechung zu beteiligen, natürlich ohne Stimmrecht. Im Auftrage des Ältestenrates mache ich die Herren Vorsitzenden der Sachausschüsse darauf aufmerksam.

Dann hat sich der Ältestenrat soeben mit der Geschäftsfrage befaßt. Sie haben die Tagesordnung für die heutige Sitzung vorliegen; ich war ermächtigt, sie aufzustellen. Ich nehme an, daß Sie mit dieser Aufstellung einverstanden sind, und stelle fest, daß Widerspruch sich dagegen nicht erhoben hat. Der Ältestenrat schlägt Ihnen nun vor, wie folgt die zahlreichen Gegenstände der Tagesordnung zu Gruppen zwecks gemeinschaftlicher Besprechung und Beschlußfassung zusammenzufassen. Gleichzeitig hat der Ältestenrat beschlossen, Ihnen vorzuschlagen, die Redezeit für die einzelnen Gruppen wie folgt festzulegen. Wenn Sie gütigst notieren wollen.

Es sollen zu gemeinschaftlicher Besprechung und Beschlußfassung zusammengefaßt werden die Nummern
2—9 einschl. Redezeit 30 Minuten,
10—13 " " 10 "

Der Ältestenrat schlägt Ihnen vor, die Nummern 14, 15 und 16 auf Freitag zu vertagen, ferner zusammenzufassen die Nummern

17—25 einschl. Redezeit 20 Minuten,
26 für sich " 5 "
27—38 einschl., ferner

hinzugenommen Nr. 34 " 30 "
die Nummern 39, 40 und 41 selbständig für sich,
Redezeit je 5 Minuten,

die Nr. 42—45 zusammengefaßt, Redezeit 15 Minuten,
Nr. 46 für sich " 5 "

" 47 und 48 zusammengefaßt, " 10 "
die Nr. 49, 50, 51, 52 und 53 jeweils für sich,

Redezeit je 5 Minuten,

Nr. 54 ist mit den Nummern 27—38 verbunden,

" 55 u. 56 zusammengekommen, Redezeit 10 Minuten,

" 57 u. 59 " 10 "

" 60 " 5 "

" 61—62 " 10 "

" 63 " 5 "

" 64—72 " 15 "

" 73—76 " 10 "

" 77—78 " 10 "

" 79 für sich " 15 "

" 80 und 81 je für sich " je 5 "

" 82—94 einschl. " 10 "

Nr. 85 für sich Redezeit 5 Minuten,
" 86 bis einschl. 91 " 20 "
dann der Schluß Nr. 92—101
zusammengefaßt " 30 "

Nach der Geschäftsordnung bedarf die Festsetzung dieser Redezeit der Zustimmung des Hauses, und zwar mit Dreiviertelmehrheit. Ich bitte diejenigen, die für den Antrag des Ältestenausschusses sind, sich zu erheben. Das ist die erforderliche Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Dann mache ich auf den Eingangssatz unserer Tagesordnung aufmerksam, wo es heißt: „Gemäß § 16 Abs. 3 der Geschäftsordnung für den Provinziallandtag kann der Vorsitzende Gegenstände der Tagesordnung, zu denen nach Ablauf einer Stunde nach Beginn der Sitzung keine Wortmeldung vorliegt, außer der Reihe zur Beschlußfassung stellen.“ Ich bitte also die Damen und Herren des Kollegiums, die zu einzelnen Punkten das Wort haben wollen, sich bei dem Herrn Schriftführer Andres hier zu melden. Dort werden die Wortmeldungen notiert. Nach § 16 Absatz 2 muß ich mir vorbehalten, wenn Wortmeldungen zu Punkten nicht vorliegen, nach einer Stunde diese Punkte vorwegzunehmen.

Dann schlägt Ihnen der Ältestenrat vor, heute bis 4 Uhr durchzutagen. Am 4 Uhr wird dann Sitzung des Provinzialausschusses sein, die längere Zeit in Anspruch nimmt. Außerdem hat sich der Geschäftsausschuß noch mit den beiden Sachen zu befassen, die noch nicht erledigt sind. Auch der Vorsitzende des Geschäftsausschusses wird gebeten, den Ausschuß nach dem Plenum, also nach 4 Uhr, zu berufen. (Zuruf des Abgeordneten Haus: Das ist schon geschehen!)

Dann schlägt der Ältestenrat Ihnen vor, morgen um 10½ Uhr mit der Sitzung zu beginnen. Vorher, um 10 Uhr, soll eine Sitzung des Ältestenrates sein. Es wird auch der Sachausschuß I sich noch mit mehreren Sachen zu befassen haben. Der Ältestenrat empfiehlt dem Herrn Vorsitzenden dieses Sachausschusses, den Sachausschuß I vor der Vollziehung zu berufen.

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein. Die Punkte 2—9 werden gemeinschaftlich behandelt: Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan über die Verwaltungskosten der Landesbank der Rheinprovinz für das Kalenderjahr 1930, sowie die damit verbundenen Punkte 3—9.

Berichterstatter zu den Punkten 2—4 ist Herr Abgeordneter Dr. Hagen, dem ich das Wort erteile.

Abgeordneter Dr. Hagen: Der Herr Vorsitzende wird mir gestatten, zunächst die Mitglieder des I. Sachausschusses zu bitten, morgen um 9.45 Uhr sich pünktlich zur Sitzung zusammenzufinden.

Meine Damen und Herren, zu Punkt 2: Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan über die Verwaltungskosten der Landesbank der Rheinprovinz für das Kalenderjahr 1930 habe ich im Plenum nichts zu sagen. Ich nehme an, daß Sie von dem Haushaltsplan der Landesbank Kenntnis genommen haben und daß es Ihnen ergeht, wie es auch dem I. Sachausschuß ergangen ist, der zu diesen Positionen Erinnerungen nicht zu machen hatte. Wenn das der Fall ist, darf ich annehmen, daß Sie mit Punkt 2 der Tagesordnung einverstanden sind.

Was die Punkte 3 und 4 der Tagesordnung betrifft, so haben Sie die Berichte und Anträge in den Drucksachen 11 und 12 in Händen. Ich nehme, da es sich hier nur um die Wahlperiode handelt, an, daß Sie auch damit einverstanden sind.

Sodann möchte ich um die Erlaubnis bitten, einige Worte über die Tätigkeit der Landesbank der Rheinprovinz von dieser Stelle aus an Sie zu richten. Meine Damen und Herren, die Landesbank hat im vergangenen Geschäftsjahre eine schwierige Aufgabe zu erfüllen gehabt. Es ist ohne weiteres klar, daß sie durch deren Erfüllung nicht allen Ansprüchen, die an sie herangetreten sind, in Anbetracht der Zeiten gerecht werden konnte. Ich möchte aber feststellen, daß die Generaldirektion der Landesbank auch im vergangenen Jahre in vollem Umfange den Aufgaben gerecht wurde, die sie zu erfüllen hatte. Diese Aufgaben bestehen nach meinem Dafürhalten hauptsächlich darin, daß sie für die finanzielle Sicherheit der Rheinprovinz Tag für Tag sorgt und weniger in diesen schwierigen Zeiten danach trachtet, besonders gute Geschäfte für die Landesbank und damit auch für die Provinz zu machen. Denn das beste Geschäft, das sie machen kann, ist, daß die Flüssigkeit der Landesbank über jedem Zweifel erhalten bleibt und daß die Landesbank der Rheinprovinz zu denjenigen Instituten gehört, die sich unbedingt und fest an die Traditionen der deutschen Reichsbank anklammern.

In diesem Jahre, seit dem 1. Januar, sind die Finanzverhältnisse in der ganzen Welt, speziell in Europa und damit auch in Deutschland, andere geworden, als sie bis dahin waren. Daraus wird vielfach der Trugschluß gezogen, daß der Kapitalmarkt bei uns auch eine erhebliche Verbesserung bereits erfahren hat. Die Diskontpolitik, die von der deutschen Reichsbank geleitet wird, mußte zeigen, wie schlecht es der Wirtschaft geht, denn sie hätte unter keinen Umständen bereits am 1. April auf 5 Prozent mit dem Diskont zurückgehen können, wenn die Bedürfnisse der Wirtschaft größere gewesen wären oder wenn sie sich auch nur einigermaßen so entwickelt hätten, wie es bis dahin der Fall war.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit vor allen Dingen darauf aufmerksam machen, daß die deutsche Landwirtschaft unserer ganzen Fürsorge bedarf, die Fürsorge des

ganzen Landes notwendig hat, um auch in Zukunft ihre Existenz als — ich möchte fast sagen — dem ersten Stand, den wir haben, zu rechtfertigen. Die deutsche Landwirtschaft in allen ihren Teilen ist in einer geradezu katastrophalen Lage, und die anderen Wirtschaftsteile im Deutschen Reich sind in die absolute Notwendigkeit versetzt, alles, was in ihren Kräften steht, zur Hilfe der deutschen Landwirtschaft zu tun. Deshalb auch mein Mahnruf an die Generaldirektion der Landesbank, daß sie, was sie nur glaubt verantworten zu können, zugunsten der Landwirtschaft aufwendet. Ich bin überzeugt, der Verwaltungsrat der Landesbank wird in seiner Einsicht für die Notlage der Landwirtschaft diesen Vorschlägen auf alle Fälle gern zustimmen. Damit ist nicht gesagt, daß die Landesbank von ihren Grundprinzipien abgehen darf. Es ist auch nicht gesagt, daß sie Risiken eingehen darf, die über ein erträgliches Maß hinausgehen. (Zuruf des Abgeordneten Haake: Es bleibt alles beim alten!) Aber es bleibt, ohne daß alles beim alten bleibt, für die Landwirtschaft seitens der Landesbank Großes zu leisten, namentlich in der Höhe der Beleihung, in der Ermäßigung des Zinsfußes und in einer ganzen Reihe von Dingen, die sich hier natürlich nicht alle aufzählen lassen, die aber von der Landesbank dem großen Ganzen gegenüber verantwortet werden kann, wenn sie damit einer so katastrophal verarmten Gemeinschaft zu Hilfe kommt. Darüber hinaus, meine Damen und Herren, bitte ich Sie aber alle, in Ihren Kreisen dafür Sorge zu tragen, daß die Landesbank nicht mit Anträgen überhäuft wird, denen sie nicht gewachsen ist. Gerade in der jetzigen Zeit, in einer Uebergangszeit, von der wir hoffen, daß sie nicht zu lange dauert, daß auch aus der besseren Diskont- und Finanzwirtschaft nach und nach der Kapitalmarkt profitiert, muß die Landesbank mit aller Energie darauf hinarbeiten, daß sie die Flüssigkeit behält, die sie sich in weitem Maße verschafft hat. Ich freue mich, hier ausdrücklich feststellen zu können, daß die Flüssigkeit der Landesbank eine erfreuliche und eine solche ist, die uns allen die Garantie dafür bietet, daß die Stellung der Landesbank unerschütterlich bleibt. Sie muß darauf sehen, daß diese Stellung gewahrt bleibt, denn nur dann, wenn die gewerbereichste Provinz des Deutschen Reiches, die dem Westen am meisten vorgelagert ist, in der Welt als ein rocher de bronze dasteht, wenn man von ihr sagen kann, daß sie unter allen Umständen und zu jeder Zeit ihre Verpflichtungen erfüllen kann, kann die Finanzwirtschaft in der Rheinprovinz sich so gestalten, daß sie, wenn erforderlich, allen Ständen zu Hilfe kommen wird.

Ich verhehle nicht, mein volles Vertrauen zu der Leitung der Landesbank in jeder Beziehung auszusprechen. Ich glaube auch nicht zuviel zu sagen, wenn ich dabei der Landwirtschaft verspreche, daß innerhalb der Verwaltung der Landesbank sowohl beim Verwaltungsrat wie bei der Generaldirektion alles ge-

schehen wird, was nur möglich ist, um der Landwirtschaft zu Hilfe zu kommen. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Zu den Punkten 5—9 ist Berichterstatter Herr Abgeordneter Dr. Hartmann, dem ich das Wort gebe.

Abgeordneter Dr. Hartmann: Meine Damen und Herren, in dem Bericht des Provinzialausschusses ist der Nachweis erbracht worden, daß die Provinz sowohl wie die damit verbundenen Institute Erhebliches zur Förderung des Kleinwohnungsbaues geleistet haben. Der I. Sachausschuß hat infolgedessen mit Genugtuung von dem Bericht Kenntnis genommen und empfiehlt dasselbe dem Provinziallandtag.

Es ist in dem Bericht der Antrag gestellt worden, 300 000 RM zur Verbilligung von Darlehen für Wohnungen minderbemittelter kinderreicher Familien zur Verfügung zu stellen. Der Provinziallandtag hat schon in den früheren Tagungen zum Ausdruck gebracht, daß er es als seine Aufgabe ansieht, aus kultur- und bevölkerungspolitischen Gründen der besonderen Wohnungsnot bei kinderreichen Familien zu steuern. Er hatte infolgedessen 200 000 RM in den Etat eingesetzt. Der vorjährige Provinziallandtag hat aber den Provinzialausschuß ermächtigt, über die 200 000 RM bis zu 300 000 RM auszugeben. Dem ist der Provinzialausschuß im verfloffenen Jahr nachgekommen. Der I. Sachausschuß steht auf dem Standpunkt, wiederum 300 000 RM in den Etat einsetzen zu lassen mit Rücksicht darauf, daß im letzten Jahr eine wesentliche Verbesserung auf dem Wohnungsmarkte nicht eingetreten ist. Er empfiehlt Ihnen deshalb die Annahme des Antrages des Provinzialausschusses.

Im Zusammenhang damit hat die Sozialdemokratische Partei beantragt, für die Erstellung von Zwei-, Drei- und Vierzimmerwohnungen für Minderbemittelte auf gemeinnütziger Grundlage weitere 100 000 RM als Verbilligungsfonds in den Etat einzusetzen. Der Sachausschuß ist der Auffassung des Provinzialausschusses beigetreten; er empfiehlt Ihnen die Ablehnung dieses Antrages, einmal, weil er mit dem Provinzialausschuß der Auffassung ist, daß ganz erheblich höhere Mittel notwendig sind, wenn wirklich etwas Durchgreifendes auf diesem Gebiete veranlaßt werden soll. Zum andern ist auch der I. Sachausschuß der Auffassung, daß es zu den Aufgaben der Gemeinde gehört, diese allgemeine Wohlfahrtspflege zu treiben, zumal nur die Gemeinde in der Lage ist, die richtige Aufwendung der Mittel zu veranlassen, ebenso auch die Kontrolle darüber auszuüben.

Weiter hat die Sozialdemokratische Partei beantragt, daß der Verwaltungsrat der Landesbank ersucht werden soll, dafür Sorge zu tragen, daß über den in Aussicht gestellten Betrag von 5 Millionen RM hinaus möglichst weitere 15 Millionen RM zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues zu einem angemessenen Zinsfuß zur Verfügung gestellt werden. Der Sachaus-

schuß empfiehlt Ihnen die Annahme dieses Antrages schon deshalb, um nicht dem Optimismus, der in diesem Antrag zum Ausdruck kommt, entgegenzutreten.

Mit dem Antrage der SPD. auf Bereitstellung von 100 000 RM für Minderbemittelte ist gleichzeitig der Antrag der KPD. zur Erledigung zu bringen, der diese Mittel den Gemeinden überweisen will. Nachdem der Antrag der SPD. zur Ablehnung empfohlen wird, wird natürlich auch der Antrag der KPD. damit fallen müssen.

Ich darf dann zu Punkt 6 der Tagesordnung übergehen. Es wird bei Punkt 6 gebeten, diesen Antrag dem Provinzialausschuß zu überweisen, zumal Reich und Staat sich mit derselben Frage zur Zeit beschäftigen und wohl Veranlassung nehmen werden, wie in früheren Jahren, Mittel aus der werteschaffenden Arbeitslosenfürsorge bereitzustellen.

Bei Punkt 7 der Tagesordnung beantragt der Sachausschuß Ueberweisung an den Verwaltungsrat der Landesbank als Material, nachdem in dem Antrage von den Antragstellern die Worte „zu verbilligten Zinsfäßen“ gestrichen wurden.

Bei Punkt 8 der Tagesordnung ist auch eine andere Wortfassung gewählt worden. Die Fassung ist jetzt folgende: „Der Provinzialausschuß wird beauftragt, im Einvernehmen mit der Landesbank Mittel und Wege zu finden, die Zinsen für die landwirtschaftlichen Darlehen soweit als möglich — unter Streichung der folgenden Worte — baldigst herabzusetzen.“ Auch dieser Antrag wird zur Ueberweisung an den Verwaltungsrat empfohlen.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung empfiehlt der I. Sachausschuß Ablehnung des Antrages. Hier handelt es sich nicht, wie in dem Antrage zum Ausdruck gebracht wird, um eine Niederschlagung, sondern es handelt sich tatsächlich um die Gelder, die die Landesbank als Darlehen und bankmäßige Kredite gegeben hat. Eine Niederschlagung würde dem Provinziallandtage nicht zustehen, sondern es würden nur die Mittel zu bewilligen sein, diese Posten etwa niederzuschlagen. Der I. Sachausschuß ist aber der Auffassung, daß diese Kredite zurückgezahlt werden müssen, so wie es den Darlehnschuldnern gegenüber gleich bei der Hergabe des Darlehns auch zum Ausdruck gebracht worden ist. Der Sachausschuß beantragt deshalb Ablehnung dieses Antrages.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter von Detten.

Abgeordneter von Detten: Meine Damen und Herren, aus den Worten des Herrn Berichterstatters zu Punkt 2 und 3 der heutigen Tagesordnung haben wir ersehen, daß heute wohl fraglos die Mehrheit dieses Hauses gewillt ist, die Landwirtschaft bis zur Rentabilität in ihrer Produktion und ihren sonstigen Maßnahmen zu fördern. Wir freuen uns darüber ganz besonders.

Wir haben aber zu diesen beiden Punkten einen Antrag gestellt, wonach wir aus den Darlegungen über die Diskontpolitik und namentlich über die Flüssigkeit der Landesbank den Schluß ziehen, daß wir auch hier gleich mit einem praktischen Vorschlage hinsichtlich der Zinspolitik, wie sie bisher der Landwirtschaft gegenüber gehalten worden ist und wie sie auch in Nr. 8 der Tagesordnung auf einen Antrag des Christlichen Volksdienstes und der Bauernpartei zum Ausdruck kommt, dafür sorgen, daß die Landesbank eine gewisse Richtlinie erhält. Wir sind der Auffassung, daß der Verwaltungsrat der Landesbank der Rheinprovinz hinsichtlich der Zinsen für landwirtschaftliche Kredite auch unter die Selbstkosten für die Kapitalien heruntergehen soll, die in der Landwirtschaft weiter fließen sollen und müssen, selbst wenn dadurch vorübergehend der Gewinn und die Rückstellungen bis aufs äußerste geschmälert werden sollten. Ich glaube, weitere Worte zu der Lage der Landwirtschaft hier unterlassen zu können, da ja die maßgebenden Parteien bzw. die Mehrheit des Hauses sich auf eine gemeinsame Linie geeinigt haben.

Ich habe dann zu Punkt 8 der Tagesordnung noch zu sagen, daß wir bitten, daß Sie diesen Antrag, trotzdem der Ausschuß zu einem anderen Resultat gekommen ist, annehmen möchten. Seinerzeit sind die Darlehen für die Hochwasserschädigten im Betrage von zirka 25 Millionen RM dem Herrn Oberpräsidenten zur Verfügung gestellt und von diesem auf die einzelnen Geschädigten verteilt worden, und zwar geschenktweise, in der Hauptsache wenigstens. Ein kleiner Teil von diesen 25 Millionen RM ist als Darlehen weitergegeben worden. Ferner hat die Landesbank dann Kredite gegeben. Die Darlehensnehmer haben nicht gewußt, ob die Kredite vom Reich, vom Staate oder von der Landesbank waren, und sind erst in späteren Entwicklungsstadien bei der Ueberführung in langfristige Darlehen und in profongierte Wechsel usw. sich darüber ganz klar geworden. Hier liegt eine schwere Ungerechtigkeit vor. Wenn auch die Provinz sich bereit erklärt hat, den Maßnahmen Preußens auf diesem Gebiete in jeder Weise zu folgen, so hat sich doch der Zustand entwickelt, daß z. B. im Preussischen Landtage die Provinz Brandenburg die Niedererschlagung der Kredite vorausichtlich erreicht. Der Hauptausschuß hat einen entsprechenden Antrag für das Plenum gestellt, während hier aus den Verhandlungen, die in dem Sachausschuß nicht genügend geklärt worden sind, eine Ablehnung des Antrages sich ergeben könnte. Ich möchte also auf die tiefe Ungerechtigkeit hinweisen, die die Verbilligung und die Parallelarbeit in vielen Verwaltungsbehörden, und die selbst in Provinz, Ländern und Gemeinden uns vor Augen geführt hat.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Weingarten.

Abgeordneter Dr. Weingarten: Meine Damen und Herren, ich möchte die Ansicht meiner Freunde

von der Wirtschaftspartei zu Punkt 5 der Tagesordnung vortragen. Wir bitten, die Anträge abzulehnen, und zwar auch den Antrag des Provinzialausschusses.

Wir stehen auch auf dem Standpunkt, daß der Wohnungsbau gefördert werden muß und daß dem Baugewerbe Aufträge zugeführt werden müssen, weil auch uns bekannt ist, daß das Baugewerbe als Schlüsselgewerbe eine ganze Reihe von Gewerbebezweigen befruchtet und Arbeitern Verdienstmöglichkeiten bietet. Wir glauben aber, daß mit einer Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues allein uns hier nicht geholfen werden kann. Wir stehen vielmehr auf dem Standpunkt, daß unter allen Umständen die Privatwirtschaft wieder dazu gebracht werden muß, sich auf dem Baumarkt zu betätigen.

Meine Damen und Herren, durch den vorliegenden Antrag wird aber gerade das Gegenteil erreicht. Die Erfahrungen der letzten zehn Jahre haben doch zur Genüge bewiesen, daß mit den bisherigen Mitteln irgendwelche nennenswerte Abhilfe der Notstände nicht erreicht worden ist. Das bisherige System hat eben nicht zur Beseitigung der bestehenden Wohnungsnot geführt und führen können. Das Privatkapital muß deshalb sich wieder dem Wohnungsbau zuwenden. Es ist nämlich nicht allein damit getan, daß überhaupt jemand baut, sondern es ist für die deutsche Volkswirtschaft auch außerordentlich wichtig, wer baut und wer auf die Dauer baut (Sehr richtig!), wenn die Volkswirtschaft von den Fesseln, die ihr heute noch anhaften, befreit werden soll.

Meine Damen und Herren, leider gehen ja auf Grund der heute bestehenden gesetzlichen Bestimmungen und Richtlinien über die Finanzierung des Wohnungsbaues die meisten Mittel durch die Öffentliche Hand. Das muß aber nicht unbedingt zur Folge haben, daß nun diese Mittel, die durch die Öffentliche Hand verteilt werden, auch wieder der Öffentlichen Hand als ausführendem Organ zufließen. Es ist durchaus möglich, daß diese Mittel von den Verteilungsstellen dem privaten Baugewerbe zugeführt werden.

Meine Damen und Herren, auf die Dauer ist der heutige Zustand ja auch unhaltbar. Das Bauen bedeutet heute ohne Zweifel ein Risiko, und zwar ein recht großes Risiko, da wir doch alle hoffen, daß der Bauindex im Interesse der nächsten Jahre sinken wird. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Verfehltes Hoffen!) Von diesem Gesichtspunkt aus ist der private Bauunternehmer, der baut, von vornherein an einer ordnungsmäßigen, gründlichen und sorgfältigen Verwaltung seiner errichteten Häuser interessiert, da er ein eventuelles Risiko selbst tragen muß und sein eigenes Vermögen zusetzt. Meine Damen und Herren, wenn die Öffentliche Hand baut und die gemeinnützigen Baugesellschaften, dann fehlt dieses Risiko (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Ist ja nicht wahr!), denn wenn irgendwelche Fehlbeträge eintreten, so muß selbstver-

ständig wieder die Allgemeinheit diese Fehlbeträge decken. (Sehr richtig! rechts.)

Meine Damen und Herren, interessant ist, daß auch bei den eifrigen Förderern des kommunalen Wohnungsbaues, vor allen Dingen den Herren Oberbürgermeistern, immer mehr die Einsicht Platz greift, daß es so nicht weitergehen kann. Ich erinnere hier an die vortrefflichen Ausführungen, die unser Kollege Dr. Weiß von der Zentrumspartei im vergangenen Jahr in der Sonderbeilage der Kölnischen Zeitung „Kommune und Wirtschaft“ gemacht hat. Er kommt dort zu dem Ergebnis, daß der kommunale Wohnungsbau als Dauerzustand unbedingt abgelehnt werden muß, weil er auf die Dauer eine untragbare Belastung für die Gemeinden darstellt. Er hat auch in diesem Aufsatz den Standpunkt vertreten, daß die Finanzierung durch die Hauszinssteuernmittel, wie sie heute vorgenommen wird, als roh und unbefriedigend zu bezeichnen ist. Meine Damen und Herren, selbstverständlich ist auf die Dauer eine derartige Finanzierung roh und unbefriedigend, und es wäre im Interesse der Wirtschaft zu wünschen, wenn diese beginnende Einsicht auch in weitere Kreise gerade der Kollegen des Herrn Dr. Weiß dringen würde. Leider sind wir davon noch weit entfernt.

Wundern müssen wir uns, daß auch die Herren der Deutschen Volkspartei dem vorliegenden Antrage zugestimmt haben, die Mittel restlos dem gemeinnützigen Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen, was doch praktisch bedeutet, daß die private Bauwirtschaft leer ausgehen wird. Meine Damen und Herren, wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, daß hier die Kreise, die Interesse an der öffentlichen Bewirtschaftung des Wohnungsmarktes haben, ihren maßgebenden Einfluß auch in den Fraktionen ausüben, die an sich den Grundsätzen der Privatwirtschaft zustimmen müßten.

Meine Damen und Herren, wir können aus den vorgetragenen Gründen dem Antrage, wie er vorliegt, nicht zustimmen. Wir haben einen Abänderungsantrag gestellt und sind bereit, dem Antrage zuzustimmen, wenn das Wort „gemeinnützig“ durch „private“ ersetzt wird. Im übrigen werden meine Freunde sich erlauben, bei der Abstimmung die namentliche Abstimmung zu beantragen. (Zuruf links: Sie sind ein Gemütsmensch!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Wihler.

Abgeordneter Wihler: Meine Damen und Herren, nach den Ausführungen meiner Freunde habe ich nicht viel zu sagen. Ich kann mich auf eine ganz kurze Erklärung beschränken, und zwar zu dem Punkt 7.

Wir haben beantragt, die Landesbank möge auch in Zukunft den hausbesitzenden Gewerbetreibenden langfristige Kredite gewähren. Wir haben ja aus der Drucksache schon gesehen, daß der Sachausschuß die Ueberweisung unseres Antrages an den Verwaltungsrat der Landesbank als Material befürwortet. Wir bedauern das. Wir hätten gerne gesehen, daß der Provinzialland-

tag zu unserem Wunsche doch Stellung genommen hätte. Man kann vielleicht einwenden, und man hat es ja auch schon getan, daß die Landesbank nicht dazu da sei, privaten Einzelpersonen Kredite zu gewähren. Aber, meine Damen und Herren, Sie wissen ja und Sie haben das aus den Ausführungen von soeben auch schon entnommen, daß die Landesbank jetzt in Ansehung der Nöte der Landwirtschaft recht mobil gemacht werden soll. Ebenso gut wie das für die Landwirtschaft möglich sein kann und möglich sein muß, kann das auch für die mittelständigen Gewerbetreibenden ermöglicht werden. Man hält uns vor, die Landesbank sei ja eigentlich dazu da, den Kommunen die nötigen Gelder bereitzustellen. Ja, es ist schon richtig, daß sich die Landesbank im Laufe der Jahre allmählich zu einem ausschließlich für die Kommunen zur Verfügung stehenden Kreditinstitut ausgewachsen hat. Aber ursprünglich war es doch wohl nicht so. Die Mittel der Landesbank sollten doch ebenso gut, wie sie für die Zwecke der öffentlichen Hand bereitgestellt werden, auch für die Bedürfnisse des gewerbetreibenden Mittelstandes, der Handwerksmeister und der Hauseigentümer, bereitgestellt werden können.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Kolaß.

Abgeordneter Kolaß: Meine Damen und Herren, unsere Fraktion, die Fraktion der SPD., hat zu der Wohnungsfrage in einem Antrage ganz besonders Stellung genommen. Sie beantragt, dem Beschlußentwurf des Provinzialausschusses einen Zusatz hinzuzufügen, der lautet: „Für die Erstellung von Zwei-, Drei- und Vierzimmerwohnungen für Minderbemittelte einen besonderen Zinsverbilligungsfonds zu schaffen“, um gerade für Minderbemittelte Wohnungen zu erstellen, die auch für die niedrigsten Einkommen tragbar sind. Die Erstellung muß auf gemeinnütziger Grundlage, und nicht, wie soeben der Vertreter der Wirtschaftspartei sagte, auf privater Grundlage erfolgen.

Die Wohnungsfrage ist nicht nur eine wirtschaftliche, sondern ganz besonders auch eine sozialpolitische und wirtschaftspolitische Frage. Die Förderung des Wohnungsbaues bedeutet natürlich eine Belebung des Baugewerbes und der damit verbundenen Schlüsselindustrien. Dies hat auch der Vertreter der Wirtschaftspartei in seinen eben gemachten Ausführungen anerkannt. Wenn der Wohnungsbau darniederliegt, so liegen damit gleichzeitig eine ganze Anzahl damit verbundener Gewerbe darnieder. Zugleich ist damit, wie das ja aus dem Zentrumsantrage, der uns nachträglich zugegangen ist, hervorgeht, die Arbeitslosigkeit von Tausenden, von Zehntausenden von Bauarbeitern in der Rheinprovinz verbunden, da ja gerade das Baugewerbe eines der wichtigsten Gewerbe in der Rheinprovinz ist.

Nun ist der Wohnungsbau ja seit mehreren Monaten abgedrosselt durch die unerhörten Maßnahmen des Reichsbankpräsidenten Schacht (Zuruf des Abgeordneten

Dunder: Durch die Politik der Reichsregierung!) — nein, in erster Linie durch die Maßnahmen des Reichsbankpräsidenten Schacht (Zuruf links: In zweiter Linie!), der durch seine Maßnahmen dazu beigetragen hat, daß die Aufnahme von Anleihen für die öffentlichen Körperschaften ganz bedeutend eingeschränkt und damit natürlich auch der Kredit der öffentlichen Körperschaften erschüttert wurde. Daran hatten natürlich, wie wir aus der Politik und aus der Wirtschaft wissen, die Vertreter der Wirtschaftspartei, insbesondere die Vertreter des Großkapitals, ein großes Interesse, weil sie ganz gut wissen, daß, wenn die öffentliche Wirtschaft gedrosselt wird, dann die Privatwirtschaft wieder bessere Geschäfte machen kann. (Zuruf links: Höhere Profite!)

Wir gehen mit der Wirtschaft darin einig, daß die Ankurbelung des Baumarktes und der Industrien ein gemeinsames Interesse ist, das der Wirtschaft und natürlich auch der in der betreffenden Wirtschaft beschäftigten Arbeiterschaft dient. Aber wohin haben diese Abdrosselungsmaßnahmen geführt? Die zur Zeit vorliegende Stadt Wuppertal konnte im vorigen Jahre zirka 7 Millionen RM an Hauszinssteuerhypotheken ausgeben, im Jahre 1930 wird die Stadt Wuppertal kaum ein Drittel des Wohnungsbauprogramms von 1929 durchführen können. Sie wird also kaum ein Drittel der Hauszinssteuerhypotheken aufwenden können, wie es im vorigen Jahre der Fall war. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Stadt Wuppertal ist auch nicht in der Lage, wenigstens bis heute nicht — auch die Stadtverwaltung gibt sich alle Mühe —, auf dem Anleihemarkte die Mittel für einen verstärkten Wohnungsbau aufzutreiben oder auch nur für diesen beschränkten Wohnungsbau von einem Drittel des vorjährigen Bauprogramms aufzubringen. Sie verweist die Baugenossenschaften und die Privaten darauf, daß sie die Mittel für den Wohnungsbau bis zu 100 Prozent zunächst selbst zu beschaffen haben und daß im Jahre 1931 erst die Hauszinssteuerhypotheken zur Eintragung und zur Auszahlung zur Verfügung stehen.

Die Stadt Düsseldorf hat, wie wir aus dem Wohnungsbauprogramm dieser Stadt ersehen können, im Jahre 1929 rund 2480 Wohnungen erstellt. Im Jahre 1930 kann Düsseldorf nur 1800 Wohnungen erstellen, also auch hier ein ganz bedeutender Abbruch des Wohnungsbauprogramms und damit eine Verschlechterung der Arbeitsmarktlage und der Geschäftslage im Baugewerbe und der damit verbundenen Industrien.

Essen wird ebenfalls nach seinem Bauprogramm seinen Wohnungsbau bedeutend einschränken.

Die Stadt Köln wollte 1929 5500 Wohnungen bauen. Die Schachtschen Maßnahmen setzten aber schon Ende des vorigen Jahres ein, so daß Köln nur in der Lage war, 4000 statt 5500 Wohnungen zu erstellen. Und statt 5500 sollen in diesem Jahre nur 4400 Wohnungen erstellt werden.

In Remscheid liegen die Dinge so: im vorigen Jahre 336 Wohnungen, in diesem Jahre nur 210 Wohnungen.

Ich könnte diese Beispiele noch vermehren. Aber Sie sehen aus diesen krassen Zahlen, wohin es führt, wenn eine Institution wie die Reichsbank mit ihrem verfunkenen Reichsbankpräsidenten Schacht es dahin treibt, daß die öffentliche Hand in einer solchen Weise gedrosselt wird. Es führt dazu, daß die Arbeitslosigkeit ins Unendliche gesteigert wird und daß natürlich auch das Baugewerbe und die damit verbundenen sonstigen Handwerkerinteressen unerhörten Schaden darunter leiden. Deshalb bitten wir Sie dringend, unserem Antrage, die Mittel und Darlehen der Landesbank von 5 Millionen RM auf mindestens 15 Millionen RM für den Kleinwohnungsbau zu erhöhen, zuzustimmen und darüber hinaus auch den von uns gestellten Antrag auf Zinsverbilligung für Kleinwohnungen für Minderbemittelte anzunehmen.

Unser Kampf um die Behebung der Wohnungsnot durch gesteigerte Bautätigkeit wird noch unterstützt durch die Reichswohnungszählung, die vor einiger Zeit vorgenommen wurde und aus der hervorgeht, daß in Deutschland 1,15 Millionen Wohnungsfuchende vorhanden sind, von denen 57 Prozent ohne selbständige Wohnung sind. (Abgeordneter Hoffmann: Hört, hört!) Und dann eine solche unerhörte Abdrosselung des Wohnungsbaues, wie Sie es eben aus den Zahlen der einzelnen Städte von mir gehört haben. Das ist ein Zustand, der weder für die Wirtschaft, noch für den Arbeitsmarkt, noch für den Wohnungsmarkt tragbar ist. Darum müssen alle Institute: Landesbank wie Rheinische Wohnungsfürsorge und Provinzialverwaltung und wer sonst alles in Frage kommt, alle Mittel anspannen, um den Wohnungsbau, und zwar in erster Linie den gemeinnützigen Wohnungsbau, zu fördern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Es kann nicht angehen, wie hier der Vertreter der Privatwirtschaft es tat, den privaten Wohnungsbau mit dem gemeinnützigen auf eine Stufe zu stellen. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Stein: Warum denn nicht?) Wenn Sie die Mieten des privaten Wohnungsbaues, auch bei Kleinwohnungen, mit denen des gemeinnützigen Wohnungsbaues vergleichen, ganz gleich, ob er von gemeinnützigen Bauvereinigungen oder von Stadtverwaltungen betrieben wird, so werden Sie finden, daß der private Wohnungsbau wesentlich höhere Mieten auch bei Kleinwohnungen zu verzeichnen hat. (Zuruf aus der Wirtschaftspartei: Umgekehrt!) Von Ihnen, meine Herrschaften, von der Wirtschaftspartei, kann ich nicht erwarten, daß Sie mir zustimmen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie werden natürlich das Gegenteil von den bestehenden Tatsachen behaupten, weil Sie ja Ihre Geschäfte zu machen gedenken. (Unruhe bei der Wirtschaftspartei.) Wir sehen allerdings die Dinge nicht vom Standpunkte einer lukrativen Geschäftsführung aus an, sondern wir be-

trachten sie vom Standpunkte der Interessen der Minderbemittelten. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Siehe Baugenossenschaft Freiheit in Düsseldorf!)

Nach dem Ergebnis der Zählung, die hier in der Stadt Düsseldorf anlässlich der Reichswohnungsstatistik erfolgte, waren allein in der Stadt Düsseldorf 7740 Wohnungen als überfüllt anzusehen. (Abgeordneter Hoffmann: Hört, hört!) Trotz dieser Tatsache eine bedeutende Ermäßigung des Wohnungsbauprogramms!

Meine Herren, die hohen Mieten sind in erster Linie zunächst einmal auf die hohen Baukosten zurückzuführen, die ja ganz unerhört über den Baukosten der Vorkriegszeit liegen. Sie kennen ja auch alle die Bestrebungen auf dem Bauplatze und wissen, daß da eine Besserung trotz aller Kritik auch von den Reichsstellen bisher nicht eingetreten ist. Die Ueberwälzung der Baukosten und die überhöhten Zinssätze für das Leihkapital sind die Hauptmotive, die dazu geführt haben, daß wir heute so unerhört hohe Mieten haben, und sind auch Anlaß dazu, daß Reich, Provinz und Gemeinden dazu übergehen müssen, für die Minderbemittelten Zinsverbilligungen zu gewähren. Der Provinziallandtag hat ja für die Kinderreichen bereits derartige Zinsverbilligungen beschlossen, die allerdings auf die Massen der Kinderreichen bisher nicht haben ausgebeht werden können. Die Mietsätze der Vorkriegszeit betragen im Durchschnitt ein Sechstel bis ein Fünftel des Einkommens. Wie hoch liegen heute die Mietsätze? Heute betragen die Mietsätze ein Viertel bis ein Drittel des Monatseinkommens. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Deshalb fort mit der Hauszinssteuer!) Wenn Sie heute eine Kleinwohnung, eine Zweizimmerwohnung zu 30 bis 40 RM mieten und dagegen den Durchschnittswochenlohn der ungelerten Arbeiter, der Fabrikarbeiter, mit kaum 35 RM netto in Rechnung stellen, dann müssen Sie selbst zugeben, daß eine derartige Mietsätze, die einen ganzen Wochenlohn auffrisht, zu hoch liegt, und daß die betreffenden Menschen, die darunter zu leiden haben — das ist die breite Masse der arbeitenden Bevölkerung —, kaum ihren notdürftigsten Unterhalt finden können und ihres Lebens nicht mehr froh werden. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Zollerhöhung!) Darum legen wir nicht so großen Wert auf die Erhöhung der Mittel für hypothekarische Darlehen, sondern legen den größten Wert auf das Motiv der Zinsverbilligung für die Minderbemittelten, die in einer Zwei- oder Dreizimmerwohnung ihr Leben fristen müssen. Wenn wir 100 000 RM für diesen Zweck beantragt haben, so ist das noch kein Betrag, über den ein großer Streit auszubrechen brauchte. Wir wünschen auch nicht, wie es in dem Ausschuss gesagt wurde, daß diese 100 000 RM auf die Stadt- und Landkreise aufgeteilt werden sollen. Dann würden sie natürlich in nichts zerrinnen, in unbedeutende kleine Teilschen zerfließen, sondern diese 100 000 RM sollen dem Ausschuss zur Verfügung ge-

stellt werden, der auch die Mittel für Zinsverbilligung für kinderreiche Familien zu vergeben hat, der in Gemeinschaft mit der Rheinischen Wohnungsfürsorge die Prüfung solcher Fälle durchzuführen und nach erfolgter Prüfung auch im Einzelfalle die Mittel zu vergeben hat. Da werden unseres Erachtens in erster Linie die gemeinnützigen Wohnungsbaunternehmungen in Frage kommen.

Aber nicht nur die Provinzialverwaltung ist in der Lage, Zinsverbilligungen zu gewähren, sondern, wie wir aus dem Bericht der Landesbank sehen, ist auch die Landesbank in der Lage, in großzügiger Weise aus dem Reingewinn ihres Instituts Zinsverbilligungen für bestimmte Zweige der Bevölkerung zu geben. Wenn Sie sich den Bericht der Landesbank, Seite 16, ansehen, dann finden Sie, daß die Landesbank seit dem Jahre 1921 für die Landwirtschaft eine Zinsverbilligung von rund 700 000 RM gewährt hat (Hört, hört!) für Darlehen, die der Landwirtschaft bei der Landesbank gewährt worden sind oder dort aufgenommen wurden. Solange man in der Lage ist, aus dem Reingewinn der Landesbank in einigen Jahren rund 700 000 RM Zinsverbilligung für die Landwirtschaft zu gewähren, muß aber auch ernstlich erwogen und geprüft werden — und diese Bitte richten wir dringend an die Provinzialverwaltung und auch an den Vorstand der Landesbank —, ob nicht in ähnlichem Maßstabe aus dem Reingewinn auch Mittel zu Zinsverbilligungen für den Kleinwohnungsbau zur Verfügung gestellt werden können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Was der Landwirtschaft recht ist, ist schließlich auch der Arbeiterschaft (Zuruf links: der Rheinischen Wohnungsfürsorge!) billig. Wir verlangen ja gar nicht, daß das wahllos geschieht, sondern durch Prüfung des Ausschusses unter Mitwirkung der Rheinischen Wohnungsfürsorge. Wir können keineswegs anerkennen, daß die Landwirtschaft schlechter steht als die Lohnarbeiterschaft. So schlecht, wie es der Landwirtschaft geht, geht es der Arbeiterschaft schon lange. (Doh-Rufe rechts.) Auch der kleinste Bauer ist noch in der Lage, einen Teil seines Lebensunterhaltes: Kartoffeln, Korn, oder sonst etwas, auf seinem eigenen Acker für sich selbst zu erarbeiten. Das kann der Arbeiter nicht. Der Arbeiter muß diese Lebensmittel, verteuert durch die Profite des Zwischenhandels und des Kettenhandels, auf dem Markt zu teuren Preisen kaufen. Das braucht der Landwirt, auch der Kleinbauer nicht. Der kann sich diese Dinge erarbeiten. Ihm werden sie noch nicht einmal bei der Einkommensteuerberechnung angerechnet, während dem Arbeiter jeder Bissen Brot bei der Einkommensteuer angerechnet und versteuert wird.

Wir sind nicht dagegen, daß auch der Landwirtschaft in wirklichen Notfällen geholfen wird; so unvernünftige Menschen sind wir ja gar nicht. (Rufe: Na! na! rechts.) Aber was der notleidenden Landwirtschaft recht ist, ist der notleidenden Arbeiterschaft billig. Darum ver-

langen wir mit Zug und Recht: Solange für diese Kreise und für andere Kreise — z. B. für den notleidenden Mittelstand, wie es hier gefordert wird — Mittel, sei es in Form von Zinsverbilligungen, sei es in Form von niedrig verzinslichen Darlehen, zur Verfügung gestellt werden, solange muß natürlich auch der Arbeiterschaft geholfen werden. Sehen Sie, der Landwirtschaft werden von der Landesbank ohnedies schon ganz besondere Vergünstigungen gewährt. Auf Seite 16 Ihres Berichts finden Sie, daß die Landwirtschaft auch eine Vorzugsbehandlung bei der Festsetzung der Bedingungen für den Realkredit erhält: Für ländliche Darlehen werden nur 7 Prozent Zinsen für gewährten Realkredit bei 91 Prozent Auszahlung verlangt; bei den städtischen Darlehen dagegen werden 8 Prozent Zinsen bei 93 Prozent Auszahlung gefordert. (Hört, hört! links.) Sie sehen also, auch bei dem Realkredit und bei der Zinsverbilligung genießt die Landwirtschaft ganz besondere Vorteile. (Ironischer Zuruf rechts: Es geht ihr vorzüglich!) Wir erheben hier nochmals mit besonderem Nachdruck die Forderung, daß auch der Arbeiterschaft durch Zinsverbilligungsfonds für die Minderbemittelten geholfen wird. Es kann nicht genügen, daß nur den Kinderreichen geholfen wird, sondern Sie müssen auch — das ist auch bevölkerungspolitisch richtig — den jungverheirateten Ehepaaren und denen helfen, die sich in den ersten Jahren der Ehe befinden und auf den kärglichen Wochenlohn von 30, 35 und 40 RM angewiesen sind. Auch für diese Kreise darf, wenn Sie, bevölkerungspolitisch gesehen, den Belangen der gesamten Volksinteressen Rechnung tragen wollen, das Einkommen und die Existenzmöglichkeit durch einen allzu hohen Zinsfuß nicht derart heruntergedrückt werden, daß sie nicht in der Lage sind, wenigstens den notdürftigsten Lebensunterhalt zu finden.

Ich sagte schon, in wirklichen Notfällen sind auch wir dafür, daß der Landwirtschaft geholfen wird. Dagegen verlangen wir, daß auch den minderbemittelten Schichten, der Arbeiter- und Angestelltenschaft, ebenso gut geholfen wird, wie es bei der Landwirtschaft und ähnlichen Kreisen der rheinischen Bevölkerung der Fall ist.

Wir ersuchen Sie also, unter Würdigung der hier geschilderten Verhältnisse, insbesondere unter Würdigung der Tatsache, daß der Wohnungsbau in diesem Jahre scharf abgedrosselt werden soll, alle Mittel hinsichtlich der Realkredite, der Zwischenkredite und auch der Zinsverbilligung durch Landesverwaltung und Landesbank zur Verfügung zu stellen, um den Wohnungsbau und damit das Baugewerbe und die damit verbundenen Gewerbe anzukurbeln und so dazu beizutragen, daß der Arbeitsmarkt entlastet und die Zahl der Arbeitslosen im Laufe der Zeit bedeutend ermäßigt werden kann. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Krämer.

Abgeordneter Krämer: Wenn man zu dem Kleinwohnungsbauprogramm Stellung nehmen will, so muß man erst einmal untersuchen: Warum sind wir soweit gekommen, daß die Wohnungsnot ins Unendliche gestiegen ist? Da kann man ganz interessante Feststellungen machen.

Zunächst möchte ich einmal auf die Ausführungen des Herrn eingehen, der vor mir hier gestanden hat. Gerade die Sozialdemokraten sind es doch gewesen, die im Jahre 1924 die Hauszinssteuer mit geschaffen haben. Sie sind es doch gewesen, die mit dafür gesorgt haben, daß man die Hauszinssteuer für etwas anderes verbraucht hat, als für den Wohnungsbau. (Sehr richtig! rechts.) Man hat die Hauszinssteuer für den Polizeiparagrafen verbraucht. Die Verwaltungskosten werden von Jahr zu Jahr mehr gesteigert und so dem Wohnungsbau die Mittel weggenommen. Man hat unter der Aera Braun, Severing, Grzesinski auch die hohen Wohnungszuschußgelder beschlossen, wonach es den hohen Beamten möglich ist, allein eine Villa zu bewohnen, wogegen das Proletariat mit 8 und 9 Personen in den kleinsten Zimmern hausen muß.

Gestern hat im Sachausschuß Herr Abgeordneter Hagen u. a. erklärt, daß in Deutschland der Arbeiter gegenüber den Nachbarländern viel zu hohe Löhne habe. (Abgeordneter Kohl: Hört, hört! Zuruf des Abgeordneten Dunder: Hagen verdient ja auch nichts mehr!) Ich weiß nicht, was diese Ausführungen besagen sollen. Wir haben gestern schon im Sachausschuß den treffenden Zuruf gemacht, man solle sich als Generaldirektor einmal mit diesen „hohen“ Löhnen begnügen. Dann würde man vielleicht solche Äußerungen in Zukunft unterlassen.

Wie sehen nun die „hohen“ Löhne in Wirklichkeit aus? Dazu ein paar treffende Beispiele. Man hat in Duisburg auch eine sozialdemokratische Baugenossenschaft. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: In Düsseldorf auch, die hat bankrott gemacht!) — Ich möchte damit auf meinen Vorredner nochmals zurückkommen. — Dort hat man Wohnungen erstellt, die drei Monate lang leergelegen haben. Kein Arbeiter war in der Lage, diese Wohnungen zu beziehen, weil man zunächst einmal 500 RM aufbringen muß, um eine solche Wohnung zu bekommen, und man zweitens für eine vierzimmerwohnung die bescheidene Summe von 90 RM verlangte. Wenn ein Arbeiter für eine vierzimmerwohnung keine 90 RM aufbringen kann, und der Abgeordnete Hagen sagt dann, der Arbeiter in Deutschland bezöge im Vergleich mit den Nachbarländern die höchsten Löhne, so frage ich Sie, wo dann diese höchsten Löhne bleiben. Wo haben wir den Notstand innerhalb des Proletariats zu suchen? Wen drückt die Wohnungsnot? Das ist eine konkrete Frage, die angeschnitten werden muß. Ich möchte Ihnen da ein paar Beispiele anführen.

Im Kreise Bergheim hat man für die Proleten 100 Eisenbahnwagen als Wohnungen aufgestellt; dabei wurden in einem Raum bis zu 8 Personen untergebracht. (Zuruf rechts: Wo denn?) Ich habe schon gesagt, wo es ist, Sie müssen nächstens besser anpassen. — Meine Herren vom Zentrum, Ihnen möchte ich da etwas sagen: Wo bleibt denn die christliche Moral, die Sie dauernd predigen, wenn in einem einzigen Eisenbahnabteil der Vater, die Mutter, eine erwachsene Tochter von 17 Jahren, ein Sohn von 16 Jahren und noch mehrere kleine Kinder untergebracht sind, die dort kochen, essen und schlafen müssen? Wenn in einzelnen Kommunen Arbeiter den Antrag stellen, ihnen eine größere Wohnung zur Verfügung zu stellen, und die Zentrumspartei nimmt dagegen Stellung, dann soll man wahrhaftig nicht mehr von einer christlichen Moral reden. (Unverständlicher Zuruf des Abgeordneten Eises.) — Du kommst ja nachher zum Wort.

Wir haben vor drei Jahren in Düsseldorf eine Ausstellung gehabt, die Gesolei, Gesundheitspflege, soziale Fürsorge und Leibesübungen. Ich kann Ihnen erzählen, daß die Gesolei noch fortlebt. Wir haben im Kreise Mörs in der Stadt Homberg noch eine Gesolei. Wir haben dort Baracken von den Belgiern übernehmen müssen, und man ist dazu übergegangen, Leute in diese Baracken hineinzustecken. Die Baracken wimmeln von Wanzen und Ungeziefer schlimmster Art. Dort kann man den Ausdruck „Gesolei“ sehr gut gebrauchen, weil man in diesen Baracken Leibesübungen, soziale Fürsorge und Gesundheitspflege findet. Daher hat man diesen Baracken den Namen Gesolei beigelegt. (Abgeordneter Nohl: Sehr gut!) Wenn man an den verschiedensten Enden versucht, Mittel so einzusparen, daß die Familien nicht mehr untergebracht werden können, oder auf öffentlichen Plätzen logieren müssen, oder in einem Raum zusammengepfercht liegen, so züchtet man ohne weiteres die Tuberkulose. Würde man dafür sorgen, daß man größere Wohnungen für Wohnungssuchende zur Verfügung stellt, so könnte man bestimmt beim Wohlfahrtsetat eine ganze Summe Geldes für die Tuberkulosefürsorge sparen.

Wir als kommunistische Fraktion beantragen daher, daß die Mittel, die in dem sozialdemokratischen Antrage vorgesehen sind, nicht an private gemeinnützige Gesellschaften gegeben werden, sondern ausschließlich dem kommunalen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Ley.

Abgeordneter Dr. Ley: Meine Damen und Herren, im alten Staate waren die Institute der Deffentlichen Hand weniger solche, die auf Zins- und Geldgeschäfte ausgingen, sondern Sparkassen, Landesbank usw., waren die Geldgeber der Bauern, der Wirtschaft, der Gewerbetreibenden usw. zu einem geringen Prozentsatz. (Zuruf

des Abgeordneten Dunder: Wirtschaft oder Landwirtschaft?) Das war gesund und richtig. Heute sind diese Sparkassen, diese Landesbanken nicht mehr zu diesem Zwecke da, sondern sie sind (Zuruf des Abgeordneten Nohl: vollständig verjudet!), durch die allgemeine Entwicklung unseres Geldwesens, dadurch, daß das Geld absolut die Herrschaft über die Arbeit gewonnen hat, durch die Inflation, die Zinswirtschaft usw. das geworden, was der Bankier, der Finanzmann mit ihnen vorhatte. (Zustimmung bei den Nationalsozialisten.) Die Moral, die früher darin war, ist in dieser Art nicht mehr vorhanden, sondern man macht Zinsgeschäfte, Wechselgeschäfte, man kauft Aktien und Devisen, alles Sachen, mit denen sich eigentlich diese öffentlichen Geldinstitute nicht abgeben dürften. (Sehr wahr! bei den Nationalsozialisten.) Heute kann die Wirtschaft nicht mehr zu den Ersparnissen ihrer Arbeit greifen, sondern sie hält sich in den Vorzimmern der reichen Bankiers auf und bettelt da. (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.) Dann ist sie natürlich in der Hand dieser Herrschaften. (Zuruf links: Der Juden!) Wir sehen das auch hier. Die Landesbank nimmt ganz ungeheure Zinssätze, die in gar keinem Verhältnis dazu stehen, wie die Arbeit heute ertragreich sei. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Nieder mit der Zinsknechtschaft, frei nach Mussolini!) Meine Damen und Herren, die Gelder, die zur Verfügung sind, laufen auch nicht in die Kanäle, die ehemals den Staat getragen haben, zu dem fleißigen Privatmanne, zu dem Bauern, zu dem Gewerbetreibenden; nein, sie laufen zu „gemeinnützigen“ Bauvereinen, gemeinnützig nicht etwa für das Volk, sondern gemeinnützig für einige Funktionäre, die dort einen Unterschlupf finden. (Beifall bei den Nationalsozialisten.) Ich habe das Beispiel in Wiesdorf gehabt; da hatten wir eine solche gemeinnützige Baugenossenschaft. Da schlüpfen sie alle unter, von der SPD. bis zum Zentrum. (Sehr gut! bei den Nationalsozialisten.) Bald war der oben, bald war jener oben. Hatte der eine den Säckel voll, so trat er eben ab und ließ den anderen einmal heran. (Sehr gut! bei den Nationalsozialisten.) Ich habe da vor drei Jahren Dinge aufgedeckt, daß es einfach erstaunlich war, daß der Staatsanwalt nicht eingriff. (Abgeordneter Hoffmann: Hört, hört! Weiterer Zuruf: Ein kleiner Napoleon!) Ich habe in einer öffentlichen Versammlung die Leiter dieser gemeinnützigen Baugenossenschaft mit „Lumpen“ und „Verbrecher“ bezeichnet. (Hört, hört! bei den Nationalsozialisten.) Sie klagten nicht, sie dachten gar nicht daran. (Zuruf des Abgeordneten Hauck: Die scheuten die Prozeßkosten!) Wir haben dort aufgezeigt, daß wahnsinnige Wucherzinsen genommen worden waren, und daß Herr Christian Lübenkirchen in Wiesdorf-Levertusen z. B. sich ein ganz ungeheures Vermögen zusammengeholt hat aus dieser gemeinnützigen Baugenossenschaft. (Hört, hört! bei den Nationalsozialisten.) Er lieferte den Kies, d. h. das machte

seine Tochter. Die Riesgesellschaft ging auf den Namen seiner Tochter. Er holte bei der Bank das Geld, und, wenn es hier nicht war, fuhren sie zum Bankier nach Berlin. Haben wir es in Engelskirchen nicht genau so gesehen, daß ein ungeheurer Schwindel getrieben wurde? Haben wir es nicht auch bei Neustadt gesehen? Ich habe eingegriffen, wo ich etwas entdecken konnte. In all den Gemeinden war eine ungeheure Korruption, die sich auf diesem System aufbaute. Deshalb sagen wir: Die Gemeinnützigkeit ist in diesem Falle nichts anderes als ein ungeheurer sozialdemokratischer Korruptionsherd. (Zustimmung bei den Nationalsozialisten.) Weiter nichts. Wir lehnen das ab.

Meine Damen und Herren, es wird immer und allein nur für den Wohnungsbau in der Stadt gesorgt. Auf dem Lande ist die Wohnungsnot auch ungeheuer groß. Nächstens soll ja der Fachausschuß für die Bauernschaft einmal nach der Eifel fahren. Ich möchte Sie bitten, sich bei dieser Gelegenheit einmal die zerfallenen Hütten anzusehen, in denen der Eifelbauer wohnen muß, sich einmal anzusehen, wie dort diese fleißigen Menschen, zusammengepfercht mit dem Vieh, auf der Diele und in den Zimmern herumhaufen müssen.

Sie, meine Herren Kommunisten, reden von Klein- und Großbauern. Sie wollen in die Landwirtschaft den Klassengedanken hineintragen, aber da helfen Sie nicht! Wenn wir das Wohnungselend auf dem Lande nicht ebenso beheben wie in der Stadt, dann sägen wir die Wurzel unseres Volkes ab. Vom Lande kommen nämlich die Menschen in die Stadt und bringen immer wieder frisches Blut. (Sehr richtig!) Aber wie will man in diesem System den Wohnungsbau überhaupt gesund und richtig machen? Es ist einfach undenkbar, daß das bei den wahnwitzigen Zinssätzen durchgeführt werden kann. Gestern hörten wir in den Ausschüssen von einem angeblichen Westprogramm. Aber dabei wurde immer wieder betont: Ja, wenn wir das Geld kriegen! Vielleicht bekommen wir 20 Millionen. Dann kam der Rechenstift heraus, dann wurde verteilt. Dann hatten sie sich in den Haaren, ob dieser oder jener Kreis etwas mehr oder weniger haben sollte. Und immer wieder, wenn man fragte: Wird das Geld denn auch vorhanden sein?, hieß es: Das weiß man nicht, das ist sehr fraglich. Wir sagen Ihnen schon heute: Bei dieser Finanzlage, in die das Reich durch eine zehnjährige Finanzwirtschaft gekommen ist, wie sie ungeheurerlicher in der Weltgeschichte nicht zu verzeichnen ist (Zuruf des Abgeordneten Haack: Durch den Krieg!), kann keine Hoffnung vorhanden sein, daß hier dem Westen 20 Millionen zur Verfügung gestellt werden können. (Zuruf eines nationalsozialistischen Abgeordneten: Woher denn?)

Meine Damen und Herren, ich sehe hier einen Herrn Kollegen im Saal, der schmunzelt und lächelt. Er weiß genau, daß die Gemeinden, ebenso wie die Stadt

Köln, heute schon in seinem Vorzimmer um Geld betteln müssen. (Abgeordneter Haack: Hört, hört!) Er weiß, daß alles, was wir hier machen, bloß eine Farce, eine Kulisse ist, um das Elend des Volkes zu verdecken. Man will damit bloß dem Volke Sand in die Augen streuen. (Sehr wahr! bei den Nationalsozialisten.) Meine Damen und Herren, wir werden schon dafür sorgen, daß das Volk klar sieht. Wir werden ihm sagen, daß bei einer Arbeit, wie sie hier gemacht wird, das Volk niemals gefunden kann. (Abgeordneter Haack: Sehr richtig!) Die Wohnungsnot in unserem Volke ist ungeheuer groß. Sie ist der Grund all dessen, was wir Zerfall unserer Kultur nennen. Das Zentrum entrüstet sich darüber, wie unsere Jugend verdirbt. Bitte sehr, meine Herren, schaffen Sie mit und sorgen Sie dafür, daß diese Jugend gesund wohnen kann. Dann wird sofort auch hier wieder ein Aufstieg möglich sein. Solange Sie dafür aber keinen Sinn haben — schöne Worte und Phrasen tun es hier nicht, sondern einzig und allein ein klares Programm (Sehr wahr! bei den Nationalsozialisten) —, ist alles andere nichts wie Heuchelei.

Meine Damen und Herren, wir werden dem Antrage der Wirtschaft zustimmen, der da verlangt, daß die gemeinnützige Bauwirtschaft abgebaut wird und dafür wieder der Unternehmerteil und die Verantwortung des einzelnen Menschen maßgebend ist. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Kollektivwirtschaft!) Mein lieber Freund, Kollektivwirtschaften, wie Sie sie in Rußland haben, wollen wir allerdings nicht. Wir wollen keine Kollektivwirtschaften, wobei der Bauer mit der Brotkarte in der Hand nach seinem Brot suchen muß. Wir wollen nicht, daß die Jugend in ein Elend und in einen Schlamm hineingeführt wird, wie Sie ihn dort haben. Fangen Sie mit Ihrer Kollektivwirtschaft erst einmal bei Ihrer „Roten Fahne“ an, damit die nicht auch zu dem Herrn Kollegen Louis Hagen gehen und Geld pumpen muß. Merken Sie sich das! (Zuruf des Abgeordneten Haack: Ihr pumpt von Jakob Goldschmidt, von der Darmstädter Nationalbank!)

Wir werden diesen Haushalt nicht bewilligen, wie ich gleich hier sagen möchte. Wir lehnen den Gesamthaushalt ab, weil es keinen Sinn und keinen Wert hat. Nennen Sie das etwa praktische Arbeit, wenn Sie Ihr Geld hier abgeben müssen? (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Sie müssen einmal chemisch untersucht werden!) Das Volk dort oben (Redner weist auf die Tribüne) versteht unter praktischer Arbeit etwas anderes; das sage ich Euch. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: So dumm sind die nicht! Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Sie müssen chemisch untersucht werden!) Ihren Rot müssen Sie einmal untersuchen.

Meine Damen und Herren, die Herrschaft des Geldes, die gerade hier in dem Etat der Landesbank zum Ausdruck kommt, kann nur dann gebrochen werden,

wenn die Banken sozialisiert sind, wenn das Geldwesen und der Geldverkehr, genau so wie die Post und die Eisenbahn, dem Staate übergeben werden. (Sehr gut! bei den Nationalsozialisten.) Wir werden erst wieder gesunde Verhältnisse erhalten, wenn wir auf der anderen Seite die Produktion absolut selbständig machen, wenn wir dafür sorgen, daß der Mittelständler, der Bauer, der Gewerbetreibende wieder Herr in seinem eigenen Hause ist. Wir wollen die Produktion selbständig machen. Aber, Herr Louis Hagen, das wünschen wir, daß wir es noch einmal erleben, daß Sie erwerbslos werden. (Lauter Beifall bei den Nationalsozialisten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Renner.

Abgeordneter Renner: Ich möchte zu der Frage der Förderung des gemeinnützigen Kleinwohnungsbaues einmal das Problem hervorheben, das uns im vorigen Jahre schon beschäftigt und dazu geführt hat, daß der Landtag eine Eingabe an die Reichsregierung annahm. Bekanntlich wurde der Kleinwohnungsbau in den vergangenen Jahren wesentlich dadurch gefördert, daß aus dem Vermögen der Reichsversicherungsanstalt Darlehen gegeben wurden. Diese Möglichkeit war bereits im vorigen Jahre dadurch erheblich eingeschränkt worden, daß die Reichsregierung den gesamten Zuschuß an die Versicherungsträger in der Höhe von 160 Millionen nicht in barem Gelde, sondern in Schuldverschreibungen des Reiches zur Ueberweisung brachte. Wir haben damals auf die Folgen dieses Ausfalles der Barmittel hingewiesen. Das Zentrum und die Mehrheit des Hauses hat unseren Antrag im vorigen Jahre unterstützt. Wir stellen nun fest, daß die Praxis des vorigen Jahres bezüglich der Ueberweisung des Zuschusses des Reiches an die Versicherungsträger in diesem Jahr wiederholt wird. In diesem Jahre beträgt der Gesamtreichszuschuß 166 Millionen RM. Er soll nach sicherer Information dadurch abgegolten werden, daß die Regierung den Versicherungsträgern Aktien der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft überweist. Die sind aber ebensowenig veräußerlich wie die Schuldverschreibungen des Reiches. Damit entfällt auch diesmal eine wesentliche Möglichkeit, den Kleinwohnungsbau aus Darlehensmitteln der Versicherungsträger zu fördern. Wir glauben, das Haus auf diesen Ausfall aufmerksam machen zu müssen. Die Politik, die im vorigen Jahre der sozialdemokratische Finanzminister Hilferding betrieben hat, wird in diesem Jahre durch seinen bürgerlichen stellvertretenden Nachfolger — stellvertretender Nachfolger insofern, als er ja auch bald wieder abgelöst wird — wiederholt. Ich glaube, daß der Provinziallandtag allen Anlaß hat, bei der Reichsregierung an die vorjährige, nicht eingelöste Resolution zu erinnern.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Wisler.

Abgeordneter Wisler: Die Ausführungen der beiden Herren von der sozialdemokratischen und der kommunistischen Fraktion veranlassen mich, einiges zu dem hinzuzufügen, was ich vorhin vorgetragen habe. Die Ausführungen des kommunistischen Redners sowohl wie auch die des sozialdemokratischen Kollegen waren jedenfalls nicht getrübt von irgendwelcher Sachkenntnis hinsichtlich der Wohnungsverhältnisse. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Die haben Sie in Erbpacht genommen!) Jedenfalls weiß ich es sehr genau, weil ich es am eigenen Leibe erfahren habe, wie es mit den Mieten aussieht. Meine Damen und Herren, wenn ein Mieter nicht das Unglück hat, gerade in Düsseldorf oder in Köln in einer stark frequenten oder teuren Wohnstraße zu wohnen, dann kann ich den beiden Herren Rednern hier die Versicherung geben, daß die Hausbesitzer im ganzen Rheinland außerordentlich froh wären, wenn sie 25 Prozent des Lohnes als Miete bekämen. Was Sie vorbrachten, sind Phantasiereise, die vielleicht höchstens von den sogenannten gemeinnützigen Baugesellschaften erhoben werden, nicht aber von den Besitzern der alten Häuser.

Meine Damen und Herren! Was überhaupt den gemeinnützigen Wohnungsbau anlangt, so stehen wir auf dem Standpunkt, daß sie mit aller Gemeinnützigkeit der Wohnungsbauten, namentlich auch für kinderreiche Familien, tatsächlich an den wirtschaftlichen Verhältnissen der Mieter nichts ändern. Sie können noch soviel gemeinnützige Wohnungen bauen, sie können noch soviel Häuser dahinstellen, sie werden ihnen nichts nützen, wenn sie keine Mieter finden, die in der Lage sind, die Mieten zu bezahlen. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Finden Sie denn diese Mieter?) Meine Damen und Herren, sorgen Sie erst durch einen vernünftigen Abbau der eigentumsfeindlichen Gesetzgebung, und zwar an dem langen Hebelarm in Berlin, dafür, daß die Leute wirklich in die Lage versetzt werden, Geld zu verdienen und damit auch besser Miete zu bezahlen. Durch Ihre eigentumsfeindliche Politik, die sich namentlich gegenüber den privaten Hausbesitzern in geradezu katastrophaler Weise ausgewirkt hat, haben Sie die Arbeitslosigkeit verschuldet. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Ihr lebt ja schon zehn Jahre von diesem Quatsch!) Wir sind gar nicht im Zweifel darüber, daß das Darniederliegen des ganzen Baugewerbes auf die besitzfeindliche Gesetzgebung zurückzuführen ist, die Sie inauguriert haben. Leider haben sich bürgerliche Parteien gefunden, die die nötige Hilfsstellung zu dieser Politik geleistet haben. (Abgeordneter Dr. Stein: Sehr richtig!) Vorhin hat einer der Redner gefragt: Ist es mit der christlichen Moral in Einklang zu bringen, wenn die Leute gezwungen sind, in Baracken oder in Eisenbahnwaggons zu wohnen? Meine Damen und Herren, wir sind uns alle darüber einig, daß das gewiß keine Wohnungen sind, die man irgendeinem Menschen wünschen sollte. Aber wir stehen auf dem Standpunkt, daß eine schlechte

Wohnung in den meisten Fällen immer noch besser ist als gar keine. (Zuruf des Abgeordneten Nohl: Jedem das Seine!) Oder wollen Sie lieber, daß diese Leute mit ihren Familien auf die Straße gesetzt werden? Wenn die Leute ein Dach über dem Kopfe haben, sind sie wenigstens vor den Unbilden der Witterung geschützt. (Zuruf des Abgeordneten Renner: An jeder Straßenecke werden neue Kirchen gebaut!)

Es ist auch von dem Ungeziefer gesprochen worden, das man dort angetroffen hätte. Meine Herren, solange die Baracken und die Eisenbahnwaggons leer waren, waren jedenfalls keine Wanzen darin. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Dazu kann man bloß Psui sagen!) Das Ungeziefer ist doch jedenfalls erst hineingekommen, nachdem Menschen darin waren. (Laute Entrüstungsruufe links.) Entrüsten Sie sich nur, über die Tatsachen kommen Sie nicht hinweg. Ich habe mir diese Baracken und Eisenbahnwaggons sehr genau angesehen. (Amdauernde Entrüstung bei den Kommunisten.) Ich kann Ihnen die Versicherung geben: Es gibt Hausfrauen, die imstande sind, auch diese Eisenbahnwaggons ganz wohnlich auszustatten und sie sauber zu erhalten. Jedenfalls sind diese Unterkünfte immer noch besser, als wenn die Leute auf der Straße lägen. Meine Damen und Herren! So schaffen Sie das Elend, über das Sie so klagen, nicht aus der Welt. Treten Sie dafür ein, daß die Kapitalbildungsmöglichkeit im Mittelstande und namentlich im privaten Baugewerbe wiederhergestellt wird, und schaffen Sie den gemeinnützigen Wohnungsbau, den man besser „gemeingefährlichen“ Wohnungsbau nennen sollte (Bravo! bei der Wirtschaftspartei.), endlich einmal ab. (Zuruf des Abgeordneten Selbmann: Da ist der Pferdefuß!). Sie brauchen ja gar nicht so weit zu gehen, Sie haben ja hier in Düsseldorf bei der Wohnungsbaugenossenschaft „Freiheit“ die prachsvollsten Erfahrungen auf diesem Gebiete gemacht. Diese Erfahrungen haben sich in geradezu erschreckendem Maße in allen möglichen Städten vermehrt. Das ist der klare Beweis dafür, daß Sie mit dem gemeinnützigen Wohnungsbau das Wohnungselend niemals aus der Welt schaffen werden. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Wie war es denn mit der Privatfirma Salz & Schmitz?)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dörr.

Abgeordneter Dörr: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Vertreter der äußersten Linken wie der äußersten Rechten glauben das Zentrum bzw. die Zentrumsfraktion dieses Hauses für das Wohnungselend verantwortlich machen zu müssen. Da möchte ich doch zunächst dem Vertreter der Linken folgendes ins Gedächtnis zurückerufen: Als im vorigen Provinziallandtag auf Veranlassung der Zentrumsfraktion 300 000 RM zu Mietzinsverbilligungen für kinderreiche Familien zur Verfügung gestellt werden sollten, hat das die Fraktion der kommunistischen

Partei abgelehnt. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Sie hat es auch begründet!) Das ist die praktische Wohnungsfürsorge, die Sie betreiben. Das zeigt, wie Sie dem armen Volk aus dem Wohnungselend heraus helfen wollen. Wir wissen ganz genau, weshalb Sie einen solchen Standpunkt einnehmen: „Sie wissen genau, daß in dem Augenblick, wo wir diese Familien aus ihren elenden Wohnbaracken herausholen, sie die Verbindung mit Ihnen lösen werden. (Zuruf des Abg. Selbmann: Warum tun Sie es denn nicht?) Meine Herren, auf dem Standpunkt haben alle vernünftigen Sozialpolitiker immer gestanden, daß die beste Sozialpolitik die ist, daß man der Familie eine vernünftige Wohnung schafft.“

Der letzten Seite des Hauses möchte ich folgendes sagen: „Ich glaube, das Zentrum, besonders die Zentrumsfraktion dieses Hauses darf für sich in Anspruch nehmen, hier schon mit diesen brennenden Fragen sich beschäftigt zu haben, als von Ihnen noch niemand hier war. (Zuruf des Abg. Renner: In der demagogischsten Weise sogar!)“

Nun ein Wort zu der Zinsverbilligung an sich. Die Zentrumsfraktion begrüßt es, daß es auch in diesem Jahre möglich ist, die im vergangenen Jahre zur Verfügung gestellten 300 000 RM für die Mietzinsverbilligung kinderreicher Familien zu verwenden. Sie begrüßt es umsomehr, als die Anregung hierzu ja von ihr ausgegangen ist. Ich glaube, heute ist sich in diesem Hause, vielleicht abgesehen von den Herren Kommunisten, niemand mehr darüber im Unklaren, daß die Bewilligung dieser Gelder eine außerordentlich segensreiche Wirkung ausgelöst hat. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Ein Tropfen auf den heißen Stein ist!) Wenn ich Ihnen den Nachweis erbringe, daß von den 1750 kinderreichen Familien, denen im vergangenen Jahre diese Zuschüsse bewilligt worden sind, allein 60 Prozent dem Arbeiterstande angehören, dann ist es wohl um so vernünftlicher, daß Sie als die angeblichen Vertreter der Arbeiterbevölkerung es wagen, gegen derartige Anträge zu stimmen.

Als Mitglied des Ausschusses für die Verteilung dieser Gelder habe ich das Bedürfnis, bei dieser Gelegenheit der Rheinischen Wohnungsfürsorge für ihre sehr mühevolle Arbeit gerade in dieser Beziehung den herzlichsten Dank zum Ausdruck zu bringen. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Sie haben anscheinend auch schon eine Wohnung davon bekommen!) Nein, die habe ich nicht, obwohl ich 9 Kinder habe. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Das ist bei Ihnen erklärlich; Sie sitzen in der richtigen Partei!) Sich mit Ihnen über diese Dinge auseinander zu setzen, wäre ja vollständig müßig. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Seid fruchtbar und mehret euch!)

Nun ein Wort zu dem sozialdemokratischen Antrag, 100 000 RM zur Zinsverbilligung für zwei-, drei- und vierräumige Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Die Zentrumsfraktion ist sich darüber klar, daß es

zweifellos wünschenswert wäre, auch noch diejenigen Kreise zu bedenken, die man hier in diesem Antrag erfassen will. Aber abgesehen davon, daß uns ja durch die Finanzlage der Provinz gewisse Grenzen gezogen sind, glaubt die Zentrumsfraktion auch den Standpunkt vertreten zu müssen, daß im gegenwärtigen Augenblick dadurch, daß man einer kinderreichen Familie mit 7, 8 oder gar noch mehr Kindern aus einer zwei- und dreiräumigen Wohnung heraushilft, weil sie ihren Verhältnissen nicht mehr entspricht, ganz automatisch zwei- und dreiräumige Wohnungen für jüngere Eheleute und Familien mit weniger Kindern frei werden. Ich darf für mich in Anspruch nehmen, Tag für Tag praktisch mit diesen Dingen in Verbindung zu stehen, und ich kann Ihnen sagen, daß die Erfahrungen, die ich gesammelt habe, das vollauf bestätigten.

Auf der anderen Seite sind wir uns aber auch darüber einig, daß im gegenwärtigen Augenblicke aus sozialen, kulturpolitischen, bevölkerungspolitischen und sittlichen Erwägungen unter Bezugnahme auf § 119 und 155 der Reichsverfassung eine Verpflichtung besteht, zunächst einmal der kinderreichen Familie zu helfen, weil sie im gegenwärtigen Stadium unserer Geschichte — ich erinnere da an den fürchterlichen Geburtenrückgang — tatsächlich die Familie ist, von der die Existenz und die Zukunft des Deutschen Volkes abhängt. (Ironische Bravorufe bei den Kommunisten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Kolafz:

Abgeordneter Kolafz: Meine Damen und Herren! Der Vertreter der Wirtschaftspartei veranlaßt mich, doch noch einige Worte der Erwiderung zum besten zu geben. Wenn er sagte, der gemeinnützige Wohnungsbau sei nicht gemeinnützig, sondern vielmehr gemeingefährlich (Sehr richtig! bei der Wirtschaftspartei), so kann ich das von dem engherzigen egoistischen Standpunkt einer wirtschaftsparteilichen Krämerseele aus verstehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Denn diese Wirtschaftsparteiler — das wissen nicht nur wir, sondern auch die Vertreter der anderen Parteien dieses Hauses — sind die Partei des krassesten Egoismus. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Sehr gut! — Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Na, Ihr Sozialdemokraten; ausgerechnet das ist die Partei der uneingeschränkten Profitsucht! Zum Abgeordneten Gerlach gewandt: Das ist der Landesrat mit 18 000 RM Gehalt!) Es ist die Partei der ausgesprochenen Krämerseelen. Wir, die wir die Interessen nicht nur einer kleinen wirtschaftsparteilichen Kaste zu vertreten haben, die nur auf ihren Geldsachinteressen hoakt, wir sind nicht so gemein, den privaten Wohnungsbau als gemeingefährlich zu bezeichnen. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Ihr habt Eure Gewerkschaftskasse! — Lebhaftige Zurufe bei der Wirtschaftspartei.)

Wir wissen auch, daß der private Wohnungsbau heute noch notwendig ist. Sie wollen doch nicht von uns verlangen, daß wir für Sie Wohnungen bauen. Das lehnen wir ab, und das würden auch Sie ablehnen. Den Wohnungsbau für Ihre Kreise wollen wir gerne mit Dank Ihnen überlassen. Allein die Tatsache, daß von dem gesamten Wohnungsbau in Deutschland leider nur 30 Prozent auf gemeinnützige Bauunternehmungen entfallen, beweist, daß die Privatwirtschaft noch einen allzu großen Anteil an dem Wohnungsbau überhaupt hat. (Hört, hört! bei der Wirtschaftspartei.) Sie können einmal Männer und Frauen fragen, die in der Sozialpolitik nicht erst heute, sondern seit Jahrzehnten auf dem Gebiete des Wohnungsbaues, insbesondere des Kleinwohnungsbaues arbeiten, dann werden sie Ihnen antworten, daß der gemeinnützige Wohnungsbau, ganz gleich ob er nun von gemeinnützigen Bauvereinen oder von Stadtverwaltungen, betrieben wird (Zuruf bei den Nationalsozialisten: Bonzenwirtschaft!), in seiner kulturellen Gestaltung und auch hinsichtlich seiner sozialen Mietgestaltung turmhoch über dem privaten Wohnungsbau steht.

Wenn Sie hier den Fall der Freiheit anziehen, so können wir Ihnen erwidern, daß es unter jeder Herde Schafe mal ein räudiges gibt. (Aha! bei der Wirtschaftspartei.) Selbstverständlich, auch wir machen Fehler; wir sind keine Engel. Aber immerhin, da Sie gerade von Düsseldorf reden, erinnere ich Sie an den ungeheuren Skandal von Salz und Schmitz (Zuruf des Abgeordneten Dr. Stein: Damit haben wir doch nichts zu tun!), über den man von wirtschaftsparteilicher und volksparteilicher Seite den Mantel der christlichen Nächstenliebe zu decken versuchte (Hört, hört! bei der Sozialdemokratie), den wir erst der Öffentlichkeit präsentieren und offenbaren mußten. Sie lesen ja die täglich aufsteigenden Kurse der Bankrotte und Konkurse in der öffentlichen Wirtschaft. Neben diesen von Ihrem Standpunkt aus gesehen skandalösen Vorgängen in der Wirtschaft kann sich die gemeinnützige und korporative Wirtschaft sehr gut sehen lassen. (Lachen bei den Nationalsozialisten.)

Nun noch ein Wort zu dem Herrn Vertreter der Kinderreichen. Er hat selbst zugegeben, daß die 1700 Wohnungen, die für Kinderreiche erstellt worden sind, nur ein Tropfen auf einen heißen Stein sind; und das damit den breiten Schichten der Minderbemittelten und auch den Kinderreichen nicht gedient ist. Gerade weil wir das wissen, und mit dem Vertreter der Kinderreichen darin übereinstimmen, daß mit einem solchen geringen Prozentsatz von 1700 Wohnungen in der ganzen Rheinprovinz den Interessen der breiten Schichten der Minderbemittelten nicht gedient ist, gerade darum verlangen wir die Einsetzung von weiteren 100 000 RM für Kleinwohnungen in den Etat und darüber hinaus, daß auch die Landesbank weitere Mittel zur Zinsverbilligung aus ihrem Reingewinn zur Verfügung stellt. Der Bezirkswohnungskommissar des Regierungsges-

bezirk des Düsseldorf und auch die Bezirkswohnungs-kommissare der anderen Bezirke sind längst der Meinung, . . .

Vorsitzender Dr. Jarres (unterbrechend): Ich muß darauf aufmerksam machen, daß die halbstündige Redezeit für Ihre Fraktion abgelaufen ist.

Abgeordneter Kolaß (fortfahrend): Sie sind längst der Meinung, daß neben den großen Wohnungen auch Kleinwohnungen in genügendem Umfange erstellt werden müssen. Darum bitten wir Sie noch einmal dringlichst, unserem Antrag um Bewilligung von weiteren 100 000 RM an Zinsverbilligung für den Kleinwohnungsbau zuzustimmen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dunder.

Abgeordneter Dunder: Wohl selten hat ein Redner der bürgerlichen Fraktionen mit einer solchen Infamie (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Sehr richtig!) gegen die Arbeiterschaft polemisiert, wie Herr Witzler von der Wirtschaftspartei.

Vorsitzender Dr. Jarres (unterbrechend): Herr Abgeordneter Dunder, ich rufe Sie wegen dieses beleidigenden Ausdruckes zur Ordnung.

Abgeordneter Dunder (fortfahrend): Herr Witzler, wenn Sie einmal in einer Arbeiterversammlung solche Ausführungen machten, so würden Sie sich an demselben Abend nicht mehr wiederfinden. Sie haben sich gestern im Wohnungsausschuß sogar zu der Behauptung versteift, daß die Arbeiter nicht arbeiten wollten, deshalb gehöre ihnen auch keine Wohnung. (Zuruf des Abgeordneten Witzler: Das ist eine Lüge!) Das ist keine Lüge, sondern das haben Sie im Wohnungsausschuß gesagt. (Zuruf bei den Kommunisten: Wo bleibt denn da der Ordnungsruf?)

Vorsitzender Dr. Jarres: Ich habe gehört, daß einer der Abgeordneten herüber gerufen hat „Lüge“. Ich kann nicht feststellen, wer es gewesen ist. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Witzler!) Ich frage deshalb, ob der Betreffende sich selbst melden will. (Abgeordneter Witzler meldet sich.) Dann muß ich Sie zur Ordnung rufen, Herr Abgeordneter Witzler.

Abgeordneter Dunder (fortfahrend): Wenn Herr Witzler eine Parallele zwischen dem sogenannten gemeinnützigen Wohnungsbau und dem Wohnungsbau der Privatwirtschaft gezogen hat — Herr Dr. Ley hat vorhin auch schon, obwohl er der enthusiastische Bekämpfer des Privatkapitalismus ist, eine Lanze für den privaten Wohnungsbau gebrochen —, dann möchte ich darauf hinweisen, daß wir Kommunisten den gemeinnützigen Wohnungsbau, wie Sie ihn auffassen, ablehnen. (Zustimmung bei den Kommunisten. Zurufe bei den Nationalsozialisten: Das wissen wir!) Wir vertreten den kommunalen Wohnungsbau, und um hier einmal kommunalen und privaten Wohnungsbau einmal gegenüber zu halten, verweise ich nur auf die Bauten, die in den letzten Jahren in Düsseldorf durch die private Hand erstellt worden sind; von Mistrath

und Roth, Salz und Schmitz, und wie diese Bauunternehmer alle heißen. Es sind Wohnungen, in denen Mieten von 25 bis 70 RM pro Zimmer erhoben werden. (Hört, hört! bei den Kommunisten.)

Meine Herren von der kinderreichen Couleur, mieten Sie einmal in einem solchen Hause eine kinderreiche Familie mit 9 und 10 Kindern ein, dann kann der Mann zwei Jahre lang arbeiten, um eine Monatsmiete aufzubringen. (Sehr richtig! bei den Kommunisten. Zuruf des Abgeordneten Dörr: Bewilligen Sie doch die Zuschüsse, dann geht das!) Einen Augenblick, ich komme auch zu Ihnen.

Wenn der Zentrumsredner vorhin gesagt hat, daß die kommunistische Fraktion im vergangenen Jahre die Zinsverbilligungszuschüsse abgelehnt habe, dann erklären wir heute, daß wir das auch jetzt wieder tun werden. Uns kommt es nicht lediglich darauf an, daß Wohnungen gebaut werden, sondern für uns steht die Frage so: wer baut die Wohnungen, und für wen werden sie gebaut? (Zustimmung bei den Kommunisten.)

Wenn Sie wirklich für die Minderbemittelten und die kinderreichen Familien eintreten wollen, dann zeigen Sie, daß Sie für den Antrag der kommunistischen Fraktion sind, der besagt, daß die vorgesehenen Zuschüsse und Zinsverbilligungen für den gemeinnützigen Wohnungsbau der Gemeinden und Kreise zur Verfügung gestellt werden.

Denn wer baut heute noch für die minderbemittelte Bevölkerung und die Kinderreichen? Glauben Sie, daß ein Privatkapitalist heute ein Interesse daran hat, Wohnungen zu bauen, die er so vermieten muß, daß der Betreffende die Miete auch nur einigermaßen ertragen kann? Nein, die Kommunen sind heute auf Grund Ihrer Politik gezwungen, diese Wohnungen zu bauen, die selbstverständlich Zuschußwohnungen bedeuten. Aber das hindert uns nicht, — weil die Öffentliche Hand verpflichtet ist, für diese Leute zu sorgen — immer wieder zu fordern: Hintweg mit dem privaten Wohnungsbau! Keinen Pfennig für solche Wohnungen! Es sind genügend Paläste und Kästen vorhanden, in denen die Bourgeoisie schwelgt. Aber die Arbeiterschaft hat keine Wohnungen; sie haust in Höhlen, von denen Sie, Herr Witzler, vorhin gesprochen haben. Wenn Sie vorhin gesagt haben, daß in den Wohnungen, wenn sie erstellt sind, noch kein Ungeziefer ist, und die Arbeiter erst dieses Ungeziefer hineinbringen, dann möchte ich Sie darauf verweisen, daß nicht die Arbeiter das Ungeziefer hereinbringen, sondern daß das Ungeziefer, das in den Kellerlöchern und sonst irgendwo haust, auch in die Wohnungen hineindringt. Schauen Sie in Ihre Paläste (Zuruf des Abgeordneten Renner: Die sind auch verwanzt, zum Teil wenigstens!), da werden Sie genug Ungeziefer finden.

Wenn nun der Redner der Partei mit dem roten Banner und dem schwarzen Hakenkreuz (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Wa! Bravo!) uns zurief, die Kommunisten lebten von der Roten Fahne (Zuruf des

Abgeordneten Dr. Ley: Es ist Ihnen wohl unangenehm, das zu hören!), so verweise ich nur darauf, daß die Kommunisten stolz darauf sind, von der Roten Fahne zu leben. Aber Sie haben es uns abgeguckt und deshalb eine rote Fahne genommen und ein schwarzes Sakentkrenz darauf genäht. Aber die Arbeiterschaft begreift Ihr blödsinniges Spiel. (Zurufe bei den Nationalsozialisten.)

Wenn dann gesagt wurde, daß die Sozialdemokraten und Kommunisten in den Genossenschaften koalitiert sind, — ja, das zu begreifen, dafür reicht der Verstandskasten der Nazis natürlich nicht aus! Wenn die Kommunisten sich in den Genossenschaften beteiligen, so verfolgen sie dabei nur dasselbe Prinzip, welches sie auch in den Gewerkschaften und sonstigen Einrichtungen der Arbeiterschaft verfolgen. Wir sind nicht in den Bau-genossenschaften, um vom sogenannten gemeinnützigen Wohnungsbau zu schwelgen, sondern um der Arbeiterschaft zu zeigen, daß es Schwindel und Betrug an der Arbeiterschaft ist, wenn man ihnen die Illusion in die Stirne hämmert, daß es auf diesem Wege möglich sei, die Not und das Elend der Wohnungssuchenden zu verhüten bzw. abzuschaffen. Weder durch den genossenschaftlichen noch durch den kommunalen Wohnungsbau wird die Wohnungsnot behoben, weil der Kapitalismus nicht im Stande ist, die Wohnungsnot zu beheben, da er die Wohnungsnot nach denselben Gesichtspunkten betrachtet, wie seine Wirtschaftsweise schlechthin. Wenn der Unternehmer nicht von vornherein weiß: Diese oder jene Rate kann ich an dem Hause verdienen, diese oder jene Rente wirft mir das Haus ab, wenn es bezogen wird, dann verzichten wir auf den Wohnungsbau. Deshalb ist es fauler Zauber, davon zu reden, als ob im kapitalistischen Staat irgendwelche Möglichkeiten vorhanden seien, das Wohnungselend zu beseitigen. (Zuruf des Abgeordneten Dörr: Daran habt Ihr ja auch kein Interesse.) Wir haben das denkbar größte Interesse daran; Sie haben kein Interesse daran.

Ich will Ihnen nur folgendes sagen: die Methoden, die Sie zur Bekämpfung des Kommunismus anwenden, stärken uns nur. Jeder Hieb, den Sie uns versetzen, macht uns stärker. Aber wenn Sie den Kommunismus wirklich bekämpfen wollen, so schaffen Sie das Wohnungselend und die Erwerbslosigkeit ab. (Zustimmung bei den Kommunisten.) Geben Sie den Arbeitern anständige Löhne und ausreichende Kleidung, und der Kommunismus ist beseitigt! Wir wissen, in welchem elendem Milieu die Arbeiterklasse lebt, aber wir sind bestrebt, es abzuschaffen. Sie jedoch nicht, sondern Sie sind es, die die Arbeiterschaft immer weiter ins Elend hineinstürzt. Wir helfen mit, die Arbeiterschaft darüber aufzuklären, daß Sie es sind, die die Arbeiterschaft in dieses Elend hineinversetzt. Wir werden die Arbeiterschaft zum Siege gegen dieses System führen, und dann werden wir Wohnungen schaffen. (Bravo! bei den Kommunisten.)

Schauen Sie hin nach Sowjetrußland. (Aha! bei den Nationalsozialisten.) Es gibt niemanden mehr. (Lärmende Zurufe bei den Nationalsozialisten.) Auf Guer Indianergeheul gehe ich nicht ein. Es gibt heute in der ganzen Welt keinen Menschen mehr, der es ableugnen kann, daß in Rußland jährlich Hunderttausende (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Hungern!), Millionen Arbeiter neue Wohnungen beziehen, daß in Rußland ganze Städte neu erstehen, daß neben den alten Vorkriegsbaracken neue Wohnungen für die Arbeiter geschaffen werden. (Lebhafte Zurufe bei den Nationalsozialisten.) Erkundigen Sie sich in Ihren eigenen Kreisen bei den Leuten, die in Rußland gewesen sind. Wir brauchen das nicht mehr zu bestätigen, weil andere es für uns sagen.

Aber Herr Dr. Ley, wie sieht es in Mussolinien aus! Wie ist es denn mit Ihrem geheiligten Schutzpatron und Helden, nach dessen Vorbild Sie die Arbeiter Deutschlands und der übrigen Welt befreien wollen? Schauen Sie hin, wie der Bauer, wie der Industrieproletarier in Italien lebt. Er lebt bedeutend schlechter als der schlechteste deutsche Arbeiter. Schauen Sie hin nach Ihrem Mussolini, wie er bei den jüdischen Bankiers die Hände aufhält, um nach Möglichkeit Zinsgeld zu bekommen! (Lachen bei den Nationalsozialisten.) Schauen Sie hin, wo Ihre Freunde die Gelder hernehmen. War nicht im Jahre 1926 hier im Ruhrgebiet (Lärmende Zurufe bei den Nationalsozialisten. Die weiteren Worte des Redners sind infolge des fortgesetzten Lärmes unverständlich.) Elende Heuchler! (Zuruf der Abgeordneten Frk. Otto: Ich stelle den Antrag, daß Herr Dr. Ley nach Grafenberg gebracht wird!)

Wenn Sie von der Schwerindustrie, die Sie ja auch kennen, von den französischen Generalen (Zuruf bei den Nationalsozialisten: Gehört ja gar nicht hier hin! Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Was das mit dem Etat zu tun hat, weiß kein Mensch.) Das hat genau dasselbe damit zu tun, wie das, was Sie ausgeführt haben.

Vorsitzender Dr. Jarres (unterbrechend): Ich bitte, die Zwischenrufe zu unterlassen und ersuche den Redner, bei der Sache zu bleiben.

Abgeordneter Dunder (fortfahrend): Wir Kommunisten sind der Auffassung, daß die Zinsverbilligungsmittel, die im Etat vorhanden sind, wie auch die ergänzenden Anträge, die Mittel zu erhöhen, nicht für die Zwecke verwandt werden, die hier schlechthin genannt sind, indem man einfach erklärt: sie werden für den Kleinwohnungsbau verwandt. Ich habe vorher bereits ausgeführt und verweise nochmals darauf, daß die Kommunen heute diejenigen Stätten sind, die den Kleinwohnungsbau betreiben und fördern. Wir sind deshalb der Auffassung, daß die Mittel, die der Provinziallandtag bewilligt, den Gemeinden und Kreisen mit der Maßgabe zur Verfügung gestellt werden, daß sie nur für den kommunalen Wohnungs-

bau verwandt und nicht an Baugenossenschaften und viel weniger an Private vergeben werden. (Zuruf aus der Wirtschaftspartei: Den Kommunisten geschenkt werden!) Wir wollen von Euch nichts geschenkt haben; die Kommunisten erkämpfen sich das, was sie zum Lebensunterhalt notwendig haben, und die Kommunisten erkämpfen sich darüber hinaus eine neue, bessere Gesellschaftsform. (Lebhafte Beifall bei den Kommunisten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Ley. (Lebhafte Ho, Ho-Rufe bei den Kommunisten, Zuruf: Hoppedix!)

Abgeordneter Dr. Ley: Meine Damen und Herren! Die Wirtschaftspartei wird ja Manns genug sein, sich gegen die Vorwürfe, die von der Sozialdemokratischen Partei erhoben wurden, und auch jetzt wieder von den knallroten Marxisten vorgebracht wurden, zu wehren. Wir Nationalsozialisten möchten nur feststellen, daß der Redner der Sozialdemokratischen Partei zu dem Elend von heute auch noch den Hohn fügte. (Hört, Hört! bei den Nationalsozialisten.) Er sagte: „Schaut Euch die Konkursliste und die Bankrotliste an! Schaut Euch an, wie die Zahlen jeden Tag in die Höhe schnellen!“ Meine Herren von der Sozialdemokratischen Partei, es ist doch Ihr Staat, den Sie hier haben. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Und Sie erkennen ihn an!) Sie haben ihn geschaffen. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Und Fried ist Staatsminister!) Herr Scheidemann sagte doch, es sei ein Staat in Schönheit, Freiheit und Würde. Hat nicht der Abgeordnete Haas damals in einer Rede im Oberbergischen, in Waldbröl, gesagt, — er ist dort auch zu Hause —: Es wird jetzt nicht mehr so sein wie bisher, daß die Reichen ihre Kinder in Seide und die Armen in Zeitungspapier wickeln. (Zuruf links: Wo hat er das gesagt?) Das hat er in Waldbröl im Althoff'schen Saale gesagt. Ich habe ihm daraufhin später einmal geantwortet: „Herr Abgeordneter Haas, wir sind allerdings herrlichen Zeiten entgegengegangen. Die Reichen, und zwar ganz wenige Reiche, wickeln ihre Kinder immer noch in Seide, und die Arbeiter haben nicht einmal Zeitungspapier, um sie hineinzuwickeln. (Sehr gut! bei den Nationalsozialisten.)

Dann wurde hier von den Kinderreichen gesprochen. Man merkt, daß der Verein der Kinderreichen allmählich immer mehr abnimmt; leider Gottes! Das ist der Ausblick in die Zukunft unseres Volkes, und hier möchte ich doch auch dem Zentrum wieder einmal etwas ins Gewissen rufen. Neulich las ich in der Zentrumsprelle folgenden Satz: „Bald wirkt sich ja der Geburtenrückgang aus der Zeit des Krieges und nachher aus, dann wird wohl hoffentlich die Erwerbslosenzahl sinken.“ (Lebhaftes Pfui! beim Zentrum.) Meine Herren, dieser Satz stand da, und dann wollen Sie noch Kämpfer gegen die Bestrebungen der

Abgeordneten Kurth: Wieviel Kinder haben Sie?) Wenn Sie auf der einen Seite in Ihrer Politik mit der Hoffnung rechnen, daß mit dem Geburtenrückgang endlich die Ziffer der Erwerbslosen sinkt, dann haben Sie andererseits in demselben Augenblick auch kein Recht mehr zu sagen, was Ihre katholische Kirche Gott sei Dank sagt. Wir freuen uns darüber, daß sie sagt: „Es ist eine Todsünde.“ (Lebhafte Zurufe bei den Kommunisten.)

Meine Herren Marxisten von der Kommunistischen Partei, brüllen Sie nur, wir wissen ja, daß Sie sogar ein 130-Millionen-Volk ins Elend bringen und kaputt machen können. Das sehen wir in Rußland ja ganz klar. Sowjetrußland zieht bei keinem Deutschen mehr, das könnt Ihr höchstens Euren Fraktionsgenossen vorreden, sonst aber niemand.

Ich habe dem Zentrum nicht allein hier, sondern auch im Landtage bereits einige Male gesagt — und im Lande draußen sage ich es auch: Wenn Sie Ihre Kirchen erhalten wollen, und tatsächlich den Windthorst'schen Geist noch hätten, dann könnte es nicht vorkommen, wie es gestern geschehen ist, daß der Herr Landeshauptmann einen Kandidaten mit der Aeußerung präsentierte: „Bitte, meine Herren von der Sozialdemokratischen Partei, dagegen können Sie doch eigentlich nichts haben; der gehört ja doch dem linken Zentrum an. (Hört, hört! bei den Nationalsozialisten.) Also doch zwei Richtungen bei Ihnen! Das hätte ein Windthorst haben sollen, linkes und rechtes Zentrum! Ich habe bisher, wenn ich die Windthorst'schen Reden gelesen habe, immer bloß gehört, daß das Zentrum eine Aufgabe hätte, nämlich die katholische Weltanschauung zu verteidigen und weiter nichts! (Zuruf aus dem Zentrum: Gott sei Dank!) Aber wenn es um die Interessenwirtschaft geht, wenn der Gewerkschaftsflügel über den Kulturflügel siegen soll, dann allerdings, meine Herren, sind Sie fertig. Dann haben Sie kein Recht mehr, hier über die Kinderreichen zu reden. Zu diesen Dingen gibt es bloß ein Entweder — Oder: Die marxistische Pest wird vernichtet und die katholische Kirche lebt. Ein anderes gibt es nicht. Sie können nicht verlangen, daß Ihr Heiliger Vater, der Papst, eine Bulle gegen Rußland losläßt, und zu gleicher Zeit haben Sie in Deutschland einen Kultusminister Grimme! (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.) Infolgedessen ist das Gerede von den Kinderreichen einfach eine Farce, es ist nicht wahr, solange Sie nicht mit allem Willen dafür kämpfen, daß der § 218 erhalten wird, daß das Dogma Ihrer Kirche erhalten bleibt, solange können Sie nichts machen. (Zuruf bei den Kommunisten: Sollen wir die Zwangsjacke holen?)

Meine Herren! Wir haben eine Musterstadt, die die gemeinnützigen Baugenossenschaften hat, nämlich Wien. Diese Stadt wird ja von den Sozialdemokraten immer als die Musterstadt der gemeinnützigen Bau-

genossenschaftlichen hingestellt. Ich bin vergangenes Jahr in Wien gewesen, habe mir das dort einmal angesehen und habe mir folgendes erzählen lassen (Zuruf links: Erzählen lassen!): Dort ist der Republikanische Schutzbund, etwa das Reichsbanner in Deutschland; dort sind Mietskasernen. Herr Dunder sprach davon, daß man solche Kasernen doch auch in Deutschland machen sollte. Dort sind sie vorhanden, und wenn Sie in unsere modernen Städte hineinschauen — etwa nach Köln oder Düsseldorf — so finden Sie dieselben Kasernenhöfe, diese orientalischen Bauten, diesen Bahnsinn in seiner Art. (Zuruf des Abgeordneten Dunder.) Prost, Herr Dunder, Prost! (Große Heiterkeit. Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Regen Sie sich mal wieder ein wenig ab. Zuruf des Abgeordneten Haake: Der Landesrat muß auch was tun für seine 18 000 RM; für den Posten, den er sich voriges Jahr erschlichen hat! — Glocke des Vorsitzenden.) Meine Herren, dort ist es so, daß dieser Republikanische Schutzbund seine Mitglieder tatsächlich in diesen Kasernen untergebracht hat, und wenn die anzutreten haben, so geht der Führer auf den Hof und bläst, dann muß alles heraus (Ironisches Bravo! des Abgeordneten Gerlach. Zuruf des Abgeordneten Dunder: Da klatschen die Juden Beifall!), und eine Terrorgruppe sieht dann nach, ob alle Wohnungsinhaber hinaus sind. Das ist marxistischer Terror. Das lehnen wir ab, und wir hoffen, daß sich das christliche Zentrum zurückfindet zu einer Kampfpartei Windthorst. (Beifall und Händeklatschen bei den Nationalsozialisten.)

Vorsitzender Dr. J a r r e s : Die Besprechung ist geschlossen. Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Wir kommen zur Abstimmung, die diesmal etwas kompliziert ist. Zu den Punkten 2—4 kann ich wohl feststellen, daß gegen den Vorschlag des Sachausschusses auf unveränderte Annahme kein Widerspruch erhoben wird. Dann stelle ich hiermit fest, daß die Punkte 2, 3 und 4 entsprechend dem Vorschlage des I. Sachausschusses angenommen sind.

Zu Punkt 5 liegt der Antrag des Sachausschusses und gleichzeitig ein Abänderungsantrag der Wirtschaftsfraktion unter Drucksache 144 dahingehend vor, in Ziffer 3 das Wort „gemeinnützige“ durch „private“ zu ersetzen. Zu diesem Antrag hat die Wirtschaftsfraktion namentliche Abstimmung beantragt. (Ungehört! links.) Ich bitte diejenigen, die diesen Antrag auf namentliche Abstimmung unterstützen wollen, sich zu erheben. Das ist nicht die entsprechende Zahl von 25 Mitgliedern. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley.) Nach der Geschäftsordnung müssen es 25 sein, und so viele sind nicht aufgestanden. (Zuruf des Abgeordneten Haake: Das ist eure neue Geschäftsordnung! Damit wollt Ihr die Minderheit kaputt machen!) Herr Abgeordneter Haake, ich bitte, nicht zu unterbrechen; wir sind jetzt in der Abstimmung. — Ich lasse zunächst über den Antrag der SPD. unter Drucksache Nr. 51

abstimmen. Dieser Antrag ist in Ziffer 4 in den Antrag des Provinzialausschusses übernommen worden. Der Antrag 51 geht über den Antrag des Sachausschusses hinaus. Sollte er angenommen werden, dann werde ich über den Antrag der SPD. zu 113 abstimmen lassen, und am Schluß über den Antrag des Sachausschusses unter Vorwegnahme des Antrages der Wirtschaftspartei auf Abänderung dieses Antrages. Ich bitte also diejenigen Damen und Herren, die für den Antrag der SPD. unter Drucksache 51 sind, sich zu erheben. Das ist nicht die Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Damit erübrigt sich auch der Antrag zu 113, der sich auf den Antrag 51 stützt. Auch der Antrag 113 ist damit abgelehnt.

Ich bitte dann diejenigen, die der Abänderung der Wirtschaftsfraktion zustimmen wollen, wonach in dem Antrag des I. Sachausschusses das Wort „gemeinnützige“ durch „private“ ersetzt werden soll, sich zu erheben. Das ist die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Ich bitte dann diejenigen, die für den Antrag des Sachausschusses unter 128 sind, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit. Der Antrag des Sachausschusses ist angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung zu Punkt 6. Hier liegt der Antrag des Sachausschusses auf Ueberweisung an den Provinzialausschuß vor. Dagegen hat sich kein Widerspruch erhoben. Ich stelle fest, daß dieser Ueberweisungsantrag angenommen ist.

Zu Nr. 7 beantragt der Sachausschuß Ueberweisung an den Verwaltungsrat der Landesbank als Material. Auch hier ist kein Widerspruch erhoben worden. Ich stelle die Annahme des Sachausschußantrages fest.

Zu Nr. 8 beantragt der Sachausschuß unter Drucksache Nr. 129 Ueberweisung auch dieses Antrages an den Verwaltungsrat als Material mit der Maßgabe, daß die Worte „wenigstens um 2—3 Prozent“ gestrichen werden. Wer für diesen Antrag des Sachausschusses ist, den bitte ich, sich zu erheben. Es ist so beschlossen.

Zu Nr. 9 beantragt der Sachausschuß Ablehnung des Antrages der Wirtschaftspartei. Ich bitte diejenigen, die für diesen Ablehnungsantrag des Sachausschusses sind, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Damit ist die Gruppe 2—9 erledigt und wir kommen zur Gruppe 10 bis 13. Hier ist Berichterstatter Herr Abgeordneter Stapper, dem ich das Wort erteile.

Abgeordneter Stapper: Meine Damen und Herren! Zu dem Haushaltsplan für die Verwaltungskosten der Provinzial-Feuer-Versicherung beantragt der I. Sachausschuß unveränderte Annahme. Sie werden dem Haushaltsplan entnehmen, daß die Ziffern bei den einzelnen Positionen keine wesentliche Änderung gegenüber früher erfahren haben.

Im übrigen darf zu diesem Haushaltsplan bemerkt werden, daß es der Anstalt im verflossenen Jahre gelungen ist, den Versicherungsnehmern 10 Prozent am Beitrag nachzulassen, so daß den Versicherungsnehmern insgesamt eine Summe von 1,4 Millionen an Beiträgen für die Anstalt erspart geblieben ist. Sie entnehmen daraus, daß die Anstalt bemüht gewesen ist, in gemeinnütziger Weise im Interesse der Versicherungsnehmer zu arbeiten.

Zu dem Haushaltsplan der Provinzial-Feuer-Versicherung ist von der Wirtschaftspartei ein Antrag eingegangen, der in Drucksache 47 enthalten ist, daß mit Rücksicht auf die bestehende Arbeitslosigkeit Verträge mit beamteten und im öffentlichen Dienste stehenden Personen zum nächstzulässigen Termin gekündigt werden möchten. Der I. Sachausschuß empfiehlt Ihnen, zu diesem Antrag die Ueberweisung an den Verwaltungsrat der Feuer-Versicherungs-Anstalt zu beschließen, und zwar aus folgendem Grunde. Der Provinziallandtag ist für die Einzelheiten der Anstellung von Geschäftsführern draußen im Lande nicht zuständig; diese Maßnahmen zu treffen, obliegt vielmehr der Zuständigkeit des Verwaltungsrates. Die Anstalt hat aber dem Sachausschuß erklärt, daß grundsätzlich nur dann Beamte als Geschäftsführer genommen werden sollen, wenn andere geeignete Persönlichkeiten, z. B. Arbeitslose oder Kriegsbeschädigte, nicht zu finden seien. Selbstverständlich müßte Gewähr dafür gegeben sein, daß die zu beschäftigenden Personen die Geschäfte der Anstalt in ordnungsmäßiger und zuverlässiger Weise führen und auch eine entsprechende Beratung der Versicherungsnehmer durchführen könnten. Weiter hat die Leitung der Anstalt die Zusicherung gegeben, daß die pensionierte Beamte in Zukunft nicht mehr genommen werden sollen.

Die weitere Vorlage in Drucksache 13 betreffend die Aenderung des § 6 der Satzung der Provinzial-Feuer-Versicherungs-Anstalt betrifft lediglich, wie wir das schon bei der Landesbank gehört haben, eine Anpassung der Wahlperiode des Verwaltungsrates an die Wahlperiode des Wahlkörpers. Ich nehme an, daß Sie ohne weitere Ausführungen mit dieser Aenderung einverstanden sind.

Schließlich ist zu dem Haushaltsplan der Verwaltungskosten der Provinzial-Lebensversicherungs-Anstalt auch nichts besonderes zu erinnern gewesen. Sie werden in diesem Haushaltsplan zwar finden, daß die Zahlen bei den einzelnen Positionen eine merkliche Heraushebung erfahren haben; das liegt aber daran, daß der Geschäftsumfang der Anstalt eine wesentliche Steigerung erfahren hat und somit auch die Verwaltungskosten eine entsprechende, wenn auch geringe Steigerung erfahren mußten. Es darf aber festgestellt werden, daß diese Steigerung sich in angemessenen Grenzen bewegt hat. Da der Anteil der Verwaltungskosten im verflossenen Jahre nur noch 12,7 Prozent

gegenüber 22,7 Prozent im Jahre 1924 betragen hat, so glaubte der Ausschuß feststellen zu sollen, daß auch diese Anstalt bemüht gewesen ist, den Versicherungsnehmern in rationaler Arbeitsweise zu dienen und ihr das volle Vertrauen aussprechen zu dürfen. Er beantragt demgemäß, auch diesen Haushaltsplan anzunehmen.

Stellvertretender Vorsitzender **Oberle**: Das Wort hat Herr Abgeordneter **Terboven**.

Abgeordneter **Terboven**: Meine Damen und Herren! Ich habe ganz kurz zu erklären, daß wir uns mit dem Antrage der Wirtschaftspartei einverstanden erklären. Es ist bei derartigen Anträgen immer üblich, daß die Verwaltung erklärt, der Provinziallandtag sei unzuständig bzw. daß ein solcher Antrag, der in unangenehmer Form in gewisse Möglichkeiten eingreift, dann dem Ausschuß zugeschoben und damit der öffentlichen Betrachtung entzogen wird. (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.) Wir sind unbedingt der Meinung, daß es bei der außerordentlichen Arbeitslosigkeit und der großen Not gerade vieler geistiger Berufe, die einfach nicht mehr die Möglichkeit haben, in ihrem Rahmen unterzukommen, durchaus unmöglich ist, daß es bei der Provinzial-Feuer-Versicherungsanstalt bzw. den Provinzialbeamten Doppelverdiener gibt. Die Möglichkeit, im Rahmen der Provinzial-Feuer-Versicherung tätig zu sein, ist nahezu für jeden einzelnen gegeben. Es ist darum eine selbstverständliche Pflicht gegenüber den vielen, vielen Arbeitslosen, eine Trennung innerhalb dieser Doppelverdienerschaft vorzunehmen. (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.) Sollte wirklich der Provinziallandtag bzw. der Ausschuß nicht in vollem Umfange zuständig sein, so kann man zum mindesten verlangen, daß über die sehr dünnen Zusicherungen der betreffenden Vertreter hinaus, daß in Zukunft kein Beamter mehr hinzugenommen würde, der Wille besteht, das Verhältnis von Beamten zur Provinzial-Feuer-Versicherung so schnell und so bald als möglich zu lösen.

Im übrigen haben wir gegen den Antrag des Sachausschusses, der vorsieht, daß die Periode des Verwaltungsrates der Provinzial-Feuer-Versicherung mit der Legislaturperiode des Provinzialausschusses bzw. des Provinziallandtages zusammengelegt wird, nichts einzuwenden.

Den Gesamtetat lehnen wir Nationalsozialisten in Anknüpfung an die Ausführungen unseres Kollegen **Dr. Ley** ab. (Bravo! bei den Nationalsozialisten.)

Stellvertretender Vorsitzender **Oberle**: Wir kommen zur Abstimmung. Zu Punkt 10 der Tagesordnung ist unveränderte Annahme beantragt. Widerspruch wird nicht erhoben. Ich stelle die Annahme fest.

Zu Punkt 11 ist von der Wirtschaftspartei auf Drucksache 47 beantragt, daß Verträge mit beamteten und im öffentlichen Dienst stehenden Personen zum nächstzulässigen Termin zu lösen sind. Ich bitte diejenigen,

die diesem Antrage zustimmen wollen, sich zu erheben. Ich bitte um Gegenprobe. Das letztere ist die Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt. Ohne weitere Abstimmung darf ich dann feststellen, daß Sie dem Antrag des Ausschusses auf Ueberweisung an den Verwaltungsrat zustimmen.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Lohmeyer.

Abgeordneter Lohmeyer: Ich bitte festzustellen, ob das Haus beschlußfähig ist. Nach der Geschäftsordnung muß die Mehrheit des Hauses anwesend sein, und wir sind meines Erachtens in der Minderheit. Ich bitte das festzustellen.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Dr. Stein.

Abgeordneter Dr. Stein: Ich bin der Auffassung, daß der Herr Vorsitzende nicht richtig verfahren ist. Der Antrag der Wirtschaftspartei sollte dem Verwaltungsrat überwiesen, aber nicht hier zur Abstimmung gebracht werden. Sie haben ihn doch zur Abstimmung gebracht.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Ich war der Meinung, daß Sie Ihren Antrag aufrecht erhalten. Zudem hat der einzige Diskussionsredner ausdrücklich gesagt, daß Sie dem Antrag der Wirtschaftspartei zustimmen.

Abgeordneter Dr. Stein: Wir sind ja mit der Ueberweisung an den Verwaltungsrat ganz zufrieden!

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Meine Damen und Herren! Die Beschlußfähigkeit des Hauses ist angezweifelt worden. Das Büro ist sich jetzt darüber einig, daß das Haus beschlußfähig ist. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Aha, jetzt endlich! — Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Sie waren doch auch draußen, reden Sie doch nicht! — Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Soviel Heuchelei in einer Person hätte ich gar nicht vermutet.)

Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Dr. Stein.

Abgeordneter Dr. Stein: Ich bin immer noch der Auffassung, daß wir eben falsch abgestimmt haben und möchte bitten, die Angelegenheit dem Ältestenausschuß vorzulegen, damit der Provinziallandtag morgen in der Lage ist, die Sache zu redressieren.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Herr Dr. Stein, ich möchte gern wissen, was hier verfaßt worden ist. Es ist so beschlossen worden, wie der Ausschuß es beantragt hat: Ueberweisung an den Verwaltungsrat.

Abgeordneter Dr. Stein: Ich darf darauf aufmerksam machen, daß Sie vorhin unseren Antrag haben ablehnen lassen. Dann hat auch die Ueberweisung an den Ausschuß keinen Zweck.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Wenn Ihr Antrag wirklich abgelehnt worden ist, dann habe ich doch

die Sache wieder repariert, indem ich sagte: „Ich lasse jetzt über den Ausschußantrag abstimmen: Ueberweisung an den Verwaltungsrat.“ Wenn Sie das wollen, so hat doch das Haus jetzt so beschlossen; nichts anderes! Es wird doch so verfahren. — Ich glaube, wir können jetzt in unserer Tagesordnung fortfahren.

Ich komme zur Abstimmung über Punkt 12. Hier ist unveränderte Annahme beantragt. Widerspruch erhebt sich nicht. Ich stelle die Annahme fest.

Desgleichen bei 13. Auch hier stelle ich die Annahme fest.

Die Punkte 14, 15 und 16 sind vertagt. Wir kommen zu 17 bis 23. Zu all diesen Punkten ist Bericht-erstatte Herr Abgeordneter Dr. Lehr. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Lehr: Meine Damen und Herren! Bei 37^a führt der Antrag, der vorgelegen hat, in das komplizierte Gebiet der Befoldungsordnung, und ohne einem Mitgliede dieses Hauses zunabe treten zu wollen, möchte ich doch die Vermutung aussprechen, daß die Mehrheit für diese Fragen im einzelnen nicht genügend sachverständig informiert ist. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Geheimwissenschaft!) Ganz recht, die Geheimwissenschaft der Befoldungsordnung! Der Antrag gehört deshalb zweckmäßigerweise vor das Forum des Provinzialausschusses, und deshalb beantragt der Sachausschuß auch Ueberweisung an den Provinzialausschuß.

Aus dem gleichen Gesichtspunkte heraus stellt er denselben Antrag bei Nr. 45, sowohl zu a wie zu b.

Zu Antrag 65 darf ich feststellen, daß die Mitglieder des I. Sachausschusses diesem Antrag der Zentrumsfraktion durchaus sympathisch gegenüberstanden und ihn begrüßt haben, daß sie aber auch das Bedenken haben, hier das Plenum mit dieser Entscheidung zu be-lassen und der Auffassung sind, die Zuständigkeit des Provinzialausschusses sei hier gegeben.

Bei dem Antrag Nr. 83 handelt es sich um eine Frage, die wir ja eben erst mit dem schwierigen Werk der Erledigung der Befoldungsreform glücklich hinter uns haben. Es erscheint dem I. Sachausschuß nicht an-gängig, bereits jetzt wieder an der Ortsklasseneinteilung zu rütteln. Er empfiehlt Ihnen daher die Ablehnung.

Bei Antrag Nr. 94 und ebenso bei Nr. 110 darf ich feststellen, daß nach Mitteilung des Sachreferenten bei der Provinzialverwaltung gerade in allerletzter Zeit eingehende Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und der Provinzialverwaltung stattgefunden haben, die auch zu einer Einigung vor dem Schlichter geführt haben. Zur Zeit läuft noch ein Schiedspruch für die Dauer eines Jahres. Diese Materie ist also tariflich geregelt, und es erschien dem I. Sachausschuß nicht zweckmäßig, jetzt in die Verhandlung einzutreten, da noch ein gültiger Schiedspruch vorliegt.

Beides gilt für die Anträge 94 und 110. Der I. Sach-ausschuß beantragt in beiden Fällen die Ablehnung.

Stellvertretender Vorsitzender *C h e r l e*: Wir kommen zur Berichterstattung über die Punkte 24 und 25. Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dr. Bracht.

Abgeordneter Dr. Bracht: Meine Damen und Herren! Der I. Sachausschuß hat den Haushaltsplan der Hauptverwaltung geprüft und dabei festgestellt, daß dieser Plan gegenüber dem Vorjahre in vielen Ansätzen eine wesentliche Steigerung aufzuweisen hat. Er ist aber der Meinung, daß diese Ansätze gleichwohl zu belassen sind, um eine ordnungsmäßige Verwaltung zu gewährleisten. Besondere Prüfung hat der Antrag der Wirtschaftspartei gefunden, die im Haushalt für Reisekosten vorgesehenen Beträge um 25 Prozent zu kürzen. Der Ausschuß hält eine schematische Kürzung der vorgeschlagenen Kosten für Dienstreisen für bedenklich, und zwar mit Rücksicht darauf, daß die Objekte der Verwaltung in der ganzen Rheinprovinz verstreut sind. Auf der anderen Seite scheint ihm diese Frage doch so wichtig zu sein, daß sie einer eingehenden Prüfung bedarf. Er schlägt Ihnen deshalb Ueberweisung an den Provinzialausschuß mit dem Ziel der Prüfung vor und tut das in der Erwartung, daß der Provinzialausschuß sich entschließen möchte, nähere Richtlinien über die Dienstreisen noch herauszubringen.

Was Punkt 25 anbelangt, so handelt es sich hier um einen Haushaltsplan, an dem grundsätzlich mit Rücksicht auf die gesetzlichen Vorschriften und die gewährleisteten Rechte nichts zu ändern ist. Der I. Sachausschuß schlägt Ihnen hier unveränderte Annahme vor.

Stellvertretender Vorsitzender *C h e r l e*: Die Aussprache erstreckt sich jetzt über die Punkte 17 bis einschließlich 25. Das Wort hat zunächst Herr Abgeordneter *Riegel*.

Abgeordneter *Riegel*: Zu den unter diesen Punkten behandelten Beamtenfragen liegt eine Reihe von Zuschriften und Eingaben vor, die in der Vorlage heute behandelt worden sind und behandelt werden sollen. Unsere Stellungnahme auch zu diesen Beamtenfragen ist sehr klar. Wenn in diesen Anträgen u. a. darauf hingewiesen und wiederholt betont wird, daß die Beamten, namentlich auch die oberen Beamten, besonderes Gewicht darauf legen, wieder die früheren Realgehälter zu erhalten, so glauben wir von unserem Standpunkt aus betonen zu müssen, daß diese Angestellten bzw. Beamte des Provinzialverbandes nach dem auch in den Eingaben niedergelegten Gehaltsansätzen weniger bedürftig seien als die Hunderttausende von Arbeitern und Angestellten — insbesondere auch hier im Rheinland und Westfalen —, die selbst nach dem Eingeständnis bürgerlicher Wissenschaftler heute noch 10, 12 und 15 Prozent unter den Löhnen des Jahres 1913 verdienen, weil sie bei den niedrigen Löhnen ganz natürlich die Auswirkungen der Zoll- und Steuerwucher-Politik des kapitalistischen Staates viel stärker zu spüren bekommen als diese oberen Beamten.

Wenn zum anderen in der Eingabe darauf hingewiesen wird, daß die Beamten doch höhere Schulbildung aufweisen müßten, um überhaupt in die Beamtenlaufbahn hineinkommen zu können, so möchte ich dazu nur sagen, daß heute in jeder bürgerlichen Presse steht, daß fast jeder Handwerker von aufzunehmenden Lehrlingen Hochschulbildung oder wenigstens gute Mittelschulbildung verlangt, also ebenfalls fordert, daß die Lehrlinge — sei es auch für Handwerksberufe — höhere Schulbildung aufweisen müssen. Sie haben also sehr wenig Anrecht, auf dieses Argument zu pochen, weil sich auch darin der ganze Widersinn der kapitalistischen Gesellschaftsordnung widerspiegelt, die eben nicht imstande ist, die auch in den Kreisen der Arbeiter und Angestellten vorhandene Intelligenz zu annehmbaren Bedingungen oder gar überhaupt in irgend einer Form in den Produktionsprozeß eingliedern zu können. Deshalb haben wir mit allem Nachdruck sowohl im Reich wie in den Landesparlamenten jedes weitere Zugeständnis in der Bezahlung der Beamten oberer Gehaltsklassen abgelehnt und vielmehr gefordert, daß die unteren Beamten endlich mit menschenwürdigen Löhnen bezahlt werden müßten.

Im übrigen möchte ich aber zu dieser Beamtenfrage noch darauf hinweisen, daß es vielleicht sehr gut gewesen wäre, wenn Herr Adenauer mitgearbeitet hätte, der gerade jetzt in den letzten Tagen in der Kommune Köln ein Beispiel dafür gegeben hat, wie auch die Beamten der Kommunen — und so steht es auch im Reiche, dem Lande und in den Provinzialverwaltungen — die Schläge und Auswirkungen zu spüren bekommen, die sie sehr bald davon überzeugen sollten, daß sie in genau der gleichen Weise den Kampf gegen diese Gesellschaft führen müssen, wie es die Arbeiterschaft tun muß.

Weiterhin werden unter diesem Tagesordnungspunkte mehrere Anträge behandelt, die auch von der kommunistischen Fraktion dem Hause unterbreitet worden sind. Sie können versichert sein, daß wir eine derartige Erklärung, wie sie der Herr Berichterstatter zum Besten gab, erwartet hatten. Es ist alles schön tariflich geregelt, die Tarife laufen noch ein Jahr, und deswegen läßt sich nichts daran ändern. Es spiegelt nur die Entwicklung wider, wenn man den Antrag betrachtet, den die sozialdemokratische Fraktion zu diesem Tagesordnungspunkte gestellt hat, indem auf den überaus schweren, verantwortungsvollen Dienst des Personals in den Provinzialanstalten hingewiesen und von der Provinzialverwaltung erwartet wird, daß möglichst bald Erleichterungen eintreten werden. Ich habe in meinen gestrigen Ausführungen einen Fall herausgegriffen, in dem das Personal in einer Irrenanstalt eine 60stündige Arbeitszeit hat, die sich auf fünf Tage mit je zwölf Stunden verteilt. Ich glaube, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten selbst niemals daran gedacht haben, daß die Provinzialverwaltung

von sich aus Minderungen trifft, daß sie von sich aus auf eine Verkürzung der Arbeitszeit hinwirkt. Aber wenn Sie einen derartigen Antrag stellen, so wollen Sie auch hier nach dem Grundsatz handeln: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß! (Sehr gut! bei den Kommunisten.) In diesem Ausdruck „Erwartung“ liegt die ganze Politik, die Sie im Reich betrieben haben, bis Sie den Fußtritt bekamen. Der Reichsminister Wiffell war es, der diesen Apparat aufgebaut hat, um die Front der Unternehmer der einzelnen Länder immer stärker zu festigen und der Arbeiterschaft diese Arbeits- und Lohnbedingungen aufzukloyieren, sie zu spalten und unfähig zu machen, den Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit zu führen. (Sehr gut! bei den Kommunisten.) Weil Sie dies getan haben, beschränken Sie sich jetzt auf den frommen Wunsch, von der Provinzialverwaltung zu erwarten, daß sie hier eine Minderung für das Personal der Provinzialanstalten schafft.

Wir haben in unserem Antrage gefordert, daß für alle Provinzialarbeiter und Angestellten, soweit ihr Monatseinkommen nicht 600 RM übersteigt, die siebenstündige Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich eingeführt wird. Sie sagen, der Tarif läuft noch ein Jahr. Die Gewerkschaftsführer, auch der christlichen Coleur, haben natürlich durch Schiedsprüche die Tarifdauer verlängert. Sie sind damit einverstanden, daß die Tarife auf Jahre hinaus festgelegt werden. In den Arbeiterversammlungen und dort, wo es darauf ankommt, die Arbeiter zu betrügen, erklären Sie noch, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit notwendig sei und durchgeführt werden müsse. Ich habe da einen bezeichnenden Fall gelesen. In einer Metallarbeiterversammlung des Hirsch-Dunderschen Gewerkvereins, wo ebenfalls das wirtschaftliche Elend und die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit besprochen wurde, erklärte einer dieser sog. Führer der Hirsch-Dunderschen Arbeiter: Wenn die drei Millionen Erwerbslosen sich einmal selbst überlassen würden, dann würden sie sehr schnell Minderungen schaffen. Aber die Führer lehnen es ab, sich immer wieder als Feuerwehrlente gebrauchen zu lassen, um die Brände zu löschen, die von den Unternehmern angefacht werden.

Wenn die Gewerkschaftsführer schon selbst sich den Posten von Feuerwehrlenten zubilligen, wenn sie selbst erklären, daß sie immer und immer wieder ihre Tätigkeit nur darin gesehen haben, die Brände zu löschen, so sagen wir mit aller Deutlichkeit: Die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit wird auch durch die Zustimmung dieses hohen Hauses nicht gelöst. Die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit steht als die entscheidende Frage vor der ganzen deutschen Arbeiterklasse, vor dem ganzen internationalen Proletariat. Sie wird gelöst werden unter Führung der Kommunistischen Partei nach Niederringung und Niederschlagung jener Feuer-

wehrlente der deutschen Bourgeoisie. (Beifall bei den Kommunisten.)

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Stein.

Abgeordneter Dr. Stein: Meine Damen und Herren! Einige Worte zu dem Punkt 19 der Tagesordnung.

Unter Drucksache 45 ist seitens unserer Partei beantragt worden, der Provinziallandtag möge beschließen, vorläufig von Neueinstellung von Beamten mit Bezügen der Sondergruppen 1—3 sowie der Gruppen 1a—2c der Befoldungsordnung abzusehen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte hierbei zum Ausdruck bringen, daß selbstverständlich technische Beamte oder Ärzte davon ausgenommen sein sollen, denn wenn ein Arzt oder ein Techniker ausscheidet, muß auf jeden Fall Ersatz geschaffen werden. Wir nehmen an, daß die Sache auch so richtig verstanden worden ist.

Im großen und ganzen darf sich aber niemand einer Täuschung darüber hingeben, daß es in der heutigen Zeit eine unbedingte Notwendigkeit ist, auch an der Einstellung von Beamten zu sparen. Ich befürchte, daß, wie die Sache mit dem Sparen heute läuft, wir da nicht mehr viel weiterkommen werden (Sehr richtig! bei der Wirtschaftspartei) und erst noch einmal ein besonders starker Druck ausgeübt werden muß, bevor wir auf die Basis kommen, auf der wir angeichts unserer verzweifeltsten Wirtschaftslage eigentlich stehen müßten.

Meine Damen und Herren! Meine Fraktion ist mit der Ueberweisung unserer Anträge an den Provinzialausschuß einverstanden.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Das Wort hat Herr Abgeordneter Hauck.

Abgeordneter Hauck: Meine Damen und Herren! Wenn wir Ihnen unter Drucksache 110 den Antrag unterbreitet haben, die heute sehr lange Arbeitszeit der in den Provinzialanstalten beschäftigten Personen zu verkürzen, so geschah dies aus vielfachen Gründen, um deswillen, weil insbesondere das Pflegepersonal in den Anstalten einen außerordentlich schweren und verantwortungsvollen Dienst hat. Meine Herren, wer mehrmals die Gelegenheit gehabt hat, das Personal insbesondere in den Irrenanstalten während seiner schweren, verantwortungsvollen Tätigkeit zu beobachten, der kann es nicht fassen, daß Menschen jahraus jahrein täglich 12 Stunden lang diesen Dienst versehen können. Es ist ja wohl gesagt worden, daß in freiwilliger Vereinbarung diese Zeit auf fünf Tage in der Woche beschränkt worden sei. Sie ist auf diese fünf-tägige Frist beschränkt worden, weil im Jahre 1924 die Arbeitszeit von durchschnittlich acht Stunden pro Tag auf zehn Stunden pro Tag erhöht wurde. Also 60 Stunden pro Woche. Und wer weiß, wie überaus anstrengend dieser Dienst ist, der kann weder im Interesse dieses Personals noch im Interesse der von ihm

betreuten Patienten wünschen, daß dieser Zustand noch länger dauert. Denn letzten Endes sind es doch die bedauernswertesten Opfer, die dort in den Anstalten verpflegt werden müssen, bei deren Geisteszustand Ausschreitungen gegen das Personal selbstverständlich unvermeidlich sind. Es ist ein nervenaufreibender Dienst, der von diesem Personal verrichtet werden muß. Aus dem Grunde glaube ich, kann sich der Provinziallandtag, wenn er sich seiner Verantwortung gegenüber diesen Personen und den Patienten bewußt ist, der Aufgabe nicht länger entziehen, hier Wandel zu schaffen und der Provinzialverwaltung nahelegen, bei künftigen Tarifverhandlungen eine andere Linie zu beschreiten. Er darf sich nicht auf den Standpunkt der strikten Ablehnung stellen, wenn es darum geht, die jeckige Arbeitszeit zu verkürzen. Der Herr Berichterstatter hat uns gesagt, daß der I. Sachausschuß der Auffassung ist, daß ja soeben die Verhandlungen vor dem Schlichter abgeschlossen worden seien, da tarifliche Bestimmungen auf die Dauer eines Jahres liefen. Meine Damen und Herren, wenn wir hier nicht die Initiative ergreifen und der Provinzialverwaltung nach der Richtung hin Richtlinien geben, dann ist im nächsten Jahre — wir kommen ja in der Zwischenzeit gar nicht mehr zusammen — die Situation natürlich die gleiche: Die Provinzialverwaltung wird mangels Richtlinien dann auch bei den künftigen Tarifverhandlungen diese Sache ablehnen, wird also keine Arbeitszeitverkürzung bewilligen.

Meine Herren, wenn Sie dann mit dieser Argumentation hier die Ablehnung des Antrages begründen, so ist dieses meiner Auffassung nach eine Festlegung auf den Sanct Nimmerleinstag. Das können Sie gegenüber diesem Personal nicht verantworten. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, daß es auf die Dauer gar nicht verantwortet werden kann, daß überhaupt noch solche lange Arbeitszeiten bestehen, selbst wenn wir diesen schweren, verantwortungsvollen Dienst außer acht lassen wollten. Wenn wir sehen, daß von Jahr zu Jahr die Arbeitslosigkeit in diesem außerordentlichen Maße zunimmt, dann ist es doch unverantwortlich, wenn man auf der einen Seite die Leute 10 bis 12 Stunden pro Tag arbeiten läßt, während die anderen draußen nichts zu arbeiten haben und — um in Ihrem Jargon zu reden — dann von der Substanz in der Gesamtwirtschaft zehren müssen. (Zuruf des Abgeordneten Riegel: Sie haben ja gegen alle Anträge gestimmt!) Sie wollen doch zweifellos nicht so brutal sein, die Leute, die nun aus dem Produktionsprozeß einfach ausgeschaltet sind, verhungern zu lassen. Sie werden also unterstützt werden müssen, irgendwoher müssen die Mittel kommen. Deshalb ist es etwas Kurzsichtiges und Inkonsequentes, wenn man dann auf der anderen Seite das Personal der öffentlichen Anstalten in dieser überlangen Arbeitszeit arbeiten läßt und damit das Heer der Arbeitslosen nur noch vergrößert.

Ich bin also der Auffassung, daß sich das hohe Haus doch überlegen muß, ob es diesen Antrag auf Drucksache 110 nicht zum mindesten der Provinzialverwaltung zur Berücksichtigung überweist. Eine Ablehnung würde meiner Auffassung nach selbst nach Ihren eigenen Intentionen unverantwortlich sein. Wir bitten Sie also, diesem Antrage zuzustimmen.

Wenn ich dem Vorredner antworten soll, so, glaube ich, dürfte es genügen zu erklären: Wenn die Herrschaften von der Kommunistischen Partei sich immer hierhin stellen und die Gewerkschaften verantwortlich machen wollen für die heutigen Verhältnisse in den Betrieben, für die lange Arbeitszeit und für die verhältnismäßig nicht so großen Erfolge nach der Richtung hin, so, glaube ich, fällt dieser Vorwurf auf die Herrschaften zurück, die ihn hier erhoben haben, denn sie sind es ja gerade, welche die Machtposition der Gewerkschaften untergraben (Zuruf der Abgeordneten Fräulein Keller: Wer hat denn den Achtstundentag aufgehoben?) durch ihre eigene Stellungnahme (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) und insbesondere dadurch, daß sie die Mitglieder aus den Gewerkschaften hinaussekeln und dadurch zur Zersplitterung der heutigen gewerkschaftlichen Organisation beitragen, daß sie eigene Organisationen gründen (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Königsberger Eisenbahner!) und so nach den Grundsätzen der Arbeitgeberorganisationen: „Teile und herrsche!“ den Zwiespalt auch in die Reihen der Gewerkschaften tragen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stellvertretender Vorsitzender **G e b e r l e**: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Knust.

Abgeordneter Dr. **K n u s t**: Der Herr Landeshauptmann hat am Montag zum Vortrag gebracht und wir stimmen damit vollständig überein, daß nunmehr in den öffentlichen Etats die notwendige Sparsamkeit überall eintreten muß. Der Herr Oberpräsident Dr. Fuchs hat das in gleicher Weise zum Ausdruck gebracht und es sind ja auch in verschiedenen Etatspositionen erhebliche Abstriche gemacht worden. Man hat z. B. in dem außerordentlichen Etat am Straßenbau insgesamt 50 Prozent eingespart. Man hat ebenfalls an produktiven Stellen, z. B. der Unterstützung des Gemeinde- und Kreiswegebauens Einsparungen gemacht in Höhe von 50 Prozent bzw. 41 Prozent. Es liegen da ja auch schon verschiedene Anträge vor.

Wenn wir uns überlegen, ob der ganze Haushalt in derselben sparsamen Weise aufgestellt ist, dann werden wir uns doch die Mühe machen müssen — obgleich Herr Abgeordneter Dr. Lehr der Meinung war, daß nicht viele Herren hier im Hause wären, die die nötige Sachverständigkeit besäßen (Sehr gut! rechts) —, im einzelnen diesen Haushalt etwas näher zu betrachten. Wir haben bei genauer Durchsicht des Straßenbauhaushaltes doch einige Positionen gefunden, die

unserer Meinung nach einmal etwas näher betrachtet werden müssen.

Da haben wir zu dem Punkt 25 der heutigen Tagesordnung folgendes auszuführen. Auf der Seite 14 des Haushaltsplans im ordentlichen Haushalt befindet sich unter IV 1 b: Materielle Straßenunterhaltung als Beitrag zu den Ruhegeldern und Hinterbliebenenrenten die Summe von 684 000 RM. Wenn wir diese Summe in Beziehung setzen zu den Straßenwärtern, die bei der Provinz tätig sind und die sich im Angestelltenverhältnis befinden, dann kommen wir zu dem Ergebnis, daß für diese Straßenwärter das an sich nicht hohe Gehalt von 2574 RM im Jahre ausgeworfen ist, daß aber die Pensionslast für diese Leute, die ein Gehalt von 2574 RM beziehen, 927,28 RM je Kopf beträgt. Das scheint uns doch ein Verhältnis zu sein, das unbedingt der Aufklärung bedürftig ist. Wir möchten die Verwaltung bitten, sich doch zu dieser Frage einmal zu äußern. Offenbar ist bei dieser Position eine besondere Ruhegehalts- und Hinterbliebenenversicherung eingerichtet worden, die von der staatlichen Versicherung abweicht und die auch von dem, was für die sämtlichen übrigen Beamten der Provinzialverwaltung getan wird, ganz erheblich abweicht. Es ist in der gestrigen Sitzung des Sachausschusses IV zum Ausdruck gebracht worden, daß die Verwaltung im allgemeinen mit einem Unkostensatz von 20 Prozent für Hinterbliebenenfürsorge und Ruhegelder rechnet. Hier sind es aber 40 Prozent der Gehälter, die die Straßenwärter bekommen. Wir haben im Sachausschuß IV versucht, der Angelegenheit schon etwas zu Leibe zu geben, und sind von der Verwaltung dahin belehrt worden, daß, während 738 Straßenwärter vorhanden sind, 308 Straßenwärter Pension beziehen, daß ferner 170 Witwen vorhanden sind und 56 Waisen. Wenn man diese Ziffer von 478 — ich will die Waisen einmal ganz beiseite lassen — mit der Ziffer von 738 Leuten vergleicht, die in Beschäftigung sich befinden, so wird man jedenfalls zu dem Ergebnis kommen, daß das in absolut keinem Verhältnis steht. Wir stellen deshalb den Antrag:

„Der Provinziallandtag beschließt zu Nr. 25 der Tagesordnung für die vierte Plenarsitzung des 77. Rheinischen Provinziallandtages erneute Prüfung der Etatsposition IV 1 b auf Seite 14 des Haushaltsplans durch den Sachausschuß I und den Provinzialausschuß.“

Stellvertretender Vorsitzender Oberle: Das Wort hat Herr Landesrat Zillikens.

Landesrat Zillikens: Meine Damen und Herren! Die Frage des Verhältnisses von Pensionen und Ruhegeldern zu den an aktive Beamte und Angestellte gezahlten Vergütungen unterliegt häufig einer falschen Beurteilung. Wenn man sieht, daß ein großer Prozentsatz der Personalkosten für Pensionen bezahlt werden muß, so glaubt man daraus schließen zu können, daß in überreichem Maße Pensionen gezahlt werden, daß

Leute pensioniert werden, die noch nicht pensionsreif sind, daß man zu schnell mit der Pensionierung vorgehe. Das sind Fehlschlüsse. Meine Damen und Herren, die Verhältnisse sind anders zu beurteilen.

Was die Pensionierung angeht, so hat man auf diese im wesentlichen kaum einen Einfluß. Sie vollzieht sich zwangsläufig einmal durch Erreichung einer gewissen Altersgrenze und zum andern durch den körperlichen Zustand und die Arbeitsfähigkeit der betreffenden Beamten oder Angestellten. Es ist eine Erfahrungstatsache, daß, wenn ein Beamter oder Angestellter über 60 Jahre alt ist und keinen Arbeitswillen oder keine Arbeitskraft mehr besitzt, es nicht möglich ist, ihn vom Eintritt in den Ruhestand zurückzuhalten. Er bekommt ärztliche und auch kreisärztliche Atteste, daß er nicht mehr arbeiten kann. Wenn er sich innerlich sagt: Ich glaube nicht mehr arbeiten zu können — bei dem einen spielt ja dieses Moment des Arbeitswillens eine größere Rolle als bei dem anderen —, so bleibt der Verwaltung nichts anderes übrig, als einen solchen Beamten oder Angestellten zu pensionieren bzw. ihm ein Invalidengeld zu geben. Denn zwangsweise an den Arbeitsplatz oder Arbeitstisch bekommt man ihn nicht, und wenn er widerwillig kommt, so hat man auch nichts davon. Das ist also ein zwangsläufiger Abfluß in den Ruhestand.

Ganz anders aber ist der andere Faktor zu beurteilen, der für dieses Zahlenverhältnis maßgebend ist: nämlich die Höhe der an die Beamten bzw. Angestellten im aktiven Dienst gezahlten Vergütungen. Hier hat man es in der Hand, sparsam zu wirtschaften; einerseits, indem man überhaupt Gehälter und Löhne in angemessenen Grenzen hält, und zum zweiten, indem man vorsichtig in der Neueinstellung ist. Ich wage zu sagen, daß gegenüber der landläufigen Auffassung, daß ein hoher Prozentsatz von Ruhegeldern zu beanstanden sei, umgekehrt ein geringer Prozentsatz von Ruhegeldern das Zeichen einer üppigen und nicht gerade sparsamen Verwaltung ist, während ein hoher Prozentsatz darauf schließen läßt, daß man in den Personalausgaben so sparsam vorgeht, wie es die finanzielle Lage erfordert.

Wie steht es nun mit den eben bemängelten Verhältnissen in der Straßenverwaltung? Es handelt sich nicht um Beamte, wie der Herr Vorredner meinte, sondern um die Straßenwärter der Straßenverwaltung. Was die Pensionierungsverhältnisse dieser Leute angeht, so sind sie denen der Beamten durchaus nachgebildet. Sie haben einen Anspruch auf Pension; nach zehnjähriger Dienstzeit müssen sie in den Ruhestand versetzt werden, wenn sie nicht mehr arbeitsfähig sind. Was den Abgang in den Ruhestand anbetrifft, so wird auch hier stets in der schärfsten Weise gesiebt. Es wird im allgemeinen verlangt, daß das Zeugnis der Invalidität seitens der Landesversicherungsanstalt vorliegt. Es muß also festgestellt sein, daß der Betreffende nicht mehr in der Lage ist, das bekannte Drittel auf dem

allgemeinen Arbeitsmarkte zu verdienen. Wenn die Vertrauensärzte der Landesversicherungsanstalt das bescheinigt haben, so können wir den Arbeiter unmöglich mehr dazu zwingen, daß er auch fernerhin der unter den heutigen Verhältnissen nicht ganz ohne Gefahren sich abwickelnden Tätigkeit eines Straßenwärters obliegt. Die Leute selbst sind auch, wie die Erfahrung zeigt, gewöhnlich über 60, meistens 63, 64, 65 und mehr Jahre, ehe sie in den Ruhestand treten. Also ein zu schnelles Pensionieren findet auf keinen Fall statt.

Aber woher kommt es, daß der zweite für den Pensionsprozentsatz maßgebende Faktor so verhältnismäßig niedrig ist und daher der Pensionsatz hoch wird? Das kommt daher, weil es sich hier um eine Angestellten-Gruppe handelt, bei der kein Nachwuchs ist, die sich nicht dauernd vermehrt. Die Straßenwärter auf unseren Straßen haben sich durch die technische Entwicklung des Straßenbaues erheblich vermindert. Wenn ich die Straßen zum großen Teil gepflastert oder asphaltiert habe, so habe ich selbstverständlich lange nicht mehr das Personal nötig, als wenn ich dauernd eine Macadamdecke habe, die ewigen Glidereien unterliegt und in kurzen Zeiträumen neugemacht werden muß. Die Folge davon ist: Die Straßenwärterzahl ist mit der fortschreitenden Technik geringer geworden, die Pensionen sind dieselben geblieben, und das Verhältnis der Pensionszahl zu der Zahl der aktiven Löhne muß in die Höhe gehen, bis es zu dem Zeitpunkt kommt, daß die Leute absterben und wieder eine normale Zahl herauskommt. Eine Kleinigkeit wäre es, den Prozentsatz herunterzudrücken. Man brauchte nur mehr Straßenwärter anzustellen, als nötig ist.

Also ich sage nochmals: Ein hoher Prozentsatz ist das Zeichen einer sparsamen Verwaltung und ein niedriger das Zeichen einer üppigen Verwaltung. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Döggans: Sie haben hoffentlich nicht vor, noch mehr einzusparen!)

Stellvertretender Vorsitzender **C h e r l e**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Dechamps.

Abgeordneter Dr. **D e c h a m p s**: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das, was der Herr Vorsitzende uns über die Pensionen gesagt hat, mag teilweise richtig sein. Aber ich frage mich, ob das ganze System richtig ist. Ich mißgönne niemandem seine Pension. Aber wenn es sich um Straßenwärter handelt, müssen wir uns doch klar darüber sein, daß sie gleichzeitig irgendwelche gesetzliche Ansprüche auf Invalidenversicherung haben und daß es sich hier doch immer nur um eine zusätzliche Pension zu den schon bestehenden gesetzlichen Pensionen handelt. Wir müssen uns ferner darüber klar sein, daß die gesetzlichen Beträge, die aus der Invalidenversicherung und dergleichen in Frage kommen, in letzter Zeit wiederholt erhöht worden sind. Ich frage mich, ob es richtig ist, auf Kosten der Allgemeinheit einzelne Kreise der Versicherten besser zu stellen als die anderen Versicherten, und solche

Beträge zu geben, wie es hier geschieht. Wir müssen uns immerhin doch darüber klar sein, daß allein bei den Straßenwärttern es sich um einen Betrag von rund 684 000 RM handelt, d. h. ungefähr um die Summe, die uns fehlt, um den Kreis- und Gemeinde-wegebau so zu unterstützen, wie wir ihn an und für sich unterstützen möchten. Da wir genötigt sind, zu sparen, so werden wir doch überall da zu sparen versuchen, wo es möglich ist, und werden uns überlegen müssen, ob das Verfahren, wie es hier ist, noch den heutigen Verhältnissen in allen Punkten entspricht. Ich meine, man sollte einfach nachprüfen, ob nicht manches, was früher vielleicht richtig war, heute änderungsbedürftig ist. Wir wollen selbstverständlich keine vertraglich begründeten Rechte irgendeines Menschen schmälern, denn das wäre nicht zulässig. Aber ob es heute noch notwendig ist, in dem Umfange Zusatzrenten zu geben, wie sie hier gegeben werden, das möchte ich bezweifeln.

Stellvertretender Vorsitzender **C h e r l e**: Das Wort hat Herr Abgeordneter Zimmer.

Abgeordneter **Z i m m e r** (Köln): Wir haben als kommunistische Fraktion die Einführung der 7stündigen Arbeitszeit beantragt bei vollem Lohnausgleich für die Arbeiter und Angestellten der Provinzialverwaltung mit einem Monatsgehalt bis zu 600 RM. Weiter haben wir den Antrag gestellt, Zuschüsse nur an solche Kommunalverwaltungen und Fürsorgeverbände zu erteilen, die die 7stündige Arbeitszeit durchgeführt haben. Wir haben diesen Antrag nicht zuletzt deshalb gestellt, weil wir wissen, daß die große Erwerbslosigkeit von über 3½ Millionen in Deutschland nicht zuletzt darauf zurückzuführen ist, daß trotz technischer Verbesserungen und Rationalisierungen die Arbeitszeit heute noch höher ist, als sie in der Vorkriegszeit war. Die technischen Verbesserungen und die Rationalisierungen, die durchgeführt wurden, bedingen aber auch, daß wir in der Frage der Arbeitszeit von unserer alten Forderung von acht Stunden abgeben und für die Arbeiter und Angestellten den Siebenfundentag verlangen (Abgeordneter **D u n d e r**: Sehr richtig!), wie er bereits in Rußland zu einem großen Teil durchgeführt worden ist. Die Sozialdemokratische Partei hat zu dieser Frage einen Antrag gestellt, der eigentlich gar nichts besagt. Es heißt darin nur, die Provinzialverwaltung solle dahin wirken, daß die Arbeitszeit heruntergesetzt werde. Nun, ich glaube, wenn man einen solchen Antrag an die Provinzialverwaltung stellt, dann wird die Arbeiterschaft noch lange darauf warten können, bis er durchgeführt wird. Ich glaube, daß die Provinzialverwaltung und die Verwaltungen in der Privatindustrie nicht dazu da sind, die Arbeitszeit herunterzusetzen, dafür sind vielmehr die Gewerkschaften da, die durch die Mobilisierung der Arbeitermasse, durch die Aufnahme des Klassenkampfes die Forderungen der Arbeiterschaft durchsetzen müssen.

(Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Es ist nur Demagogie, wenn die Sozialdemokratische Partei sich berufen fühlt, auch in der Frage der Arbeitszeitverkürzung etwas zu fordern. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Die fordern Verlängerung der Arbeitszeit!) Wir wissen doch sehr genau, daß der ADGB und die Vertreter der Sozialdemokratie schon lange vor Louis Hagen, vor Klöckner usw. in Deutschland erklärt haben, daß, wenn man die schwierige Wirtschaftslage der Nachkriegszeit überwinden wolle, man die Arbeitszeit verlängern müsse. Kohlen, Kalinsky, Lindemann, alle diese Leute schreiben sich 1921 die Finger schwarz und blau, um der Arbeiterschaft plausibel zu machen, daß sie, wenigstens vorübergehend, auf die Errungenschaften der Revolution, auf die Einführung des Achtstundentages verzichten müsse. Einige Daten, wo die Sozialdemokratie den Achtstundentag preisgegeben hat, weil der deutsche Kapitalismus und die deutsche kapitalistische Wirtschaft sich angeblickt in einer schwierigen Situation befanden.

1921 und 1922 wurde das Ueberstundenabkommen im Bergbau von den Gewerkschaften propagiert und auch durch den sozialdemokratischen Schlichter durchgeführt, ebenso die 54-Stundenwoche in der Hüttenindustrie, die 15 Stunden Arbeitsbereitschaft bei den Eisenbahnern. Als diese den Kampf gegen diese unerhörte Verschlechterung aufnahmen, waren es gerade die Vertreter der Sozialdemokratie, die diese kämpfenden Eisenbahnarbeiter niedergeschlagen haben. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Im Dezember 1923 wurde die Arbeitszeitverordnung mit dem neun- und zwölfstündigen Arbeitstag eingeführt, und der Vorwärts, das zentrale Organ der Sozialdemokratischen Partei schrieb damals folgende pikante Stelle:

„Die Gewerkschaften sind bereit, ihren ganzen Einfluß auszuüben, damit notwendige Ueberstundenarbeit im Bergbau und in anderen Industriezweigen geleistet werde. Die sozialdemokratische Fraktion hat während der zweitägigen Auseinandersetzung über die Arbeitszeit keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie ihre ganze moralische Autorität einsetzen werde (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Die ist nicht viel wert!), um überall dort zu Mehrleistungen zu kommen, wo es im Interesse der Wirtschaft notwendig ist.“ (Hört! hört! bei den Kommunisten.)

Ich könnte Ihnen aus den ADGB-Zeitungen, aus Zeitschriften, aus der gesamten Gewerkschaftspressen einige Stunden solche Vorlesungen halten, wonach gerade die ADGB-Vertreter und die SPD den Arbeitern darlegten, wie notwendig es sei, die Arbeitszeit im Interesse des deutschen Kapitalismus zu verlängern. (Zuruf des Abgeordneten Beck: Das ist Hineinwachsen in den Sozialismus!) Ganz richtig. Herr Kollege Hauck meinte, wir von der kommunistischen Partei könnten gar keine Veranlassung nehmen, gegen die Gewerkschaften in dieser Beziehung Front zu machen, weil wir es seien, die die Gewerk-

schaften durch die Opposition, die wir dort treiben, kampfunfähig machen. (Sehr richtig! links.) Ich glaube, wenn das die organisierten Arbeiter hören, werden sie darüber lachen. Als wenn die freien Gewerkschaften heute noch Kampforganisationen wären. Darüber lachen ja die Pühner. Die freien Gewerkschaften sind dazu da, um die Kämpfe, die unter der Führung der revolutionären Opposition ausbrechen, blutig niederzuschlagen. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Aber wie die Mittel heute bei den freien Gewerkschaften noch für Kampfmaßnahmen verwandt werden, möchte ich an der Statistik des ADGB nachweisen. Der Etat des ADGB besagt, daß 1927, in einem Jahr, wo noch eine ziemlich gute Konjunktur gewesen ist, wo man für die Arbeiter etwas herausholen konnte, für Lohnbewegungen und Streiks, überhaupt für die gesamten Kampfmaßnahmen pro Jahr und Mitglied nur 1,94 RM, ungefähr ein ganzer Wochenbeitrag eines organisierten Arbeiters, ausgegeben wurde. Für sonstige Unterstützungen aber wurden 34,14 RM ausgegeben. Hier hat man also die Soziallasten des kapitalistischen Staates auf die freien Gewerkschaften übernommen. Für die Agitation, für sozialdemokratische Parteipropaganda wurden 4,14 RM ausgegeben, und für den Verwaltungsapparat, für die Bürokratie, für die hohen Angestelltenversicherungen und Löhne wurde immerhin noch fünf mal soviel ausgegeben — 10,34 RM pro Mitglied und Jahr — wie für die gesamten Kampfmaßnahmen der freien Gewerkschaften für ihre Mitglieder. (Hört! hört! bei den Kommunisten.) Ich glaube, daß diese Statistik sehr genau sagt, wie es mit den Kampfmaßnahmen und der Kampforganisation der freien Gewerkschaften aussieht. (Zuruf des Abgeordneten Steinbüchel: Was hat das mit Grafenberg zu tun?) Wenn die Kommunisten in den Gewerkschaften ihren Einfluß geltend machen, so nur deshalb, um sie wieder dazu zu bringen, die Forderungen der Arbeiter durchzuführen, nicht zuletzt auch die Forderung auf Herabsetzung der Arbeitszeit.

Statt dessen geht man heute in dieser schwierigen Situation bei dieser großen Anzahl von Erwerbslosen, wie in den Kommunen so auch hier in der Provinz, dazu über, die Arbeitszeit der Angestellten heraufzusetzen. Ich weise darauf hin, daß auch bei den Etatsberatungen in Köln, wo es mit die größte Anzahl Erwerbslose gibt, Adenauer versucht, die Arbeitszeit zu verlängern. (Glocke des Vorsitzenden.)

Stellvertretender Vorsitzender Oberle: Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß Ihre Redezeit abgelaufen ist und Sie zum Schluß kommen müssen. (Zuruf des Abgeordneten Simon: Er spricht noch so schön, lassen Sie ihn doch!)

Abgeordneter Zimmer (fortfahrend): Dort soll die Arbeitszeit nach den Ausführungen Adenauers jetzt wieder um zwei Stunden pro Woche verlängert werden.

Wir stellen diesen Antrag und ersuchen, ihm stattzugeben. Wir geben uns aber nicht der Illusion hin, daß die Provinzialverwaltung die Arbeitszeit verkürzen wird. Vielmehr wird die Arbeiterschaft, besonders auch in der Provinzialverwaltung, nur durch die Aufnahme des Kampfes die Arbeitszeit heruntersetzen können. (Beifall bei den Kommunisten. Zuruf des Abgeordneten Simon: Siehe die kommunistische Weltrevolution am 6. März 1930!)

Stellvertretender Vorsitzender **Gherle**: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. **Leh**.

Abgeordneter Dr. **Leh**: (Zuruf links: Jetzt kommt der Völkische Beobachter!) Den sollten Sie mal eifrig lesen, damit Sie auch ein bißchen Politik lernten. Es ist hier von der Beamtenfrage der Provinzialverwaltung die Rede. Wenn es möglich ist, wie es gestern in einem Sachauschuß zum Ausdruck gebracht wurde, daß voriges Jahr zwei neue Stellen für Landesräte geschaffen wurden, damit eine Partei befriedigt werde (Hört, hört! rechts), — eine solche Stelle kostet 18 000 RM — (Zuruf des Abgeordneten Dr. **Dichgans**: Sie haben nicht richtig aufgepaßt, das ist nicht gesagt worden), dann sind wir der Meinung, daß das in der heutigen Zeit eine Ungeheuerlichkeit ist. Es ist derart ungeheuerlich, daß wir feststellen müssen, daß das Wort und die Tat des alten Fritzen, der auf die Republikaner wie ein rotes Tuch wirkt, — ich bin überzeugt, wenn die den Namen hören, werden sie wie von der Tarantel gestochen auffpringen — auch hier durchaus am Platze ist. Als der siebenjährige Krieg zu Ende war und Preußen ein armes Land geworden war, ließ er seine Räte und Minister zu sich kommen und sagte: Wie schaffen wir jetzt in die Staatskassen Geld? Da waren die Räte genau so dämlich wie sie es heute noch sind (Zuruf des Abgeordneten **Haake**: Da hätten Sie mal Landesrat **Gerlach** fragen müssen!) und sagten: Majestät, schaffen wir neue Zölle und Steuern, dann werden wir unsere Staatskasse füllen. (Zuruf des Abgeordneten **Kurth**: Das stand im Lesebuch!) Ja, mein lieber Herr, aber die Sozialdemokraten können selbst das nicht einmal behalten. (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.) Da sagte der alte Fritze: Wenn Er das will, dann möchte ich Ihn fragen, ob Er schon mal zugehört hat, wie eine Hausfrau eine Treppe putzt. Putzt man eine Treppe von oben oder von unten? (Zurufe bei den Kommunisten.) Ja, in Rußland da bleibt der Mist oben liegen. (Lärmende Zustimmung und Händeklatschen bei den Nationalsozialisten. Zuruf des Abgeordneten **Dunder**: Sie haben den Mist im Gehirn!) Meine Herren, da sagte er: Der König verzichtet auf vier Fünftel der Einkünfte; Sie, Herr Minister, verzichten auf drei Viertel. So verzichten wir, aber am wenigsten verzichtet das Volk! Heute ist es umgekehrt, da braucht man Landesräte mit 18 000 RM. Dort sitzt einer von denen. (Zuruf des Abgeordneten **Gerlach**: Die erste Sorge des Herrn **Frick** war seine Pension! — Glocke des Vorsitzenden. Der Abgeordnete

Haake gibt auf den Zuruf eine unverständliche Antwort, die mit andauernden Entrüstungsrufen aus dem Zentrum beantwortet wird.) Seht, wie das Zentrum sich auf einmal entriistet. (Glocke des Vorsitzenden; Rufe im Zentrum: **Raus, raus!** Der Vorsitzende: Herr Abgeordneter **Haake**, ich ersuche Sie, Ihren Platz einzunehmen. Rufe aus dem Zentrum: Der Mann muß raus gesetzt werden! Der Vorsitzende: Ich bitte um Ruhe! Ich habe nicht gehört, was er gesagt hat.) Meine Herren, wenn wir diese Dinge sehen, wenn wir uns anschauen, wie heute die Treppe von unten gepußt wird, wie von den Erwerbslosen das Letzte herausgeholt wird, wie der Bauer in diesem Staate geplündert wird, dann müssen wir allerdings sagen: Man macht alles anders als der alte Fritze! Heute putzt man die Treppe von unten, aber restlos, und oben sitzen die Herren **Skarets** und **Barmats** und **Eure Leute** und **Eure Landesräte**. (Dauernde Zurufe links: **Frick, Frick!**)

Hier wurde auch ein Antrag der Kommunistischen Partei über den Siebenstundentag vorgebracht. Wir würden es natürlich begrüßen, wenn der Arbeiter heute nicht derartig ausgebeutet würde. Aber mit diesen Anträgen können Sie dem Volke niemals helfen. Wir müssen bedenken, daß das Beamtentum heute kein Ehrenamt mehr ist, daß der Beamte kein Ehrenamt mehr hat — früher galt ja der Beamte als eine Person, die nicht allein bezahlt wurde, sondern als eine Person, die man achtete; er vertrat einen Staat, eine Weltanschauung, das Volk —, heute wird der Beamter, der eine gute Parteilinie hat, der irgendeine äußere Staatsform bejaht, der am besten und rücksichtslosesten gegen das Volk auftreten kann. Das haben wir Nationalsozialisten hierzu zu sagen. Wir müssen leider immer wieder darauf aufmerksam machen, wie heute ein Stand, von denen **Bismarck** ehemals sagte: „Den macht uns die Welt nicht nach!“ herabgesunken ist und nicht mehr geachtet wird. Es gibt Gott sei Dank noch Berufsbeamte, aber sie werden verdrängt. Das Parteibuch allein ist maßgebend, und wenn nicht genügend weichen wollen, so wird man neue Stellen schaffen, um weiterhin Futterkrippen-Politik betreiben zu können. Heute haben wir nicht einen Staat der Ehre, einen Staat der Achtung, einen Staat der Leistung, einen Staat Gottes (Zuruf des Abgeordneten **Elbes**: Machen Sie doch **Schluf!**), sondern einen Staat, der leider Gottes zum Inhalt hat, wie weit die einzelnen verdienen, der aber nicht mehr das Wohl des Volkes und nicht mehr das Wohl der Kirche im Auge hat. Wir sagen das dem Volke und Ihnen allen immer und immer wieder, ob Sie es hören wollen oder nicht. Wehren Sie sich dagegen, stopfen Sie Ihre Ohren zu, uns geht das nichts an. Wir wissen, daß das Volk nicht an diesen Staat gebunden ist, sondern daß es über ihn heraus zur Freiheit kommen wird. (Händeklatschen bei den Nationalsozialisten und auf der Tribüne. Zuruf aus dem Zentrum: **Wint** die Galerie auch schon mit?)

Stellvertretender Vorsitzender **Eberle**: Ich mache die Besucher der Tribüne darauf aufmerksam, daß ich, wenn sich auf der Tribüne nochmals Beifallsäußerungen bemerkbar machen, die Tribüne räumen lassen werde. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Das ist die Öffentlichkeit des Parlaments!)

Das Wort hat Herr Abgeordneter **Dunder** zur Geschäftsordnung.

Abgeordneter **Dunder** (zur Geschäftsordnung): Ich habe keine Veranlassung, die Nationalsozialisten auf der Tribüne in irgendeiner Weise in Schutz zu nehmen. (Zurufe rechts: Das sind Juden!) — Aber ich verahre mich dagegen, und ich glaube auch, daß es nicht die Absicht des Vorsitzenden ist, so weit zu gehen, die gesamte Tribüne räumen zu lassen, wenn dieser dumme Junge da oben noch einmal Beifallskundgebungen oder Zwischenrufe macht. Wir sind vielmehr der Auffassung, daß man den Nazis das gibt, was ihnen gebührt. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Wir setzen uns ja nicht hier auseinander, sondern draußen!)

Stellvertretender Vorsitzender **Eberle**: Das Wort hat Herr Abgeordneter **Haake** zur Geschäftsordnung.

Abgeordneter **Haake**: Wir Nationalsozialisten benutzen gerade diese Gelegenheit, auch die kommunistischen Besucher der Volkstribüne darauf aufmerksam zu machen (Glocke des Vorsitzenden. Laute Rufe: Schluß, Schluß!), daß in allen anderen Parlamenten die Kommunisten ebenfalls (Der Vorsitzende unterbrechend: Das ist nicht zur Geschäftsordnung gesprochen! — erneute Schlußrufe.) Wir Nationalsozialisten können es sehr wohl verstehen, (Große Unruhe im ganzen Hause. Der Vorsitzende: Ich bitte um Ruhe! Zurufe des Abgeordneten Dr. Ley: Das ist Euer Parlament!) Wir können es sehr gut verstehen, daß das oben die Besucher (Rufe im Zentrum: raus, raus!)

Stellvertretender Vorsitzender **Eberle**: Herr Abgeordneter **Haake**, ich mache Sie nochmals darauf aufmerksam, daß Sie nicht zur Geschäftsordnung sprechen. (Zuruf des Abgeordneten **Dunder**: Der kennt nichts von der Geschäftsordnung! — Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Das ist Euch peinlich!) Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß ich Ihnen, wenn ich Sie nochmals daran erinnern muß, das Wort entziehe.

Abgeordneter **Haake** (fortfahrend): Bitte! — Wir Nationalsozialisten sprechen darum zur Geschäftsordnung, weil das, was wir zu sagen haben, zur Geschäftsordnung gehört. (Glocke des Vorsitzenden.)

Stellvertretender Vorsitzender **Eberle**: Herr Abgeordneter **Haake**, ich entziehe Ihnen jetzt das Wort! (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Bravo! — Zuruf des Abgeordneten **Haake**: Ich stelle fest, daß mir das Wort entzogen worden ist. — Händeklatschen bei den Nationalsozialisten.) Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Dr. Ley, sich auf seinen Platz zu begeben. Ich bitte nun um Ruhe. Das Wort hat Herr Abgeordneter **Lessenich**.

Abgeordneter **Lessenich**: Meine Damen und Herren! Erwarten Sie von mir keine Sensation; in diesem Artikel arbeite ich nicht. Dafür habe ich aber die Ehre, Sie zu bitten, ebenso wie der Sachausschuß I, unserem wirtschaftsparteilichen Antrag zustimmen zu wollen, der darauf abzielt, 25 Prozent der Reisekosten einzusparen. Wieviel Reisekosten eigentlich vorgesehen sind, sagt der Haushaltsplan nicht genau. Die Schätzung — da der Haushalt sehr unklar ist und Gesamtpositionen aufweist — kann vielleicht zwischen 3 oder 400 000 RM liegen. Wir wollen nicht, daß es nach dem Muster der Berliner Stadträte geht, die neben ihrem Gehalt noch 24 000 RM für Reisekosten liquidieren. Wir möchten darauf hinweisen, daß auch der Herr Landeshauptmann der Sache nicht ganz traut; denn einzelne Positionen sind ja nur mit seiner Genehmigung durchführbar. Wenn gespart werden soll, so kann man dem Reisefieber sehr gut beikommen. Wir würden dann etwa 100 000 RM für andere, bessere Zwecke frei haben.

Stellvertretender Vorsitzender **Eberle**: Das Wort hat Herr Abgeordneter **Lohmeyer**.

Abgeordneter **Lohmeyer**: Meine Damen und Herren! Ich möchte doch ganz kurz einen Stand in Schutz nehmen, der vorhin in etwa angegriffen wurde; das sind die Straßenwärter. Wenn man den Straßenwärter etwas anders behandeln will, so soll man sich die Positionen näher ansehen und sich einmal damit beschäftigen, wie er behandelt wird, und wie sich seine Rente zusammensetzt. Ich bedaure, daß man gerade bei dieser Position und nicht bei anderen Positionen etwas über das Ruhegeld gesagt hat. Der Straßenwärter, der sein Ruhegeld bekommt, wird sich auch jedenfalls hier in der Rheinprovinz die Invalidenrente anrechnen lassen müssen. Im ganzen wird seine Rente nicht höher als auf 80 Prozent kommen; das heißt wenn er Vollinvalide ist und seine Reihe von Dienstjahren hinter sich hat. Es ist nicht mehr als recht und billig, daß wir bei dem einen wie bei dem andern Gerechtigkeit walten lassen. Wenn Bezüge gegeben werden, dann auch dem Straßenwärter, der als Arbeiter im Dienste der Verwaltung steht.

Stellvertretender Vorsitzender **Eberle**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. **Knuft**.

Abgeordneter Dr. **Knuft**: Die Ausführungen des Herrn Vorredners sind nach meiner Ansicht deswegen völlig abwegig, weil dem Parlament, wie es hier sitzt, doch nicht die Möglichkeit entzogen werden kann, die Rechnung so zu prüfen, wie es uns das Gesetz vorschreibt. Wir sind nicht dazu da, um zu allem, was uns vorgelegt wird, Ja und Amen zu sagen, sondern wir sind dazu da, um zu prüfen und zu rechnen. Und wenn wir rechnen, wie wir es getan haben, so kommen wir zu dem Ergebnis, daß gegenüber 100 Prozent derer, die in Arbeit sind, 50 Prozent Pensionäre vorhanden sind, und daß gegenüber dem ausgezahlten

Gehalt von 2500 RM Pensionslasten auf den Kopf umgerechnet von 1000 RM, das sind 40 Prozent, gezahlt werden. Das entspricht in keiner Weise dem üblichen Maßstabe, wie der Herr Personalreferent ja selbst hat zugeben müssen. Wir erklären also, daß wir uns mit den Ausführungen der Verwaltung nicht zufrieden geben, sondern daß wir eine sachliche Prüfung im Personalauschuß I fordern.

Stellvertretender Vorsitzender **Cberle**: Die Aussprache ist geschlossen; wir kommen zur Abstimmung. Zunächst zu Punkt 17, Antrag des Sachauschusses; Ueberweisung an den Provinzialauschuß. Widerspruch erhebt sich nicht. Ich stelle fest, daß so beschlossen ist. — Punkt 18, ebenfalls Ueberweisung an den Provinzialauschuß. Es erhebt sich kein Widerspruch; es ist so beschlossen. — Bei 19 und 20 desgleichen. — Bei 21 wird beantragt, den Antrag auf Drucksache 83 abzulehnen. Erhebt sich hiergegen Widerspruch? Das ist nicht der Fall; es ist so beschlossen. — Bei 22 ist ebenfalls Ablehnung vorgeschlagen. Erhebt sich hiergegen Widerspruch? (Zuruf links: Natürlich!) Ich lasse abstimmen. Wer dafür ist, daß dem Antrage des I. Sachauschusses entsprechend beschlossen wird, das heißt Ablehnung des Antrages auf Drucksache 94, den ersuche ich, sich vom Plabe zu erheben. Das ist die Mehrheit; es ist so beschlossen. — Bei 23 wird durch den Sachauschuß Ablehnung des Antrages auf Drucksache 110 beantragt. Ich bitte diejenigen, die dem Antrage des Sachauschusses entsprechend beschließen wollen, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit. — Wir kommen zu 24. Der Sachauschuß beantragt unveränderte Annahme. Widerspruch erhebt sich nicht; es ist so beschlossen. — Zu Punkt 25 hat die Reichspartei des Deutschen Mittelstandes den Antrag gestellt, der vorhin begründet worden ist, daß also eine Ueberprüfung der Position IV 1 b auf Seite 14 des Haushaltsplans durch den I. Sachauschuß und den Provinzialauschuß erfolgen soll. Ich lasse zunächst über diesen Antrag abstimmen und bitte diejenigen, die dem Antrag zustimmen wollen, sich zu erheben. Das ist die Minderheit. — Dann darf ich wohl ohne besondere Abstimmung feststellen, daß der Provinziallandtag dem Antrage des Sachauschusses zu 25 auf unveränderte Annahme zustimmen will. Es ist so beschlossen. — Zu 26 liegen keine Wortmeldungen vor. Ich darf deshalb wohl annehmen, daß wir auch ohne Entgegennahme des Berichtes dem Antrag des Sachauschusses zustimmen, der Kenntnisnahme des Sachauschusses erhebt sich nicht; es ist so beschlossen. — Wir kommen nun zu den Punkten 27 bis 38, einschließlich des Punktes 54.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter **Elfes**.

Abgeordneter **Elfes**: Meine Damen und Herren! Der Abgeordnete **Haake** hat vorhin, indem er auf ein Mitglied des Hauses mit dem Finger zeigte, zur Tribüne hinaufgerufen: „Da sitzt er, der dicke Bonze. Befehlt

ihn Euch, das ist der Landesrat!“ Ich bin der Meinung, daß der Opposition hier im Hause durchaus kein Zwang angelegt werden soll; aber ich glaube, daß wir uns gegen derartige unerhörte (Zuruf links: Flegelien!) ich will das Wort nicht gebrauchen, — Ausschreitungen schützen müssen. Ich muß meinem Befremden darüber Ausdruck geben, daß der Herr Vorsitzende hier nicht den schärfsten Paragrappen der Geschäftsordnung angewandt und dieses Mitglied von den Verhandlungen ausgeschlossen hat. (Beifall im Zentrum.)

Stellvertretender Vorsitzender **Cberle**: Meine Damen und Herren! In dem Tumult, der vorhin geherrscht hat, war es mir nicht möglich, genau zu verstehen, was der Abgeordnete **Haake** gesagt hat. Hier oben war überhaupt kaum etwas verständlich. (Zuruf des Abgeordneten **Elfes**: Das ganze Haus hat es gehört!) Aber ich habe nichts gehört; deshalb war es mir nicht möglich, sofort einzugreifen. Ich habe mir dann das Stenogramm vorlegen lassen, und aus diesem mußte ich entnehmen, daß wohl etwas Derartiges oder etwas Ähnliches gefallen war, aber ich glaube nicht, daß es ausreichend war, um mit dem schärfsten Mittel, das uns zur Verfügung steht — der Ausschließung — gegen den Abgeordneten vorzugehen. Ich muß es deshalb wohl dabei bewenden lassen, das Vorgehen des Abgeordneten mit einem Ordnungsruf zu ahnden. Ich erteile hiermit dem Abgeordneten **Haake** einen Ordnungsruf.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete **Simon**.

Abgeordneter **Simon**: Meine Damen und Herren! Ich stelle fest, daß dieser Herr eben unserem Parteigenossen **Haake**, der schwerkriegsbeschädigt ist, den Ausdruck **Flegel** zugerufen hat. Ich bitte, diesen Herrn auch zur Ordnung zu rufen.

Stellvertretender Vorsitzender **Cberle**: Wir wollen jetzt davon Abstand nehmen. Es ist wirklich nicht gut möglich, die beleidigenden Zurufe, die von rechts nach links und von links nach rechts hinübergehen, immer zu ahnden. Ich glaube, wir müssen nach der Richtung hin, wenn es nicht gar zu schlimm ist, wie es bisher auch üblich gewesen ist, darüber hinweggehen. (Zuruf des Abgeordneten **Simon**: Bitte, der Herr gibt den Ausdruck „Flegel“ zu. Ich bitte ihn zur Ordnung zu rufen.) Ueberlassen Sie das mir.

Wir kommen nun zu den Punkten 27 bis einschließlich 38, mit Hinzuziehung des Punktes 54 der Tagesordnung. Berichterstatter zu Punkt 27 ist Herr Abgeordneter **Gerhard** und zu 28 Herr Abgeordneter **Dr. Knust**. Das Wort hat Herr Abgeordneter **Gerhard**.

Abgeordneter **Gerhard**: Meine Damen und Herren! Der IV. Sachauschuß schlägt Ihnen vor, von dem vorliegenden Bericht Kenntnis zu nehmen. Ergänzend sei noch mitgeteilt, daß die Zählungen der Verkehrsstärke nach dem Muster des Deutschen Straßenbauverbandes durchgeführt wurden. An 21 Tagen, die

gleichmäßig über das ganze Jahr und auf die sieben Wochentage verteilt sind, und in 7 Nächten wurde der Verkehr festgestellt.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Als Berichterstatter zu Punkt 28 hat Herr Abgeordneter Dr. Knust das Wort.

Abgeordneter Dr. Knust: Der IV. Sachausschuß schlägt dem Hohen Hause vor, den Antrag der Verwaltung anzunehmen:

„Der Provinziallandtag nimmt zustimmend Kenntnis von dem Stand der Entwurfs- und Bauarbeiten an der Kraftwagenstraße Bonn—Köln—Düsseldorf—Industriegebiet“ und hierzu die Entschließung anzunehmen, die ich vorlese:

„Der 77. Rheinische Provinziallandtag nimmt mit Bedauern davon Kenntnis, daß die dem Provinzialverband von Reichs- und Staatsbehörden in Aussicht gestellten Mittel aus der verstärkten Förderung der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge wegen Fehlens der erforderlichen Reichsmittel bis jetzt noch nicht genehmigt sind.

Er sieht hierin eine ernste Gefährdung in der Durchführung der als Notstandsarbeit aufgezogenen Bauarbeiten an der Kraftwagenstraße Köln—Bonn und hat Bedenken wegen Inangriffnahme weiterer Notstandsarbeiten durch die Provinzialverwaltung.

Er beauftragt deshalb den Herrn Landeshaupmann, erneut bei den zuständigen Reichs- und Staatsstellen vorstellig zu werden und nochmals eindringlich zu bitten, daß für die im Rechnungsjahr 1929 bereits geleisteten Arbeitslosentagewerke die in Aussicht gestellten Mittel aus der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge noch nachträglich zur Verfügung gestellt und die für 1930 beantragten Förderungen für die Arbeiten an der Kraftwagenstraße Köln—Bonn und Köln—Düsseldorf in dem beantragten Umfang genehmigt werden. Ueber das Ergebnis dieser Verhandlungen ist dem Provinzialausschuß zu berichten, dem alsdann die weiteren Entscheidungen vorbehalten sind.“

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Als Berichterstatter zu Punkt 29 hat das Wort Herr Abgeordneter Lenz.

Abgeordneter Lenz: Zu Drucksache 27, Bericht und Antrag des Provinzialausschusses über den Stand des Ausbaues und Uebernahme weiterer Straßen beantragt der Sachausschuß unveränderte Annahme. Hierzu liegt auch noch ein Antrag unter Drucksache Nr. 88 der Fraktion Christlicher Volksdienst und Bauern-Partei vor. Der Sachausschuß bittet, diesen Antrag dem Provinzialausschuß zu überweisen.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Berichterstatter zu Punkt 30, 31 und 32 ist Abgeordneter Freiherr von Salis-Soglio.

Abgeordneter Freiherr von Salis-Soglio: Meine Damen und Herren! Der ordentliche Etat der Straßenverwaltung schließt mit rund 27 Millionen ab. Außerdem werden für Straßenzwecke durch die Unterstützung des Gemeinde- und Kreiswegebaues und durch den außerordentlichen Etat soviel Mittel zugeführt, daß insgesamt für das Straßenwesen 35,5 Millionen in diesem Etat vorgeesehen sind. Von diesen 35,5 Millionen werden durch die Kraftfahrzeugsteuer 19 Millionen gedeckt und durch den dritten Teil der Dotation 4 Millionen, sodas für die Mittel der Provinz resp. durch Darlehen 12,5 Millionen aufzubringen sind.

Wenn ich auf die einzelnen Posten in dem Etat Seite 14 eingehe, so sind diese, soweit nicht vorher schon besondere Bemerkungen gemacht worden sind, zwangsläufig. Ich möchte nur erwähnen, daß unter IV, 2 die laufenden Unterhaltungskosten mit 15 Millionen aufgeführt sind. Dazu kommen im außerordentlichen Etat 2,5 Millionen, sodas also für die besonderen Zwecke der Provinzialstraßenverwaltung 17,5 Millionen lediglich zur Unterhaltung resp. Neudeckung von Straßen gefordert werden.

Die Provinzialstraßenverwaltung hat das ganze Straßennetz in ungefähr drei Zonen eingeteilt. Die erste Zone ist diejenige, die mit einer Tagesbelastung von rund 1000 Tonnen und mehr beschwert ist. Die zweite Zone hat eine Belastung von 500 bis 1000 Tonnen und die dritte Zone ist unter 500 Tonnen belastet. Je nach dieser Belastung wird die Stärke der Decke gewählt.

Die erste Zone mit der stärksten Belastung 2000 Kilometer, hat mit 1400 Kilometer bereits jetzt eine feste, fast unverschleißbare Decke mit Groß- und Kleinpflaster. Nur noch 600 Kilometer sind stärker als bisher zu decken; diese werden aber voraussichtlich nicht alle mit Kleinpflaster erneuert, sondern werden mit dem neueren, vereinfachten Verfahren der Straßensefestigung genügend gesichert sein. In der zweiten Zone, zwischen 500 und 1000 Tonnen Last pro Tag, ist man ganz generell zur Teerschotterung übergegangen. Die früher versuchte Asphaltshotterung hat man aufgegeben, und dadurch ist es möglich geworden, daß fast ausschließlich heimisches Material verwandt wird. An Steinen wird ausschließlich rheinisches Material gebraucht. Beim Teer wird noch ein ganz geringer Zusatz von Asphalt nötig sein, um gut abzubinden. Aber auch da wird die fortschreitende Technik das ausländische Produkt mit der Zeit vollständig ausschließen können.

Die dritte Zone, die unter 500 Tonnen Last liegt, wird vor wie nach mit der alten Schotterdecke behandelt, die aber mit einer Teer-Emulsion angestrichen wird, sodas sie der Bitterung stärkeren Widerstand leistet und der Regen nicht eindringen kann. Der Fortschritt der ganzen Entwicklung ist erfreulich. Die Lasten der Straßenbauverwaltung sind wesentlich herabgemindert, denn die starke Befestigung kostete

früher 70 000 RM pro Kilometer, während die Teerschotterung für 33 000 RM herzustellen ist. Daneben ist die Dauer dieser Decke weitaus länger, als früher; man hofft auf 30 und mehr Jahre, während vormals die Decken, soweit sie dem starken Verkehr ausgesetzt waren, in 4 bis 6 Jahren sich vollständig erneuerungsbedürftig zeigten.

Diesen erfreulichen Tatsachen steht aber ein sehr dunkles Bild bezüglich unserer Steinindustrie gegenüber. Es ist nicht zu leugnen, daß die Steinindustrie, die ja diese anderweitige Entwicklung der Straßenbefestigung nicht genügend vorausgesehen hatte, sich auf einen umfassenden Bedarf an Steinmaterial eingestellt hat. Nun liegt die Steinindustrie samt den vielen Steinarbeitern sehr darnieder, und es ist wohl kaum eine Hoffnung, daß sie sich dauernd erholt. Das Kleinpflaster wird in diesem Jahre auf sage und schreibe 20 Kilometer beschränkt. Aber, meine Damen und Herren, so bedauerlich das alles ist, die Provinzialverwaltung wird nach Möglichkeit allen berechtigten Wünschen entgegenkommen. Der fortschreitenden Technik kann man natürlich nicht entgegenarbeiten; die fortschreitende Technik wird aber zu einer Verringerung der Steinindustrie zweifellos beitragen.

Meine Damen und Herren! Sonst wäre zu den einzelnen Kosten nichts zu bemerken. Unter VII ist der Anteil an den Kosten der Landesplanung mit 25 000 RM eingesezt. Wir begrüßen diesen Einsatz, denn durch die Vereinheitlichung der Landesplanung wird vielfach eine Ueberschneidung anderer Behörden und Kommunen beseitigt. Regierungspräsidenten, Städte, Kreise und Siedlungsgesellschaften haben alle möglichen Planungen versucht; dazu kommt nun die Provinzialverwaltung. Wie gesagt, es ist jetzt einheitlich geregelt, und ich freue mich, daß auch die Landeskulturbehörden bei dieser Landesplanung in umfassender Weise herangezogen werden.

Damit hätte ich meine Bemerkungen zum Provinzialstraßenetat erledigt.

Ich komme zur Unterstützung des Baues und Betriebes von Kleinbahnen, wobei zu erwähnen ist, daß er einen Zuschuß von 3000 RM erfordert.

Der Etat der Unterstützung des Gemeinde- und Kreiswegebauens befindet sich Seite 15. Die Unterstützung des Gemeinde- und Kreiswegebauens zerfällt in zwei Teile:

1. in Unterstützungen für Straßen, die in der Verwaltung der Kreise und Gemeinden bleiben, und zwar: a) für kleine, b) für größere Strecken, und
2. in den Zuschuß, den die Provinz für die sogenannten Uebernahmestrafen gibt, die bisher auf 2000 Kilometer angenommen sind.

Ich glaube, aus den Ausführungen, die der Herr Landeshauptmann bei seiner Etatsrede gemacht hat, schließen zu dürfen, daß dieser Fonds mit der Zeit verschwinden wird, indem fast alle Straßen, die Ort-

schaften miteinander verbinden und Durchgangsverkehr haben, nach und nach von der Provinzialstraßenverwaltung übernommen werden, falls die Kraftfahrzeugsteuer vollständig der Provinz überwiesen wird. Damit würde ein längst gehegter Wunsch der Kreise in Erfüllung gehen. Es würde dadurch eine dauernde gute Unterhaltung gesichert werden, und die Lasten, die jetzt ganz zufällig die eine Gemeinde oder den einen Kreis besonders beschweren, würden gleichmäßig auf alle Schultern verteilt werden. (Abgeordneter Dr. Schüler: Sehr richtig!)

Im übrigen bittet der IV. Sachausschuß, die beiden Haushaltspläne unverändert anzunehmen.

Stellvertretender Vorsitzender Oberle: Zu Punkt 33 hat als Haushaltsberichtersteller das Wort Herr Abgeordneter Junglas.

Abgeordneter Junglas: Meine Damen und Herren! In der Drucksache 42 beantragen die Mitglieder der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, bei der Vergebung von Steinaufträgen auch die Mabener Gegend und das oberbergische Gebiet zu berücksichtigen. Nachdem festgestellt worden ist, daß die Provinzialverwaltung seit Jahren nur rheinisches Material verwendet und auch neuerdings wieder eine Erklärung abgegeben hat, daß nur rheinisches Material verwandt wird, bittet der Ausschuß, den Antrag der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei als erledigt zu erklären.

Mit Drucksache 49 beantragt die Fraktion der Reichspartei des deutschen Mittelstandes:

„Der Provinziallandtag wolle beschließen, die Provinzialverwaltung anzuweisen, für die Herstellung und Unterhaltung der Provinzialstraßen an Straßenbaumaterial, wie Steine, Teer, Zement und Holz, nur deutsches Material zu verwenden, ausländische Asphaltstoffe also auszuschließen.“

Hierzu hat der Ausschuß folgendes festgestellt: Bei Steinen, Teer, Zement und Holz wird nur rheinisches bzw. deutsches Material verwandt. Bei den Asphaltstoffen, die notwendig sind, um die Ueberzüge über die Teerstraßen zu machen, ist es zur Zeit aus technischen und wirtschaftlichen Gründen noch nicht möglich, den Asphalt völlig auszuschalten. Es ist deshalb im Einverständnis mit den Antragstellern in der Kommission der letzte Satz dahingehend geändert worden, daß die Verwendung ausländischer Asphaltstoffe möglichst einzuschränken sei. Mit dieser Einschränkung bittet der Ausschuß den Provinziallandtag, diesen Antrag anzunehmen.

Die Drucksache 59, Antrag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, betreffend die Lage der rheinischen Steinindustrie, bittet der Ausschuß, dem Provinzialausschuß zur Berücksichtigung zu überweisen.

Stellvertretender Vorsitzender Oberle: Zu Punkt 34 ist Berichterstatter Herr Abgeordneter Saur.

Abgeordneter Saur: Der IV. Sachausschuß empfiehlt dem Provinziallandtag die Ablehnung des nationalsozialistischen Antrages über die Verlegung der Autostraße Köln—Siegen, so, daß sie die Hauptpunkte des Oberbergischen Landes berührt, etwa Oberath/Much — Drabenderhöhe — Biehlstein — Wiehl — Brüchermühle — Wildbergerhütte, da einmal der IV. Sachausschuß dafür nicht zuständig ist, zum andern das Reichsverkehrsministerium einen Einfluß darauf ausübt und zum mindesten eine derartige Verlegung nicht im Sinne einer Autostraße sein kann, weil eine Autostraße ein schneller Verkehrsweg von einem Zentrum zum andern sein soll, aber eine derartige Kurven- und Zickacklinie dieser Forderung nicht entspricht. Aus diesem Grunde wird die Ablehnung des Antrages empfohlen.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Wessel als Berichterstatter zu Punkt 35.

Abgeordneter Dr. Wessel: Zu Druckfache 69, betreffend Antrag der kommunistischen Fraktion, den Bau der geplanten Umgehungsstraße in Vallendar unverzüglich in Angriff zu nehmen, schlägt der IV. Sachausschuß vor, den Antrag dem Provinzialausschuß zur Berücksichtigung zu überweisen.

In Verbindung mit diesem Antrage begrüßt es der IV. Sachausschuß, daß die Provinzialverwaltung sich der Aufgabe unterzogen hat, das Projekt einer Umgehungsstraße von Köln nach Koblenz auszuarbeiten und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es recht bald gelingen möge, dieses Projekt der Verwirklichung zuzuführen, insbesondere, soweit es sich um die komplizierten Begeverhältnisse bei Honnef und Untel handelt.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Zu Punkt 36 ist Berichterstatter Herr Abgeordneter Lenz.

Abgeordneter Lenz: Der IV. Sachausschuß schlägt dem Plenum vor, den Antrag der Kommunistischen Partei auf Um- bzw. Ausbau der Provinzialstraße innerhalb der Gemeinde Alsdorf als Material dem Provinzialausschuß zu überweisen.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Zu Punkt 37 ist Berichterstatter Herr Abgeordneter Saur.

Abgeordneter Saur: Der IV. Sachausschuß empfiehlt, den Antrag der SPD-Fraktion, betreffend Anlegung von Radfahrwegen an der Provinzialstraße Köln—Düren zwischen Blasheim und Benzelsrath, dem Provinzialausschuß zu überweisen.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Berichterstatter zu Punkt 38 ist Herr Abgeordneter Dr. Dechamps.

Abgeordneter Dr. Dechamps: Der IV. Sachausschuß hat sich mit einem Antrage der SPD. beschäftigt, bei der Vergabe von Arbeiten seitens der Provinzialverwaltung auf Einhaltung der tariflich

festgelegten Lohn- und Arbeitszeitbedingungen zu achten. Die Verwaltung hat dazu mitgeteilt, daß das von ihr bereits geschieht. Der Sachausschuß schlägt Ihnen vor, den Antrag dem Provinzialausschuß zu überweisen.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Zu Punkt 54 ist Berichterstatter Herr Abgeordneter Bongartz; ich bitte ihn, das Wort zu nehmen.

Abgeordneter Bongartz: Der I. Sachausschuß schlägt Ihnen vor, den Antrag abzulehnen.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Wir kommen nun zur Besprechung der Punkte 27 bis 38 unter Hinzunahme des Punktes 54.

Der erste Redner ist Herr Abgeordneter Lenz.

Abgeordneter Lenz: Meine Damen und Herren! Wir müssen leider feststellen, daß an dem Straßenunterhaltungsplan wesentliche Verschlechterungen zu verzeichnen sind. Gerade in einer Zeit großer Arbeitslosigkeit hat das eine starke Auswirkung. Es sind 170 Kilometer Provinzialstraßen mehr vorhanden als im vergangenen Jahr, dabei sind die Mittel ganz erheblich gekürzt worden. Im ordentlichen Etat ist an dem Titel „Unterhaltung der Straßen usw.“ eine Streichung von 1.145.000 RM vorgenommen worden. Weiter sind die Mittel des außerordentlichen Etats ganz erheblich gekürzt worden, und zwar gegenüber dem Vorjahre um 6 Millionen RM, so daß im Laufe dieses Jahres ein Weniger von 7.145.000 RM aufgewendet wird. Am allerstärksten ist davon die Steinindustrie betroffen worden. Die Arbeitslosigkeit, die Notlage in der Steinindustrie ist so groß, daß sie durchaus nicht zu verantworten ist. Wir müssen heute feststellen, daß die neuzeitliche Straßenbauweise immer mehr und wohl im Ueberfluß angewandt wird, denn heute können wir die Dauer dieser Decken noch nicht ermesen. Dadurch geht natürlich die Nachfrage nach Steinmaterial erheblich zurück, und wir haben zuletzt nicht allein in Westdeutschland, sondern in ganz Deutschland die stärkste Arbeitslosigkeit zu verzeichnen: über 60 Prozent der Steinarbeiter sind heute arbeitslos. Ueberall, auch in den Stadtverwaltungen, sind gerade an dem Tiefbauetat im letzten Jahre wesentliche Abstriche gemacht worden. So sehen wir auch hier bei dem Etat der Provinzialstraßenverwaltung eine starke Auswirkung der Abstreichungen, die die Provinz vorgenommen hat. Wir haben von 1924 bis 1928 durchschnittlich im Jahr 150 Kilometer Kleinpflaster eingebaut und 22 Kilometer Grobpflaster. Im Laufe dieses Etatsjahres sollen nur 20 Kilometer Kleinpflaster eingebaut werden. Man muß hier besonders bedenken, wie groß der Lohnanteil ist, der in diesen Produkten liegt. In der Steinindustrie besteht zum größten Teil noch Handarbeit bei der Herstellung von Groß- und Kleinpflaster. Die Auswirkungen möchte ich Ihnen in ein paar Zahlen vor Augen führen. Was an Steinmaterial in diesem Jahr von der Provinz

weniger hereingeholt wird, sind ganz beträchtliche Mengen. Wir können wohl sagen, daß durch die geringeren Aufträge, die der Steinindustrie von der Provinz in diesem Jahre zuteil werden, tatsächlich für 1500 Arbeiter die Beschäftigungsmöglichkeit genommen wird. Die Auswirkungen sind hier ebenso stark wie auch in den Kommunen.

Nun hat Herr Dr. Ley geglaubt, daß die Gewerkschaften nichts unternommen hätten. Wir wissen ganz genau, daß die Steinindustrie nicht allein durch die neuzeitliche Straßenbauweise benachteiligt wird, sondern auch durch den schwedischen Handelsvertrag. Ohne Zweifel sind viele Städte dazu übergegangen, ausländisches Material hereinzunehmen. Wenn nun die nationalsozialistische Partei den Antrag stellt, die Provinz solle nur rheinisches Material hereinnehmen, so glaube ich, daß diese Forderung schon erfüllt ist. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Das Gegenteil ist der Fall!) Es steht fest, daß die Provinz nur rheinisches Steinmaterial hereingenommen hat. (Widerspruch bei den Nationalsozialisten.) Wir sehen, daß Sie in dieser Angelegenheit sehr schlecht informiert sind, anders — das gebe ich zu — liegen die Verhältnisse bei den Städten, trotzdem der Provinziallandtag schon vor zwei Jahren den Herrn Landeshauptmann ersucht hat, seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß die Städte dem einheimischen Material den Vorzug geben. Es ist dringend notwendig, daß wir heute wiederum diesen Ruf erheben, damit die Städte bei der Bestellung von Steinmaterial ihre heimische Industrie bevorzugen. Überall sind schon Verhandlungen mit den Großabnehmern gepflogen worden, aber sie haben noch zu keinem großen Ergebnis geführt.

Wir haben deshalb einen Antrag gestellt, der dahin geht, daß in Zukunft möglichst mehr Steinstraßen gebaut werden. Es wird zwar gesagt, das sei unproduktiv, weil die meisten Straßen mit schwerer Belastung mit Klein- und Großpflaster ausgebaut werden müssen. Aber wir dürfen nicht verkennen, daß es bei vielen anderen Straßen dringend notwendig wäre, sie mit einer festen Decke zu versehen. Wenn nun gesagt wird, die Steinstraße sei zu teuer, so muß doch auch immer der große Prozentsatz an Lohn berücksichtigt werden. Wir wissen, daß gerade die Gemeinden und Kreise schwer zu leiden haben, die von einer starken Steinindustrie durchsetzt sind. Wir haben in der Rheinprovinz noch rund 20 000 Steinarbeiter. Es muß durch die Aufträge der öffentlichen Hand die Möglichkeit gegeben werden, der rheinischen Steinindustrie mehr Beschäftigung zu geben.

Des weiteren muß festgestellt werden, daß in dem jetzigen Etat weit geringere Beträge aus Provinzialmitteln ausgeworfen werden, als es in der Vorkriegszeit der Fall war. Nach den Aufzeichnungen im Etat können wir feststellen, daß aus Ueberweisungssteuern, Reichseinkommen- und Körperschaftssteuern, rund 4,3

Millionen aufgewendet werden, aus der Provinzialumlage nur 3,3 Millionen, aus der Kraftfahrzeugsteuer 19 Millionen, zusammen also 26,6 Millionen. Deshalb ist es nicht zu verstehen, daß in der heutigen Zeit gerade dieser Etat so gekürzt wird.

Ich möchte Sie dringend bitten, den Antrag 59 anzunehmen, der den Provinzialausschuß ersucht, den Verhältnissen Rechnung zu tragen. Ich bitte Sie, nehmen Sie den Antrag an und sorgen Sie dafür, daß der Steinindustrie mehr Aufträge zugeführt werden, als es jetzt aus dem Etat ersichtlich ist.

Vorsitzender Dr. J a r r e s: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Simon.

Abgeordneter S i m o n: Meine Damen und Herren! Mit dem Bau der Provinziallandstraßen verhält es sich ähnlich wie mit dem Bau von Wohnungen und Häusern: Auf der einen Seite haben wir einen fast unerträglichen Mangel, einen großen Bedarf, und auf der andern Seite dagegen fehlt der organisatorische Wille, vielleicht sogar der persönliche, der anständige Wille, jene Verhältnisse zu beseitigen. (Sehr gut! bei den Nationalsozialisten.) Wir haben uns zu fragen: Woher kommt das? (Unruhe bei den Kommunisten.) Wenn Sie heute, auch Sie, meine Herren Kommunisten, meine ich damit, zu irgendeinem Straßenbau schreiten wollen, dann betteln Sie zuerst beim Großkapital um eine Anleihe. (Lachen bei den Kommunisten.) Gerade Sie, meine Herren Kommunisten, haben einen Antrag eingebracht, in dem Sie 15 Millionen Anleihe für den Bau von Straßen verlangen, obwohl Sie sich bewußt sind, daß Sie damit zu Dienern der Bank- und Börsenmänner herabsinken. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Dichtgans: Machen Sie es denn anders?) Wir Nationalsozialisten lehnen diese Anleihewirtschaft für den Bau von Straßen, ebenso wie für den Bau von Wohnungen, ab. (Sehr gut! bei den Nationalsozialisten. Zuruf des Abg. Renner: Ihr baut mit Spuckel! Heiterkeit.) Wir wissen ganz genau, daß, volkswirtschaftlich gedacht, eine Anleihe nicht notwendig ist, um Straßen oder Wohnungen zu bauen. Wenn man eine Straße bauen will, dann braucht man, volkswirtschaftlich gedacht, nur drei Dinge: Arbeitskraft, Maschinen (Zuruf des Abgeordneten Dr. Dichtgans: und kein Geld!) und Material. Volkswirtschaftlich gedacht, brauchen Sie nur diese Dinge (Zuruf: Ein neuer Landesrat! Heiterkeit). Diese Dinge sind in unserer deutschen Wirtschaft, sogar im engeren Rheinland, im Uebermaß vorhanden. Wir haben hier Arbeitskräfte im Uebermaß in der Gestalt von mehr als 250 000 Arbeitslosen. Wir haben das Material, das nur auf Abruf wartet; wir haben die Maschinen in der Industrie, die ebenfalls nur auf Abruf warten. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Dichtgans: Wer bezahlt denn die Arbeiter?) Es dreht sich nur darum, daß wir die Möglichkeit finden, den Abruf zu bewerkstelligen, nicht durch private Anleihe, sondern durch staatliches zinsloses Geld. (Unruhe links.) Diese

Möglichkeit haben gerade Sie dadurch verdorben, daß die Parteien von rechts bis links die Finanzhoheit des Staates dem internationalen Finanzkapital überantwortet haben. (Zuruf des Abgeordneten Haack: Geld macht nicht selig!) Das Deutsche Reich von heute, die öffentlichen Körperschaften, sie haben keine Finanzhoheit mehr; sie müssen sich das Geld, das nichts anderes ist als ein Verkehrsmittel, besorgen, indem sie vor den Toren der großen Bankiers betteln gehen. (Zustimmung bei den Nationalsozialisten.) Auch die Herren Kommunisten gehen mit betteln, und gerade sie gehen vielleicht am meisten, weil ihre Beziehungen zu dieser Seite am besten, aber auch am feinsten und unaufdeckbarsten aufgebaut sind. (Abgeordneter Dr. Ley: Bravo!)

Wir Nationalsozialisten verlangen, ebenso wie die anderen Parteien, den Bau von Autostraßen. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Zick-Zack-Straßen!) Wir verlangen auch die Beschäftigung von Arbeitslosen und die Beschäftigung der Steinindustrie. Aber wir fordern, daß der Staat zinslose Gelder für diese Zwecke bereitstellt, die nichts anderes sind als vorausgenommene, in Papier erteilte Bescheinigungen der Werte, die erst künftig geschaffen werden sollen. (Lachen links, Zuruf des Abgeordneten Dunder.) Daß Sie das nicht verstehen, Herr Dunder, weiß ich. Ich verlange das von Ihnen ja auch gar nicht. (Zuruf links: Armer Silvio!) Wenn der Staat den Provinzen jenes zinslose Geld gibt, dann ist es weiter nicht mehr nötig, daß Gemeinden und Kreise an die Provinz herantreten und betteln, daß die Provinz ihre Anleihe um soundsoviel Millionen erhöht, damit auf dem Umwege über diese Anleihe nachher Straßen gebaut werden können. Dann ist es auch nicht mehr nötig, daß die Kommunisten derartige Bluffanträge stellen, wie zum Beispiel Unterstützung mit 1 Million RM, wo sie genau wissen, daß diese Million gar nicht da ist und von diesen Parteien und diesen Systemen auch gar nicht beschafft werden kann. (Lebhafte Zustimmung bei den Nationalsozialisten.)

Wir Nationalsozialisten haben an dem Etat des Straßenbaues auszu sehen, daß eine viel zu hohe Summe für die Gehälter der oberen Beamten eingesetzt ist. (Sehr gut! bei den Nationalsozialisten.) Wir Nationalsozialisten vertreten die Ansicht, daß ein Teil der Oberbeamtenstellen sich einsparen läßt, wenn bei diesen Beamten der Dienst genau so mit der Stoppuhr geregelt wird wie bei der Arbeiterschaft in der Fabrik. (Bravo! bei den Nationalsozialisten.) Wir verlangen infolgedessen, daß uns künftig ein Etat vorgelegt wird, aus dem ersichtlich ist, daß die Provinzialverwaltung gewillt ist, bei den Oberbeamtenstellen nach und nach abzubauen, aber nicht noch Stellen hinzuzubauen, so daß wir nachher im Provinziallandtag noch mehr Räte sitzen haben. Räte, die vielleicht selber am meisten des Rates bedürfen, damit sie überhaupt arbeiten können.

Vorsitzender Dr. Jarres: Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Dr. Dichgans.

Abgeordneter Dr. Dichgans: Meine Damen und Herren! Ich möchte beantragen, daß diese Rede der Weisheit öffentlich angeschlagen und Herr Simon per Applikation zum Landesoberbauamt gewählt wird. (Sehr gut! und Bravo! Heiterkeit.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Haake.

Abgeordneter Haake: Wir Nationalsozialisten stimmen dem Antrag des Zentrums zu und hoffen, daß sich in diesem Hause für die Verbreitung der nationalsozialistischen Reden in der Öffentlichkeit eine Mehrheit finden wird. (Beifall bei den Nationalsozialisten, Zuruf links: Wie wäre es mit einer Stummzelle?)

Vorsitzender Dr. Jarres: Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Nohl.

Abgeordneter Nohl: Ich möchte den Antrag dahin erweitern, daß, wenn die Rede des Herrn Abgeordneten Simon veröffentlicht wird, sie dann vor jeder Vorstellung des Kölner-Hänneschen-Theaters an der Rampe vorgelesen wird. (Sehr gut! links, Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Fauler Zauber!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Dr. Ley.

Abgeordneter Dr. Ley: Dann beantrage ich, daß Herr Abgeordneter Nohl der Conférencier und der Clown dieses Hauses wird. (Heiterkeit.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Wir fahren in der Besprechung fort. Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Knust.

Abgeordneter Dr. Knust: Der Herr Oberpräsident hat am Montag zum Ausdruck gebracht, daß die Mittel, die für den Straßenbau ausgeworfen werden, demnächst in Schulden und Ausgaben 50 Millionen RM ausmachen würden. Wenn man sich den Haushalt genauer ansieht, dann findet man aber, daß sich im ordentlichen Haushalt 15 Millionen für materielle Straßenunterhaltung befinden, außerdem zur Unterstützung der Kreise- und Gemeindegemeinde 1,5 Millionen, zusammen 16,5 Millionen. Die 4 Millionen, die im außerordentlichen Haushalt enthalten sind, schweben noch vollständig in der Luft; die Verwaltung kann für den Eingang keine Garantie übernehmen, weil diese Summe im Anleihewege und nur unter gewissen Bedingungen aufgebracht werden soll. Da nun die Summen, die für den eigentlichen Straßenbau zur Verfügung stehen — insgesamt 16,5 Millionen — verhältnismäßig sehr niedrig sind, stehen wir auf dem Standpunkt, daß die Unterbringung dieser Gelder die deutsche Wirtschaft allein befruchten muß, daß es also nicht möglich ist, daß diese Gelder dazu verwandt werden, um ausländische Firmen und ausländische Produktion zu unterstützen. Das geschieht aber dann, wenn die Materiallieferungen zum Teil an ausländische Firmen übertragen werden, die in Deutschland deswegen keine Steuern zahlen, weil sie hier angeblich dauernd mit

Verlust arbeiten, während ihre ausländischen Holding-Gesellschaften große Verdienste einstecken. Sie haben sich eben im Inlande so eingerichtet, daß Gewinne buchnäßig nicht vorhanden sind und die Gewinne nur bei den ausländischen Holding-Gesellschaften verzeichnet werden. (Sehr richtig!) Infolgedessen haben meine Freunde und ich den Antrag gestellt, daß Steine, Teer, Zement und Holz, also ausschließlich deutsches Straßenbaumaterial, Verwendung finden sollen.

Wir haben uns im Sachausschuß IV mit der Verwaltung eingehend darüber unterhalten, ob es möglich wäre, die Asphaltstoffe — Bitumen usw. —, die im wesentlichen aus dem Auslande kommen, auszuschließen. Die Verwaltung steht auf dem Standpunkt, daß generell auf diese Asphaltstoffe deswegen allgemein nicht verzichtet werden könne, weil sie 1. für Ausbesserungsarbeiten noch erforderlich seien und 2. die technische Frage noch nicht gänzlich gelöst sei, ob für gewisse Straßen Asphaltzufüsse zum Teer noch erforderlich seien. Infolgedessen haben wir als Antragsteller uns damit einverstanden erklärt, daß der ursprünglich gestellte Antrag die Abänderung erfährt, die der Herr Berichterstatter zu 33 b bereits vorgetragen hat, nämlich, daß die Verwertung ausländischer Asphaltstoffe nach Möglichkeit eingeschränkt wird. Wir bitten das Plenum dringend, den Vorschlag des Sachausschusses anzunehmen und damit der deutschen Wirtschaft zu dienen. (Sehr gut!)

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Deppe.

Abgeordneter Deppe: Wenn sich eine Partei hier lächerlich gemacht hat, dann waren es die Nationalsozialisten (Zuruf des Abgeordneten Simon: Jetzt machen Sie sich noch lächerlicher!) Wir stellen fest, daß sie im Neben Großartiges leisten, im übrigen aber sehr harmlos sind. Die Arbeiterschaft draußen hat längst erkannt, welch Geistes Kind sie sind. (Zuruf des Abgeordneten Simon: Sie haben gar keinen Geist!)

Die Zunahme des Autoverkehrs macht die Provinzialstraßen unsicher. Das Leben der Fußgänger, wie das der Radfahrer, ist durch den zunehmenden Autoverkehr auf den Landstraßen ganz besonders gefährdet. Besonders in verschiedenen Orten, durch die die Provinziallandstraße führt, sind Gefahrenzonen vorhanden, so zum Beispiel in Vallendar. Da entspricht die Provinziallandstraße nicht im geringsten den gesteigerten Verkehrsverhältnissen. Stellenweise ist die Straße so schmal, daß die Autos nicht nebeneinander herfahren können, sondern an verschiedenen Stellen halten müssen, ehe der Verkehr wieder aufgenommen werden kann. (Zuruf des Abgeordneten Simon: Für kommunistische Demonstrationen noch zu groß!) Wir sind der Auffassung, daß hier unbedingt Abhilfe geschaffen werden muß. Das wird auch dann geschehen müssen, wenn die Nationalsozialisten es nicht gerne haben wollen. (Zuruf des Abgeordneten Simon: Bitte sehr, wir wollen den Straßenbau mit Staatsgeldern!)

Ferner herrschen in Alsdorf im Kreise Aachen ganz unhaltbare Zustände. An einigen Stellen stehen die Häuser direkt bis an die Bahnbahn heran, so daß bei dem gesteigerten Autoverkehr niemand die Straße passieren kann, ohne sein Leben zu gefährden. Dazu kommt noch, daß die Straße dort ziemlich krumm und unübersichtlich ist, was die Gefahr bedeutend erhöht. Diese Verhältnisse müssen unbedingt geändert werden. Man hat ja damals schon erwogen, daß man dort gerne eine Umgehungsstraße hätte. Aber wie es scheint, will die Provinzialverwaltung hier nicht zugreifen. Es muß in diesen Orten dafür gesorgt werden, daß der Verkehr, der sich dort durch die Zunahme des Autoverkehrs so stark entwickelt, besser geregelt wird, und zwar, ohne das Leben der Bewohner zu gefährden.

Dann ist eine Radfahrstraße in Blatzheim auf der Strecke Köln — Aachen, die jeden Tag 5- bis 600 Arbeiter befahren, um zur Arbeitsstelle und wieder nach Hause zu gelangen. Diese Straße ist derart gefährlich, daß bereits eine Menge Unfälle vorgekommen sind, davon einer mit tödlichem Ausgang. Der bisherige Radfahrweg am Steilen Berge von Mäderath wird an verschiedenen Stellen als Lagerplatz für Pflastersteine verwendet. Man sollte doch meinen, daß eine Straße derart in Schutz gehalten werden muß, daß sie auch passierbar ist.

Es ist dringend notwendig, daß an diesen drei Orten Abhilfe geschaffen wird.

Deshalb schlagen wir die Anträge 69, 72 und 71 zur Annahme vor. Wir wissen, daß die Zahl der Erwerbslosen von Tag zu Tag gewaltig zunimmt. Hier könnte eine ganze Menge Erwerbsloser beschäftigt werden, wenn der Straßenbau in der Weise durchgeführt würde. (Zuruf des Abgeordneten Simon: Wo wollen Sie das Geld herholen?) Das könnt Ihr ja besorgen; Ihr seid ja diejenigen, die immer sagen: Schlagt die Juden tot! Ihr wißt doch, wo das Geld ist; holt es doch da her! Uns soll es gleich sein, wo das Geld herkommt. Heute sind die Geldstellen derart groß, daß Geld in Hülle und Fülle vorhanden ist. (Zuruf eines nationalsozialistischen Abgeordneten: Wo?) Nur dann ist kein Geld da, wenn es gilt, für die Proletarier etwas zu schaffen. Aber es ist immer Geld genug vorhanden, wenn es gilt, die Bourgeoisie in jeder Hinsicht zu stützen. (Zuruf eines nationalsozialistischen Abgeordneten: Wo wollen Sie das Geld denn hernehmen?) Ihr seid ja diejenigen, welche die Bourgeoisie unterstützen; ich habe eben schon gesagt, daß Geld genug vorhanden ist.

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Junglas.

Abgeordneter Junglas: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der diesjährige Landtag und seine Parteien haben sich in den Anträgen und in der Aussprache entschieden dafür eingesetzt, daß der deutschen Steinindustrie geholfen werden soll; — ich nenne es so —, daß die Arbeiterschaft in den Stein-

gebieten Arbeit bekommen soll. Ich möchte bei dieser Gelegenheit sagen, daß es eine bedauerliche Erscheinung ist, daß gerade bei dem Straßenbauetat Abstriche gemacht worden sind.

Ich werde versuchen darzulegen, wie man dennoch aus dem Etat, wie er vorliegt, hier und da noch Arbeiten in den gefährdeten Steinarbeitergebieten schaffen kann. Vor allem aber möchte ich folgendes bemerken: Wie ich vorhin als Berichterstatter der IV. Fachkommission sagte, hat die Provinz in ihren sämtlichen Arbeiten bewiesen, daß man mit rheinischem Steinmaterial die Straßen sehr gut in Ordnung halten kann. Viele Städte, auch rheinische Städte, und viele sonstige Kommunalverwaltungen sind nicht der Auffassung, daß der rheinische Stein hinreichend gut sei, um ihre Straßen damit gut zu besetzen. (Hört, hört!) Es ist leider Gottes so, daß Granit heute Modestein ist. Viele Städte beschaffen sich Granit, ganz gleich, ob er aus Sachsen, aus Schlesien oder gar aus Schweden kommt. Man behauptet, daß sei der Stein, der allein derjenige Befestigungsstein sei, den die heutige Straße brauche. Ich weise darauf hin, daß der Herr Oberpräsident, der anwesend ist, und Herr Oberbürgermeister Jarres als Vorsitzender des deutschen Städte-tages eindringlich gemahnt haben, doch bei den Kommunalverbänden dafür zu sorgen, daß rheinischer Stein genommen wird. Wie weit die Wünsche dieser beiden Herren Erfolg haben, läßt sich nicht sagen. Gerade in diesen Jahren sind geradezu katastrophale Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt der Steinindustrie vorhanden, weil so gut wie gar keine Aufträge vorhanden sind. Auch die Provinz, die sonst zum Beispiel im Mayener Gebiet noch 10 000 Tonnen Pflastersteine bestellte, hat in diesem Jahr nur noch 900 Tonnen bestellt. Bitte, rechnen Sie sich aus: Wie kann da eine Beschäftigung der Industrie möglich sein?

Ich weise noch auf anderes hin; nicht nur der Pflasterstein, nicht nur der Schotterabsatz leidet unter diesen bedauerlichen Verhältnissen, schlimm ist es auch beim Dachziegel. Wenn ich darauf zurückkomme, so geschieht es deshalb, weil ich für bessere Berücksichtigung dieser Gebiete sprechen will. (Sehr richtig! im Zentrum.) Seit Dezember 1928 liegt der gesamte rheinische Dachziegelbergbau darnieder. Zur Zeit ist nur noch ein Zehntel der gesamten Arbeitnehmerschaft beschäftigt. Wir müssen feststellen, daß etwa 50 bis 60 Prozent des in Deutschland verwandten Schiefers ausländischer: — französischer, belgischer und luxemburgischer — Schiefer ist. (Hört, hört!) Dabei sitzen die deutschen Arbeiter zu Hause und haben vielfach nicht einmal mehr die Arbeitslosenunterstützung, weil ihre Bezugszeit abgelaufen ist; sie müssen den sowieso armen Kreisen dann auf der Wohlfahrtstafel liegen. Ich meine, hier könnte von allen Seiten, vor allem von den Vertretern der Kommunalbehörden, an die ich diese Bitte besonders richte, darauf hingewirkt werden, daß wieder rheinischer Schiefer verwandt wird.

Wir haben vielfach schon versucht durchzuführen, daß bei der Bewilligung von Zuschüssen für Wohnungsbauten diese Zuschüsse davon abhängig gemacht werden, daß man rheinischen Schiefer beispielsweise als Bedachung benutzt. Das ist heute außerordentlich schwer. Der Laie kennt ja den Unterschied zwischen französischem und deutschem Schiefer nicht, und es ist schon oft vorgekommen, daß die Händler französischen, belgischen oder luxemburgischen Schiefer als deutschen verkauft haben. Dann haben sie ein besseres Geschäft gemacht, denn der ausländische Schiefer ist immer etwas billiger.

Ich komme zu einer anderen Industriegruppe, die außerordentlich schwer darnieder liegt, namentlich infolge der Zollgesetzgebung (— ich bemerke, daß auch der Schiefer vollständig zollfrei eingeführt wird). — Bei der rheinischen Bimsindustrie liegt es folgendermaßen: Früher wurden in der Bimsindustrie etwa 5000 Arbeiter beschäftigt. Heute, nachdem die Bimseinfuhr nach Holland frei ist, wird der Bims sand zollfrei für ein paar Pfennige per Schiff — das ist eine billige Beförderungsart — nach Holland gefahren. Dann werden in Holland die Steine oder Platten fertiggemacht, dann kommen sie zollfrei wieder nach Deutschland, und die Deutschen kaufen dann wieder deutsche Steine vom Ausland und den Verdienst hat das Ausland geschluckt. Ich meine, wir können hier wohl fordern, daß Reichs- und Staatsregierung erneut er-sucht werden müssen, diesen unhaltbaren Zuständen ein Ende zu bereiten.

Was ich aber von dem heutigen Provinziallandtag wünschen wollte, war folgendes: Ich glaube nicht, daß in diesem Jahr die Belegung des Baumarcktes, des Hoch- und Tiefbaumarcktes so vonstatten gehen wird, daß unsere Arbeiter auch nur einigermaßen in diesen gefährdeten Gebieten in der Steinindustrie beschäftigt werden können. Ich hätte deshalb den Wunsch und Antrag, daß versucht wird, die Zuschüsse zu den Kreis- und Gemeindegewebauten, ebenso die Zuschüsse zu den Wasserleitungs- und ähnlichen Bauten, möglichst in diese Gebiete hineinzubringen, damit die Leute wieder Arbeit und dadurch wieder etwas zum Leben bekommen. (Sehr richtig!) Die Kreise sind heute nicht mehr in der Lage, die Unkosten, die die Wohlfahrtspflege ihnen auferlegt, zu tragen. Ich möchte nur ein Beispiel nennen, und Sie werden sofort begreifen, daß es so nicht weiter geht: Der Kreis Mayen hat 83 000 Einwohner, wovon 36 000 Arbeiter sind, mit den Familien selbstverständlich. Hiervon beziehen die Hauptunterstützung der Erwerbslosenfürsorge 6200. Rechnen Sie auf den Kopf des Unterstützungsempfängers noch drei unterhaltsberechtigte Personen hinzu, so haben Sie 24 000. 1200 Arbeiter aus dem Kreise Mayen beziehen bereits Wohlfahrtunterstützung. Rechnen wir auch da vier auf den Kopf, so haben wir rund 4800, sodaß rund 30 000 Menschen im Kreise Mayen auf Wohlfahrtunterstützung an-

gewiesen sind. Sie werden zugeben, daß man so die Dinge nicht aufrecht erhalten kann. Ich wiederhole deshalb meine Bitte an die Städte: Ueberall da, wo überhaupt etwas zu vergeben ist, vergebt es in die Gebiete, wo wirklich Not herrscht! Helft der rheinischen Steinindustrie durch Bestellung von Pflastersteinen, Schotter- und Bimsprodukten. Weiter möchte ich bitten, daß die Zuschüsse, die für den Gemeinde- und Kreiswegebau, für Wasserleitungen und Meliorationen gegeben werden, möglichst in die Gebiete gebracht werden, wo sonst keine Arbeit zu beschaffen ist, damit die Menschen vor der größten Not bewahrt bleiben. (Bravo!)

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Zimmer.

Abgeordneter Zimmer (Köln): Auch die kommunistische Fraktion hat einen Antrag gestellt, der notleidenden Arbeiterschaft in dem Mayener Gebiet und besonders in dem Koblenz-Neuwieder Becken in der Bimssteinindustrie 500 000 RM zur Verfügung zu stellen (Zuruf des Abgeordneten Simon: Wo wollen Sie die herholen?) zur Linderung der größten Not in den dortigen Gebieten. Wir haben aus dem Munde des Oberpräsidenten und auch aus dem Munde des Herrn Landeshauptmanns von der ungeheuren Not gehört, die hier im Rheinlande bei den verschiedensten Bevölkerungskreisen herrscht. Wir haben auch die verschiedensten Anträge gesehen, die zu dieser Notlage Stellung nehmen. Aber wir müssen schon feststellen, daß die wenigsten Anträge positive Anträge sind, sondern daß es sich in der Hauptsache um Agitationsanträge handelt, von denen die Arbeiterschaft keinerlei Vorteile erhalten wird. Wenn man diese ganzen Anträge und Reden hört, kann man mit Grillparzer ausrufen: „Des Reichens Herz für das arme Volk wird warm und immer wärmer, doch dabei wird der arme Mann mit jedem Tage ärmer“. (Sehr gut! links.)

Wir haben besonders in der Bimssteinindustrie eine ungeheure Notlage vor uns. Die Nationalisierung hat sich dort ebenfalls nicht zum Segen, sondern zum Unglück der Arbeiterschaft ausgewirkt. Eine ganze Reihe Arbeiter ist jetzt bereits jahrelang erwerbslos, ohne überhaupt jemals wieder in diesem Gebiet in den Produktionsprozeß wieder hineinzukommen. (Zuruf eines nationalsozialistischen Abgeordneten: Dann geht es ihnen beinahe so schlecht wie den Arbeitern in Rußland!) Bei normalen Verhältnissen sind ungefähr 4000 Bimssteinarbeiter beschäftigt. Jeder Bimssteinarbeiter hat vor der Einführung der Nationalisierung pro Tag 1000 Steine angefertigt. Heute werden, teilweise von ganz jugendlichen Arbeitern, an der Maschine 7—8000 Steine hergestellt. 75 Prozent der Bimssteinarbeiter sind ein halbes Jahr und länger erwerbslos. Jahrelang hat die Kommunistische Partei, auch durch die Gewerkschaften, den Antrag an die Reichsregierung gestellt, daß diese Bimssteinarbeiter unter die Krisenverordnung fallen sollen. Diese Anträge wurden von dem Reichsarbeits-

minister Wiffell abgelehnt. Nach der Einführung der neuen Verschlechterung in der Erwerbslosenversicherung sind eine ganze Reihe dieser Arbeiter ausgesteuert worden und hängen jetzt an den Wohlfahrtsämtern, wie das schon mein Vorredner zum Ausdruck gebracht hat.

Wir müssen besonders darauf hinweisen, daß in diesem Gebiet die Zentrumspartei dominiert, daß sie in den einzelnen Verwaltungen und Kommunen sitzt, daß sie aber nicht daran denkt, diesen schlecht bezahlten Arbeitern und diesen Wohlfahrtsempfängern in der Weise zu helfen, wie es notwendig ist. (Hört, hört! bei den Kommunisten.)

Die Sozialdemokratische Partei hat einen ziemlich nichtsfagenden Antrag gestellt, um diesen Arbeitern in der Steinindustrie zu helfen. Sie verlangt nämlich nur, daß von der Rheinprovinz die Steine nur aus der Rheinprovinz gekauft werden sollen, um diesen Arbeitern zu helfen. Ich glaube, wenn das wirklich durchgeführt wird, dann wird in einem anderen Gebiet die gleiche Anzahl Arbeiter wiederum erwerbslos, die dann im Mayener Gebiet Beschäftigung finden würden, wenn das überhaupt durchgeführt werden könnte. Wir müssen, weil jetzt die Sozialdemokratische Partei wieder in Opposition steht, darauf hinweisen, daß sie an dem ungeheuren Erwerbslosenfend in diesem Gebiet mit schuld ist. (Zuruf: Wodurch denn?) Denn gerade unter ihrer Herrschaft in der Koalitionsregierung wurden eine Reihe von Verschlechterungen für die Erwerbslosen durchgeführt, die sich besonders kraß in den Gebieten, wo die Saisonarbeiter beschäftigt werden, auswirken:

1. Verlängerung der Wartezeit bei Ledigen auf drei Wochen,
2. die Verlängerung der Anwartschaft bei erstmaliger Arbeitslosigkeit auf 52 Wochen,
3. Unterstützungsaub für die Saisonarbeiter, die nur noch sechs Wochen aus der Erwerbslosenunterstützung unterstützt werden und dann unter die Bedürftigkeitsprüfung fallen,
4. Anrechnung der Sozialrenten auf die Unterstützungssätze,
5. Verlängerung der Sperrfrist bis zu 6 Monaten,
6. Hinauswurf der Heimarbeiter aus der Versicherung und
7. neue Belastung der Krankenkassen und damit Leistungsabbau der Krankenkassen.

Das sind die Errungenschaften der Koalitionsregierung, die noch mit den vier sozialdemokratischen Reichsministern durchgeführt wurden.

Wir müssen in Verbindung mit der Notlage dieses Gebietes darauf hinweisen, daß diese Verschlechterungen des Erwerbslosenversicherungsgesetzes besonders in diesen ländlichen Gebieten zur Anwendung kommen. In Neuwied werden z. B. wöchentlich ca. 50 Einsprüche von abgebauten Erwerbslosen behandelt und natürlich

in ihrer Mehrheit abgelehnt. Die Zahl der Ausgesteuerten in diesen Gebieten steigt von Jahr zu Jahr, weil sie eine Anwartschaft überhaupt nicht mehr erwerben können, dadurch, daß sie kein halbes Jahr mehr in diesen Saisonbetrieben Beschäftigung finden. In den Gemeinden werden fast keinerlei Notstandsarbeiten durchgeführt, weil die Gemeinden ganz einfach sagen: Wir haben keine Mittel, und der Staat ihnen die Mittel noch droffelt. Die Wohlfahrtsunterstützungen in diesen Gebieten sind so jämmerlich gering, daß sie durchschnittlich 5—10 RM wöchentlich für verheiratete Leute betragen, wovon diese Leute ihren Unterhalt fristen müssen. Wir brauchen uns deshalb gar nicht zu wundern, wenn auch immer mehr die Selbstmordstatistik von Deutschland in diesen Gebieten erhöht wird.

Die SPD. stellte in den Kreistagen Neuwied und Koblenz-Land den Antrag, die Nichtsätze um 50 Prozent zu erhöhen. Das ist in diesen Kreistagen von der Sozialdemokratie sowohl wie auch von der menschenfreundlichen Zentrumsparlei abgelehnt worden.

Auf der anderen Seite sehen wir aber auch, wie der Korruptionsherd auf den Arbeitsämtern auch in diesen frommen Gebieten einen immer größeren Umfang annimmt. Noch vor kurzer Zeit mußte der Leiter des Arbeitsamtes Bendorf fristlos entlassen werden, weil er sich die Gelder der Ärmsten der Armen angeeignet hatte, um sie neben seinem guten Gehalt noch zu verprassen. (Zuruf des Abg. Simon: Er hat sie sozialisiert!) Eine Reihe Stempelstellen wurde abgebaut, und es kommt jetzt vor, daß die Arbeiter, die sich bis zu fünfmal in der Woche zu melden haben, eine, zwei, ja bis zu drei Stunden laufen müssen, um an ihre Stempelstelle zu gelangen.

In dem Mayener Gebiet sind die Verhältnisse durchaus nicht besser. Dort sind sie so kraß, wie sie mein Vorredner geschildert hat. Auch in diesem Gebiet wird in dem kommenden Jahr auf Grund der Lage im Baugewerbe keinerlei Verbesserung eintreten, trotz der schönen Reden, die heute hier im Provinziallandtag gehalten worden sind. Wenn wir die Vorlagen und die Anträge daraufhin durchlesen, wie man diesen Ärmsten der Armen helfen will, so muß man schon sagen, den Winzern hilft man am besten dadurch, indem man auffordert: Trinkt deutschen Wein! Den Landwirten hilft man, indem man die Parole ausgibt: Eßt deutsches Korn! Und den notleidenden erwerbslosen Steinarbeitern wird man sagen: Braucht deutsche Steine! Wir wünschen, daß die Arbeiterschaft recht bald von dieser letzteren Parole Gebrauch macht und aus den Pflastersteinen, die aus dem rheinischen Gebiet kommen, schöne Barrikaden baut (Zuruf des Abgeordneten Simon: Darauf gehen Sie doch nicht!), um endlich diejenigen niederzuschlagen, die an dem gesamten Elend in der Rheinprovinz und weiter darüber hinaus in ganz Deutschland schuld sind. (Beifall bei den Kommunisten.)

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Saur.

Abgeordneter Saur: Die kommunistische Fraktion hat den Antrag gestellt, die Anleihe, die in der Vorlage mit einer Summe von ungefähr 7,5 Millionen vorgesehen ist, auf 15 Millionen zu erhöhen, um die tatsächliche Durchführung des Straßenbauprogramms zu garantieren. Besonders in den hochgelegenen Landgegenden in der Eifel, im Hunsrück, an der Mosel, im Westerwald. Das, was bis jetzt geschehen ist, ist vollkommen ungenügend und entspricht nicht im geringsten den Verhältnissen, die dort tatsächlich herrschen. Wir stellen fest, daß die Verbindungswege zwischen den einzelnen Gemeinden da droben in einem derart miserablen Zustand sind, daß bald keiner mehr sich getraut, sie zu benutzen; jedenfalls kann man sie nur mit aller Vorsicht benutzen. Selbst Autofahrer müssen bestätigen, daß dort die Straßen in einem saumäßigen Zustande sind. Die Mittel, die bisher dafür aufgewandt wurden, haben zum größten Teil nur dazu ausgereicht, Pläne, Skizzen und Zeichnungen zu machen, die man den Landtagsabgeordneten in den Fachausschüssen vorlegte. Diese Skizzen liegen schon jahrelang vor, aber sie warten immer noch auf die Durchführung in der Praxis; davon kann man leider sehr wenig feststellen. Auch die kleinen Bauern in den Gemeinden werden mit den Plänen und Skizzen beruhigt. Ich bin der Auffassung, daß das auf die Dauer nicht angehen kann. Man kann hier natürlich nur dann mit praktischer Arbeit vorgehen, wenn man das Straßenbauprogramm, das man projektiert, auch gleich finanziell so sicherstellt, daß es auch in der Praxis durchzuführen ist. Hier ist wiederum festzustellen, daß mit der vorgesehenen Anleihe von 7½ Millionen dies nicht geschehen kann, daß diese Summe unbedingt erhöht werden muß.

Wir haben aus diesen Gründen weiter in Drucksache 126 beantragt, aus den vorgeschlagenen 15 Millionen 8 Millionen zur Unterstützung des Gemeinde- und Kreiswegebaues, 5 Millionen zur Instandhaltung von Kreis- und Gemeindegewegen und 3 Millionen zur Instandsetzung der von der Provinz zu übernehmenden Straßen sicherzustellen. Auch hier beantragen wir die Erhöhung der Summen, weil fast alle Kreise und Gemeinden heute tatsächlich auf Grund ihres finanziellen Dalles nicht in der Lage sind, ihr Straßenbauprogramm so durchzuführen, wie es notwendig wäre, um dem steigenden Verkehr gerecht zu werden. Es muß deshalb auch hier großzügig angefangen werden, um die Ausführung der Projekte, die nun jahrelang vorliegen, zu garantieren. (Zuruf des Abgeordneten Simon: Sie wissen doch selber, daß das Bluff ist; Sie glauben doch nicht an Anleihen!) Wir sind doch nicht wie die Nazis; wenn die Anträge stellen, gehen sie zwei Minuten vor der Beratung ihrer Anträge aus dem Zimmer, weil sie den Mut nicht aufbringen, ihre eigenen Anträge zu begründen. (Sehr richtig! links. Zuruf des

Abgeordneten Simon: Glauben Sie denn, daß Sie die 8 Millionen kriegen? Wo wollen Sie die denn hernehmen?) Wir holen sie da her, wo Hitler auch sein Geld herbekommt. Hitler durfte sein Programm den Ruhrindustriellen, den christlichen Juden vorlegen, darauf hat er seine Mittel erhalten, genau so gut, wie sich Hitler von den Geldern des französischen Oberst Richert, Generalstabsoffizier, seine Büromöbel angeschafft hat.

Die kommunistische Fraktion hat außerdem noch in Drucksache 135 einen Antrag zu Punkt 38 eingebracht, der die Vergebung von Arbeiten unter die Lupe nimmt. Wir fordern, daß bei der Vergebung von Arbeiten und auch von Materiallieferungsaufträgen vor allen Dingen darauf geachtet wird, daß der Unternehmer, der dafür in Frage kommt, gegenüber den Arbeitnehmern seinen tariflichen Verpflichtungen in Lohn- und Arbeitsbedingungen voll und ganz nachkommt. Besonders ist eine scharfe Kontrolle über die Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften auf den betreffenden Baustellen durchzuführen. Wir müssen aus den Berichten feststellen, daß wiederholt größere Unglücksfälle vorgekommen sind, so besonders bei dem Deichbau in Neuwied, der wahrscheinlich noch eine besondere Rolle hier in der Debatte spielen wird. Hier sind verschiedene Unglücksfälle vorgekommen, darunter einige mit tödlichem Ausgang.

Weiter fordern wir, daß Tagelohnarbeiten nicht an Unternehmer abgegeben, sondern in eigener Regie durchgeführt werden. Die Tagelohnarbeiten bieten für den Unternehmer einen ganz mühelos verdienten Gewinn. Er hat keine besonderen Berechnungen und Kalkulationen dafür zu machen, sondern er stellt nur seine Arbeiter und zieht dann das Geld und nebenbei den erhöhten Gewinn für sich ein. Aber diese Tagelohnarbeiten wirken sich doppelt schwer für die betreffenden Arbeiter aus. Wir wissen, daß besonders hierbei manche Kleinunternehmer in Frage kommen, die zum Teil ihre Arbeiter unter Tarif bezahlen, aber dann doch in den Rechnungen die vollen Tariffätze berechnen. (Zuruf des Abgeordneten Simon: Die „Rote Fahne“ zahlt ja auch keinen Tarif!) Ich möchte Euch sagen, Ihr müßt eigentlich Zwillinge sein, denn einer allein kann so blöde nicht sein wie Ihr. (Weiterkeit. Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Was war denn das? Das war wohl polnisch!)

Wir stellen weiter fest, daß auch in der Bezahlung der Ueberstunden und Nachzuschläge nicht so verfahren wird, wie es die Tarifbedingungen vorsehen. Wir müssen hier feststellen, daß der brutale Unternehmer die Not der Arbeiter ausnützt und eine untertarifliche Bezahlung vornimmt. Wir wissen aber, daß, wenn die Provinzialverwaltung die Arbeit in eigener Regie vornimmt, dann auch die Arbeiter vor Entlassungen, wie sie bei den Tagelohnarbeitern der Privatunternehmer ständig vorkommen, nicht geschützt sind. Aber bei einer

planmäßigen Verteilung und Aufteilung der Arbeit können die Arbeiter längere Zeit beschäftigt werden, als wenn man einfach willkürlich einen Unternehmer heranholt, der an diesem Tage zwei und am anderen Tage wieder drei Mann hinauswirft, weil sie ihm nicht passen, und dafür wieder andere hereinholt, die ihm sicherer sind. Wir wissen, daß bei diesen Fragen die Profitficherung und die damit verbundene steigende Ausbeutung eine große Rolle spielen.

Demgegenüber können wir steigende Unfallziffern und eine Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiterklasse feststellen. Aus diesem Grunde fordern wir auch die Anerkennung dieser Forderung.

Weiter muß besonders bei dem Akkordsystem bei den größeren Arbeiten auf die Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften geachtet werden. Dies muß einer ständigen Kontrolle der Provinzialverwaltung unterliegen. Gerade bei den letzten Unfällen ist wiederholt festgesetzt worden, daß nicht die Unfallverhütungsvorschriften so eingehalten worden sind, wie es unbedingt notwendig ist. Wenn es tatsächlich geschehen wäre, hätten nicht Unglücksfälle in einem derartigen Ausmaße vorkommen können, wie es z. B. bei dem Deichbau in Neuwied der Fall war.

Vorsitzender Dr. J a r r e s : Herr Abgeordneter, ich mache Sie darauf aufmerksam, daß die halbstündige Redezeit Ihrer Fraktion abgelaufen ist. Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Ley.

Abgeordneter Dr. L e y : Meine Damen und Herren! Es wurde hier über die Steinindustrie des oberbergischen Gebietes geredet. Ich bin selbst dort oben her und kenne die Verhältnisse ziemlich gut. Es ist jedenfalls bedauerlich, daß dort eine ganze Gegend einfach in ihrer Arbeitskraft und in ihrer Existenzmöglichkeit abgetötet wird. Dort liegen Hunderte und Tausende von Menschen auf der Straße, die ehemals eine gesunde Existenz hatten. Es waren die sechshundert Arbeiter, die eine Kuh und ein Häuschen, einen Garten und etwas Land haben, gerade jener Arbeiterstand, an dessen Erhaltung wir alles Interesse haben.

Es wurde immer wieder betont, es wird kein ausländisches Material verwandt. Im selben Atemzuge wurde aber zugegeben, die Städte tun es vielleicht, und der Herr Berichterstatter gab es dann auch zu. Wir stellen fest — und wir werden uns bemühen, noch in dieser Session dem Landtage authentisches Material zu unterbreiten —, daß nicht nur jetzt, sondern bereits seit Jahren nur ausländisches Material verwandt worden ist. (Hört, hört! bei den Nationalsozialisten.) Meine Damen und Herren! Unter Ihnen sitzen viele Oberbürgermeister, die hier von der Not hören. Sie sollten doch als deutsche Volksgenossen in ihren Stadtverwaltungen dafür eintreten, daß deutsche Arbeiter erhalten bleiben; das wäre ihre menschliche Pflicht. (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.)

Es wurde auch wenig davon gesagt, daß die Eisenbahn die Straßen als ihre Konkurrenz ansieht. Im Preussischen Landtage unterhielt man sich neulich über den Rhein-Machen-Kanal; dabei sagte ein Abgeordneter — es war der Demokrat Riedel — folgendes: Aber, meine Damen und Herren, wenn wir jetzt den Rhein-Machen-Kanal bauten, was wir ja vielleicht alle wünschen, dann würde das ein Antasten an die Erfüllung sein (Hört, hört! bei den Nationalsozialisten), die Reparationspflichten könnten wir dann nicht mehr durchführen, da ja die Eisenbahn durch die Erfüllung so belastet ist, daß wir auch dafür sorgen müssen, daß ihr keine Konkurrenz erwächst. Dieser Gedanke wurde da in einer schwachen Stunde von einem Demokraten ausgesprochen. Für uns ist er außerordentlich wertvoll. Wir stellen fest, daß er wahrscheinlich auch für den Straßenbau wieder maßgebend ist. Nicht, weil Staat, Gemeinden und Provinz kein Geld haben, sondern damit die Eisenbahn ihre Erfüllungspolitik durchführen kann und soll, weil es die Machthaber so haben wollen, deshalb läßt man die Straßen versumpfen und verdrecken und baut sie nicht aus. (Hört, hört! bei den Nationalsozialisten.)

Mein Fraktionsfreund Simon hat Ihnen eben gesagt, daß wir zum Straßenbau nur drei Dinge notwendig hätten: Arbeitskraft, Material und Maschinen. Wenn sich in diesem Austausch von Arbeitskraft, Material und Maschinen nur nicht wieder eins hineingeschoben hätte: das Bankkapital, der wahnsinnige Zins! Daran liegt es doch. Arbeitskraft, Material und Maschinen, alles das haben wir, das brauchen wir nicht zu suchen. Aber es wird uns eben nicht ermöglicht, unsere Bedürfnisse so abzudecken, wie es für das Volkwohl notwendig ist: da kommt die Bank und schiebt sich mit dem wahnsinnigen Zins für das Betriebskapital ein. (Abg. Haake: Sehr richtig!) Und deshalb geht es nicht. Da lachten Sie vorhin und freuten sich und ein Zentrumsabgeordneter glaubte einen besonders guten Witz zu machen, als er beantragte, die Rede angeschlossen zu lassen. Wir wären schon dafür. Das Volk draußen versteht das schon; das ist in diesem Punkte bestimmt urwüchsiger, ich möchte sagen, nicht so verbildet, wie mancher hier in diesem Hause ist. Das Volk begreift, was wir damit sagen wollen, daß hier die Mittel vorhanden wären, wenn Staat und Wirtschaft nicht unter der wahnsinnigen Last dieser Zinsen ständen. Meine Damen und Herren, es wäre hier schon eine Möglichkeit, die Arbeitslosigkeit abzubauen und die produktive Erwerbslosenfürsorge einzuführen. Statt dessen hören wir, daß in der Provinz von soundsoviel hunderttausend Erwerbslosen bloß 1870 in der produktiven Erwerbslosenfürsorge verwandt werden. (Hört, hört! bei den Nationalsozialisten.) Es wird ja den Gemeinden geradezu alles unterbunden.

Es wurde vorhin schon darauf hingewiesen, daß den Steinarbeitern in diesem Gebiet, wenn sie schon einen

Morgen Land haben, die Erwerbslosenunterstützung genommen wird. (Hört, hört! bei den Nationalsozialisten.) Es wird ihnen aber auch, falls sie einen Pfennig erhalten, verboten, daß sie irgendetwas anderes machen. Wir sehen heute einen Staat, der einmal den Menschen von seinem System abhängig machen will, zweitens ihn dazu zwingt, keine Arbeit mehr zu leisten, und drittens ein Versorgungsstaat ist, aber nicht so, daß das Volk wirklich versorgt wäre, sondern zu wenig zum Leben und zu viel zum Sterben hat (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten), statt einen Staat der Leistung, einen Staat der Arbeit, einen Staat, der wirklich ein Volksstaat ist, aufzubauen. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Geh! nach Thüringen!) Ich komme da immer wieder auf die Sozialdemokratische Partei, die uns diesen Volksstaat versprach, aber nur für einige Wenige, für das auserwählte Volk, sorgte. Der Straßenbau bietet uns schon Gelegenheit, an das Problem der Erwerbslosenfürsorge mit allen Mitteln heranzugehen. Aber Sie gehen um diese Frage wie die Katze um den heißen Brei, Sie sagen dem Volke nicht das, was notwendig ist. Die Nationalsozialistische Partei aber fühlt sich berufen, dem Volke die Wahrheit zu sagen und ihm den Weg zu zeigen, wie es aus diesem Elend herauskommen kann. (Lauter Beifall und Händeklatschen bei den Nationalsozialisten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Lohmeyer.

Abgeordneter Lohmeyer: Meine Damen und Herren! Wir haben in der Eröffnungsansprache des Herrn Oberpräsidenten Fuchs vernehmen müssen, wie unsere rheinische Heimat schwer leidet unter der Not. Auch der Herr Landeshauptmann hat uns in seiner Staatsrede dargelegt, wie unser Volk, wie unsere rheinische Heimat bedrückt ist und wie insbesondere unsere rheinische Industrie zu leiden hat. Ich glaube, daß diese Erklärungen aus berufenem Munde uns Veranlassung geben sollten, dafür einzutreten, daß nur heimische Stoffe beim Straßenbau verwendet werden. Es ist uns gesagt worden, daß wir in der Hauptsache deutsches Roggenbrot essen sollten. Meine Freunde und ich sind dafür, daß wir unsere deutsche Industrie unterstützen und dem deutschen Arbeitsfleiß zu seinem Recht verhelfen. Mit dem Einkauf von Asphalt und ausländischem Straßenbaumaterial geben wir Devisen ins Ausland, die uns keine Vorteile bringen. Ich meine, wir sollten auch hier im Rheinland an unserem bescheidenen Teile dazu mithelfen, daß nicht noch mehr Devisen, nicht noch mehr gutes deutsches Geld ins Ausland geht. Die Lasten, die uns der Youngplan auferlegt, sollten uns wirklich genügen. Wir vom Christlichen Volksdienst und der Nationalen Bauernpartei unterstützen die Anträge, die eingebracht worden sind, beim Bau der Straßen nur deutsches, rheinisches Material zu verarbeiten.

Wir sehen in der Erklärung in dem Antrag des IV. Sachausschusses in der Drucksache 32 einen Widerspruch. Wir freuen uns, daß die Verwaltung die Erklärung abgibt, daß sie nur inländisches Material verwendet. Dann aber muß der Punkt unter Absatz b) gestrichen werden, in dem es heißt, daß ausländische Asphaltstoffe möglichst einzuschränken sind. Das ist ein Widerspruch. Wir unterstützen deshalb die Anträge, die von den Nationalsozialisten und der Wirtschaftspartei gestellt worden sind, daß beim Bau der rheinischen Straßen nur einheimisches, deutsches Material verwandt wird. (Bravo! bei der Fraktion Christlicher Volksdienst und Bauernpartei und bei den Nationalsozialisten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter von Detten.

Abgeordneter von Detten: Meine Damen und Herren! Es ist hier vielfach über die Notstände gesprochen worden, die in der Mayener Steinindustrie und der Koblenzer Gegend vorhanden sind. Die Lösung des Problems liegt lediglich darin, daß man versucht, die Arbeitslosenunterstützung zu einem Viertel als Zuschuß zu den Arbeitslöhnen zu zahlen, während drei Viertel davon der Staat sparen kann, um auf diese Weise Tausende von Arbeitern wieder in die Klein- und Mittelbetriebe hineinzuführen.

Wenn der Vertreter der Sozialdemokratie vorhin davon gesprochen hat, daß die Wirtschaftspartei eine Profitpartei sei, so möchte ich den Sozialdemokraten nur sagen, daß die Finanzierung der Republik auf Kosten des Mittelstandes erfolgt. (Lachen und Widerspruch bei den Sozialdemokraten. Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Sie kennen die Wirtschaftsordnung nicht!) Darüber sind wir doch klar, daß der Mittelstand durch Ihre Politik nach allen Richtungen hin ausgepowert worden ist. Sie hatten uns versprochen, die Trusts, die Syndikate und das Großkapital heranzuziehen. Aber diesen Kreisen ist es niemals besser gegangen als heute infolge Ihrer Politik.

Wenn Sie also der Mayener Steinindustrie und den Arbeitern helfen wollen, können Sie es tun, wenn Sie dem zustimmen, daß ein Viertel der Arbeitslosenunterstützungsfähigkeit genügt, um den Arbeitern Arbeit zu geben und sie den demoralisierenden Wirkungen der Arbeitslosigkeit zu entziehen. Dabei spart der Staat drei Viertel der Arbeitslosenunterstützung. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Quatsch!) Daß Sie dem aber nicht zustimmen werden, davon sind wir fest überzeugt. Wir haben es bei dem Stahlwerk Becker gesehen; als dieses Werk vernünftigerweise auf Vorschlag seiner Arbeitnehmer die Löhne der Arbeitnehmer um 15 Prozent senken wollte, haben Ihre Gewerkschaften erklärt: Das dürft Ihr unter keinen Umständen. Und dadurch mußte dieser große Betrieb stillgelegt werden. (Hört! hört! bei der Wirtschaftspartei.) Also, meine Damen und Herren, die Profitwirtschaft liegt auf einer ganz anderen Seite, nämlich bei Ihnen. Die Doppelverdiener, die Großverdiener sitzen heute in Ihrer

Partei. Sorgen Sie dafür, daß das aufhört. (Beifall und Händeklatschen bei der Wirtschaftspartei.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Die Besprechung ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Zu Punkt 27 ist kein Antrag gestellt. Ich darf feststellen, daß ohne Widerspruch der Antrag des IV. Sachausschusses angenommen ist.

Zu Punkt 28 liegt zur Drucksache 131 ein Antrag des Sachausschusses vor. Ich bitte diejenigen, die für diesen Antrag sind, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit. Es ist so beschloffen.

Zu Punkt 29 geht der Antrag des IV. Sachausschusses auf unveränderte Annahme und Ueberweisung der Drucksache 88, Antrag der Fraktion Christlicher Volksdienst und Bauernpartei, zur Berücksichtigung an den Provinzialauschuß. Widerspruch habe ich nicht gehört. Wenn er sich jetzt nicht erhebt — das ist nicht der Fall —, stelle ich fest, daß den Anträgen des IV. Sachausschusses entsprochen ist.

Dasselbe gilt zu den Punkten 30 — 32, wo auch Gegenanträge nicht gestellt sind. Es wird auch hier Widerspruch nicht erhoben. Ich stelle fest, daß auch hier dem Antrage des IV. Sachausschusses entsprechend beschloffen ist.

Zu Punkt 33 liegt der Vorschlag des Sachausschusses (Drucksache 132) vor. Ich bitte diejenigen, die für den Antrag des IV. Sachausschusses sind, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit. Es ist demnach beschloffen.

Zu Punkt 34 wird Ablehnung des Antrages von dem IV. Sachauschuß beantragt. Wer für diese Ablehnung entsprechend dem Antrage des IV. Sachausschusses ist, den bitte ich, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit. Es ist so beschloffen.

Zum Antrag zu Nr. 35 wird Ueberweisung an den Provinzialauschuß von dem IV. Sachauschuß beantragt. Dagegen hat sich hier kein Widerspruch erhoben. Er erhebt sich auch jetzt nicht. Es ist demnach nach dem Antrage des IV. Sachausschusses beschloffen.

Dasselbe gilt von den Punkten 36, 37 und 38, wo ebenfalls die Ueberweisung an den Provinzialauschuß von dem Sachauschuß beantragt wird. Auch jetzt erhebt sich kein Widerspruch aus der Mitte des Hauses. Es ist deshalb entsprechend dem Antrage des IV. Sachausschusses beschloffen.

Zu Punkt 54 liegt der Antrag auf Drucksache 130 vor, dahingehend, die Anträge abzulehnen. Wer dafür ist, den Antrag der KPD. auf Bereitstellung von 1 Million RM zur Vinderung der Notlage der Steinarbeiter und den im Sachauschuß gestellten Antrag derselben Fraktion, betr. Notlage der Arbeiterschaft der rheinischen Bimsindustrie, abzulehnen, entsprechend dem Antrage des I. Sachausschusses, den bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Die Anträge sind abgelehnt.

Zur Geschäftsordnung wünscht das Wort Herr Abgeordneter Selbmann.

Abgeordneter Selbmann: Sie haben vorhin über die Anträge 36 und 37 zusammen abstimmen lassen, und zwar mit der Maßgabe, daß der Sachausschuß Ueberweisung an den Provinzialausschuß beantragte. Das trifft nicht zu bei dem Antrag 38, dem Antrage der RPD.; dort liegt die Stellungnahme des Sachausschusses vor.

Vorsitzender Dr. Jarres: Der Antrag des IV. Sachausschusses zur Drucksache 135 geht dahin: Der Provinziallandtag wolle den Antrag dem Provinzialausschuß überweisen. Ich darf daher feststellen, daß Sie im Irrtum waren. — Es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren! Sie sind mit der Tagesordnung auf den § 16 Absatz 3 der Geschäftsordnung aufmerksam gemacht worden, wonach der Vorsitzende Gegenstände der Tagesordnung, zu denen nach Ablauf einer Stunde nach Beginn der Sitzung keine Wortmeldung vorliegt, außer der Reihe zur Beschlussfassung stellen kann. Diese Voraussetzung trifft zu auf die Punkte 53, 60, 63 (Zuruf: Nicht so schnell!), 71 (Zuruf: Das ist doch zusammengefaßt!), 72, 82, 83 und 84. Ich rufe diese Punkte auf und frage, ob die Berichterstatter Wert darauf legen, noch Bericht zu erstatten. (Berichterstatter Abgeordneter Hennes meldet sich.) Dann rufe ich nach der Reihe auf: Nr. 53. Wünscht der Herr Berichterstatter das Wort? Das ist nicht der Fall. Widerspruch gegen den Antrag des I. Sachausschusses erhebt sich auch nicht. Ich stelle also fest, daß dem Antrage des Sachausschusses auf Ueberweisung an den Provinzialausschuß als Material entsprochen ist.

Wünscht zu Nr. 60 die Fräulein Berichterstatterin das Wort? Das ist nicht der Fall. Widerspruch gegen den Antrag des III. Sachausschusses erhebt sich nicht. Ich stelle die unveränderte Annahme fest.

Wünschen die Berichterstatter zu Nr. 63 das Wort? Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich — da sich auch hier Widerspruch nicht erhebt — fest, daß auch hier unveränderte Annahme beschlossen ist.

Wünscht zu Punkt 71 die Fräulein Berichterstatterin das Wort? Das ist nicht der Fall. Widerspruch gegen den Antrag des III. Sachausschusses erhebt sich auch nicht. Ich stelle fest, daß entsprechend dem Antrage des III. Sachausschusses unveränderte Annahme beschlossen ist.

Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Renner.

Abgeordneter Renner: Zu Punkt 71 muß eine Wortmeldung vorliegen. Unsere Fraktion hat einen Redner, wenn ich nicht irre, sogar zwei Redner, gemeldet.

Vorsitzender Dr. Jarres: Es sind nur Wortmeldungen zu 64, 66 und 67 eingegangen.

Wünscht zu Punkt 72 der Herr Berichterstatter das Wort. Das ist nicht der Fall. Widerspruch gegen

den Antrag des Sachausschusses erhebt sich nicht. Es ist Ueberweisung an den Provinzialausschuß entsprechend dem Antrage des Sachausschusses beschlossen.

Wünscht zu Nr. 82 die Frau Berichterstatterin das Wort? Das ist nicht der Fall. Widerspruch erhebt sich auch hier nicht. Es ist unveränderte Annahme beschlossen.

Wünscht zu Punkt 83 die Frau Berichterstatterin das Wort? Das ist nicht der Fall. Widerspruch erhebt sich hier nicht. Es ist unveränderte Annahme beschlossen.

Zu Punkt 84 wünscht der Herr Berichterstatter das Wort. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Hennes: Ich habe nur gemäß dem Antrage des Sachausschusses II darum zu bitten, daß man in den Blindenanstalten auf die musikalische Erziehung der Insassen mehr Wert legen möchte. Man soll die einfachen Instrumente, zum Beispiel die Stöffellaute, von den armen Blinden mehr benutzen lassen.

Im übrigen empfehlen wir, diesen Etat unverändert anzunehmen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Sie haben den Antrag des Herrn Berichtstatters gehört. Wird das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, daß sich Widerspruch nicht erhebt und daß dem Antrage des II. Sachausschusses auf unveränderte Annahme entsprochen ist.

Damit sind wir am Ende der heutigen Beratung. Es war beschlossen worden, die Sitzung um 4 Uhr abzubrechen. Morgen erledigen wir den Rest der heutigen Tagesordnung und nehmen Stellung zu den noch vorliegenden Beschlüssen der Sachausschüsse zu den übrigen Anträgen.

Ich bitte also um die Ermächtigung, auf morgen früh 10½ Uhr die Sitzung zu berufen mit folgender Tagesordnung: Heutige Tagesordnung, soweit sie noch nicht erledigt ist, und diejenigen Punkte, die noch aus dem Sachausschuß spruchreif überwiesen sind. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Der I. Sachausschuß tritt morgen um 9¼ Uhr zusammen, der Klestenrat um 10 Uhr und das Plenum um 10½ Uhr.

Der Vorsitzende des Geschäftsordnungsausschusses läßt die Mitglieder des Geschäftsordnungsausschusses bitten, jetzt sofort in Zimmer 7 zusammenzutreten. Der V. Sachausschuß wird ebenfalls sofort zusammentreten, ebenso der IV. Sachausschuß.

Wird das Wort noch gewünscht? Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Sitzung.

(Schluß: 16 Uhr 40 Minuten.)